

AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
DIREKTE AKTION
SABOTAGE
BERLIN
TOURISMUS
LIBERTÄRE
TAGE
UMSTRUKTURIERUNG
FRAUEN
Nr.27 3-87
3,—
Regionalteile:
Frankfurt,
Göttingen,

REDAKTION:

AKTION
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt

KONTO:

K. Cohrs
Postscheckkonto 3337 97 - 601
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:

6 Ausgaben 15.- DM oder
12 Ausgaben 30.- DM
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder per Scheck.

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

V.i.S.d.P. K. Cohrs

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

EDITORIAL

Achtung Korrektur: Auf S.24 "Uni und Kapitalismus" hat sich ein Lay-Out-Fehler eingeschlichen. Der letzte laengere Absatz ab "Selbstverstaendlich..." gehoert unter "...Uni und Unternehmen." - erste Spalte.
Sorry



Medientreffen in Frankfurt

Fuer alle Leute - egal ob LeserInnen oder Zeitungsmacher-Innen -, die eine effektiver anarchistische Presse fuer noetig halten, laden wir auf's schaerfste ein, zu dem Nachfolgetreffen der Medien AG der Libertaeren Tage zu kommen und die dort begonnene Diskussion weiter zu fuehren (siehe auch S.3).
Das Treffen findet am Sa 4.7.87 ab 12 Uhr im Libertaeren Zentrum Frankfurt statt und dauert voraussichtlich bis Sonntagabend. Rechtzeitige telefonische (069-7381152) bzw. schriftliche Voranmeldung zwecks Raumplanung, Essen, Uebernachtung etc. bis spaetestens 30.6. 21 Uhr ist dringenst erwuenscht.
Kontakt: AKTION, Kriegkstr. 38, 6 Ffm 1

INHALT





EDITORIAL

Es geht voran!
Diese Nummer der AKTION wurde von uns diesmal in einer Rekordzeit von sechs Wochen und einem Umfang von 56 Seiten auf die Beine gestellt.
Der Preis bleibt somit bei 3.-DM. Fuer Abonnenten kostet die AKTION weiterhin 2,50 DM. Also, abonniert Leute - ihr habt was davon und wir.
Fuer diese Jahr haben wir uns vorgenommen, unsere Erscheinungsabstaende langsam auf monatlich zu verringern und hoffen dadurch den Gebrauchswert der AKTION zu erhoehen.
Die Darmstaedter Redaktion macht fuer diese Nummer eine schoepferischen Pause. Dafuer kamen von der Goettinger Redaktion zwei Artikel - Umstrukturierung in Westeuropa und ueber die derzeitige Studentenbewegung.
Die Frankfurter Redaktion beschaeftigt sich in den Artikeln vornehmlich mit den Libertaeren Tagen bzw. den Diskussionen, die daraus entstanden sind.
Problematisch ist und bleibt fuer uns die Trennung von dem, was in die Regionalteile soll und was bundesweit interessant ist. Da inzwischen mehrere Staedte Interesse an Regionalredaktionen angemeldet haben (Hamburg, Bielefeld, Berlin, Heidelberg, Freiburg...), werden wir ueber die Organisierung der Regionalredaktionen und der Regionalteile genauer diskutieren muessen. Falls Leute in den obengenannten Staedten bei den Redaktionen mitarbeiten wollen bzw. selbst welche gruenden wollen, laeuft der Kontakt bis auf Goettingen noch ueber die Frankfurter Redaktionsadresse.

Redaktionsschluß fuer die AKTION 4/87 Nr. 28 ist der 23.6.87.





Mit Aktion unzertrennliche Freiräume schaffen?

Ganz unverfänglich nannte sich eine Arbeitsgruppe der Libertären Tage "Medien". Was lesen die Libertären? Welche Wege der Vermittlung von Politik sind notwendig? Zahlreiche Zeitungsprojekte waren repräsentiert, die einen bereits wieder die kalte Repression im Nacken, die anderen teils pflichtbewußt ein linksradikales Öffentlichkeitsbedürfnis befriedigend. Zulässig ist auch die Frage, ob im Computerzeitalter die Druckmedien gegenüber der Allgegenwart visueller und elektronischer Medien nicht hoffnungslos antiquiert, elitär und letztlich wenig wirkunsvoll sind.

Dennoch sind Flugblätter, Zeitungen, sonstiges Druckwerk fester Bestandteil des politischen Kampfes. Die libertäre Presse erlebt trotz Bewegungstiefs und Verfolgung einen neuen Frühling, ungeordnet, krass, unbequem, obeflächlich und vielseitig. Was lesen die Libertären? Freiraum? Unzertrennlich? Schwarzer Faden, radikal, Graswurzelrevolution? Wildcat, Traffic oder AKTION?

"Ich bin Graswurzler, beteilige mich am Forum für libertäre Information des "Schwarzen Faden" und lese am liebsten die AKTION."

"Heute mußt du drei, vier Zeitungen zugleich ranschaffen, um nen Überblick zu kriegen. Das kostet Geld, Geduld und Zeit."

Aber diese libertäre Unübersichtlichkeit ist auch ein Vorteil. Sie ist ein gewisser Schutz vor staatlicher Verfolgung und verhindert die Monopolisierung einer bestimmten politischen Linie.

Die Schilderungen zur Situation der verschiedenen Zeitungen zeigten, trotz Verschiedenheit, gemeinsame Probleme. Knappe Finanzen, Zeitdruck, mangelnde inhaltliche Zuarbeit, Vereinzelung, Herumgewerkel. Welche politische Wirkung hat eine Zeitung? Wer liest sie oder sollte sie lesen? Was ist die politische Perspektive? Davon war nur andeutungsweise die Rede.

"Wir wollen eine starke, inhaltliche, kontinuierliche Zeitung. Monatlich, warum nicht sogar alle vierzehn Tage. Am besten gleich die anarchistische Tageszeitung!"

Die anwesende Leserschaft machte Druck. "Die vorhandenen Zeitungen müssen aufeinander zu gehen."
Die mangelnde Bereitschaft oder das schlichte Unvermögen der Zeitungen zur Zusammenarbeit verursachte Ärger.

Zusammenarbeit, aber wie? Es gab genug Vorschläge. Koordinierte Erscheinungsweise und Vertrieb im "libertären Zeitungsverbund", regionale Gliederung, gemeinsamer Informationspool (AP = Anarchistische Presseagentur?) bis hin zur gemeinsamen Beilage.
Das Thema "gemeinsames Zeitungsprojekt" wurde zwar hin und her gedreht. Am Ende blieb die Einsicht, daß der Unterschied in Inhalt, Politik und Leserschaft zwischen den real existierenden Zeitungen größer ist, als das Etikett "libertäre Presse" erhoffen ließe.

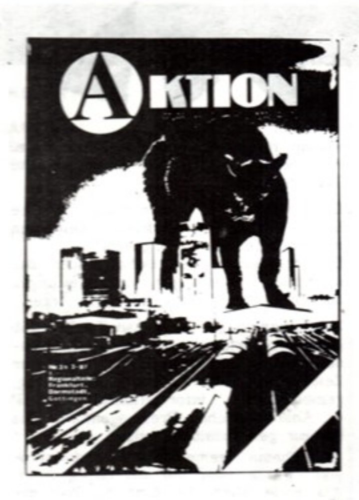
Radikal und Freiraum für Illegales, Schwarzer Faden für Kultur und Theorie, Graswurzelrevolution für Anti-Militarismus, die AKTION, anarchistische und autonome Frontberichterstattung ... ist das in einem Projekt unterzubringen?

In der AKTION wird nach den Libertären Tagen verstärkt über Selbstverständnis und Perspektive diskutiert. Bloßes Demo-Blättchen soll die Zeitung nicht sein. Die AKTION erscheint bundesweit, fördert eine zusammenhängende Auseinandersetzung zwischen autonomen und anarchistischen Ansätzen, bringt internationale Berichte und erhält wichtige Impulse aus einer regionalen Verankerung. Neben einem Bundesteil wird eine möglichst direkte Verbindung in die Regionen und Städte angestrebt, ein enger Zusammenhang zu den aktuellen Kämpfen.

Die Idee von einer anarchistischen Tageszeitung ist Ausdruck für die Spannung zwischen dem Zustand des libertären Blätterwaldes und der Perspektive eines möglichen qualitativen Sprungs. Die libertären Medien hinken der tatsächlichen Stärke der Bewegung hinterher. Die Stärke von politischen Ideen zeigt sich auch darin, wie weit sie in die Gesellschaft hineinstrahlen und in Bereiche des "Gegners" vordringen. Das Projekt einer libertären Tageszeitung ist nicht vom Tisch. Es sollte darüber weiter ernsthaft geredet werden. Aber ein voreiliger Spagatschritt kann mit einem schmerzhaften Sturz aufs Maul enden. Am 4. und 5. Juli trifft sich die Arbeitsgruppe Medien, um die begonnene Diskusion weiter zu führen.

Theoretische Auseinandersetzung, Ausdruck und Mittel des aktuellen Kampfes, regionale Verankerung, offensive Verbreitung - haben wir, hat unsere Zeitung eine gemeinsame Perspektive?

Spiegelbruch



Libertäre Tage

Ostern 87

Zu Ostern 1987 trafen sich über 2000 Menschen vier Tage lang zu den ersten Libertären Tagen in Frankfurt. Unerwartet vollständig war ein großes Spektrum anarchistischer und libertärer Gruppen erschienen. Die libertäre Bewegung dieses Landes hat seit Jahrzehnten nichts Vergleichbares zustande gebracht. Und das ist festzuhalten: Trotz christdemokratischer Gleichschaltung, Verparlamentarisierung eines großen Teils der "neuen Linken", trotz Repression und fehlender radikaler Perspektiven, gelang es mit den Libertären Tagen einen spürbaren politischen Kontrapunkt zu markieren.

Wenn die Nacht am dunkelsten, ist der Morgen am nächsten. Die Bereitschaft, die eigene Lage kritisch und ohne Tabu zu besprechen, kann der Anfang für eine selbstbewußte und offensive Politik sein. Die politische Praxis in den sozialen Bewegungen kann auch eine Stärke sein. Neben die Kämpfe an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Anlässen, muß die Herausbildung eines politischen Bewußtseins treten, damit wir uns als Zusammengehörige wahrnehmen! Das wäre der Schritt hin zu einer gemeinsamen politischen Identität. Die Libertären Tage gaben dazu einen wichtigen Impuls.

Die Idee für ein bundesweites Treffen gab es schon länger. Autonome hofften auf einen "Autonomen Kongreß". Der Anti-imperialistische Kongreß Anfang 1986 in Frankfurt (siehe AKTION Nr. 21) mit seiner thematischen Enge und den offenen Widersprüchen zwischen libertären, anarchistischen Gruppen, Teilen der Autonomen und den Veranstaltern, war nicht geeignet, die politische Auseinandersetzung fruchtbar voranzubringen.

Im Sommer 1986 schwärmten wieder ein paar Anarchist/in/en von einem bundesweiten Treffen. Leute der AKTION und aus der FAU ergriffen dann die Initiative. Briefe wurden versandt, Kontakte aufgenommen, herumgefragt. Im Dezember 1986 kam es zum ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen. Daran nahmen Leute aus Frankfurt, dem Rhein-Main-Gebiet und vereinzelt aus anderen Regionen teil. Libertäre Tage, ein größeres Treffen, das war zwar bekannt. Konkrete Vorstellungen gab es noch wenig.

Autonome übten Kritik an der "Gigantomanie" und befürchteten einen politischen "Wasserkopf". Vorrang habe die Schaffung regionaler Strukturen. Es war keine grundsätzliche Ablehnung, und so ging die Vorbereitung weiter mit regelmäßigen Treffen und einem wachsenden Berg von Arbeit: Post, Finanzen, Vorbereitungsreader, Planung, Räume, Verpflegung, Schlafpätze usw.

Die Beteiligung an der praktischen Arbeit blieb gering. Eine Handvoll Leute erstickte geradezu in Arbeit. Es entstand eine überaus ungleiche Arbeitsteilung zwischen "Kopf- und Handarbeiter/innen". Die einen stellten ihre Thesen auf, die anderen sorgten für den technischen Ablauf.

Dennoch wuchs die Vorbereitungsgruppe persönlich, praktisch und politisch zusammen und entwickelte eine Stärke, die sich in Zukunft auch in ein gesteigertes politisches Selbstbewußtsein umsetzen ließe.

Die Libertären Tage sind vorbei. Es folgen Versuche der Bewertung, der Deutung und der Suche nach möglichen Perspektiven. Manchen reicht ein "gut, daß sie überhaupt stattfanden", andere möchten die Diskussion um "den Stand autonomer Bewegung" in den Vordergrund stellen, als sei das zu Ostern vor allem "die autonome Bewegung" gewesen. Warum dann der Name "Libertäre Tage"? Und warum kam die Initiative dazu von bewußten Anarchist/in/en, die obendrein überwiegend die Vorarbeit leisteten? Die Libertären Tage waren viel mehr als ein "autonomes Klassentreffen" (taz), aber sicher auch kein lupenreines Anarcho-Festival. Eindeutig ist ein gesteigertes Bedürfnis nach Diskussion über bestehende Differenzen hinweg, teils quer zu militanten Gruppen, auch über die anarchistischen und autonomen Aktivist/in/en hinaus.

Es scheint, daß sich unter dem Begriff "libertär" die in diesem Land existierende radikale Systemoppositon noch am ehesten zusammenfassen läßt, vielleicht gerade wegen der politischen und organisatorischen Unbestimmtheit.

Trotz Verfolgung und Ächtung der Ideen ist "anarchistisch" historisch und politisch greifbarer als der Begriff "autonom". Eine notwendige Auseinandersetzung über Politik, Marx, Kommunismus, Staat, Alltag zwischen Autonomen und Anarchist/in/en steht noch bevor.

Die Libertären Tage sollten aber nicht nur dazu eine Klärung bringen, sondern es ging auch um eine Bestimmung von "Militanz" und den Mitteln der politischen Praxis. Zwischen Gewaltfreien und Militanten verläuft die Trennung oft nur in der Frage der Mittel, wobei die gemeinsame Grundlage von libertären und anarchistischen Vorsellungen zu oft unbeachtet bleibt.

Der Vorbereitungsreader ist trotz seiner Qualität ein Produkt des Zufalls, ohne viel konzeptionelle und inhaltliche Gestaltung, ganz spontan nach Beitragseingang. Bestimmt war dies äußerst unreglementiert, hat aber zur Folge, daß die Bedeutung eines Papers bisweilen an der Seitenzahl abgelesen wurde, aber später in der Diskussion keine große Rolle mehr spielte. Die erste Auflage des Readers war schnell vergriffen. Daher gibt es nun einen Nachdruck.

Bereits am Donnerstag Abend strömten die Teilnehmer von überall her in die Fachhochschule am Nibellungen-

platz. Von Flensburg bis Passau - kaum eine Region fehlte. Das erste Plenum war hoffnungslos überfüllt. Viele Fragen waren zu klären. Steht der Zeitplan für die AGs? Wie gehen wir mit der Presse um? Was ist von den Bullen zu erwarten?

Erstaunlich schnell bildete sich eine verbindliche Struktur, ein erträgliches Miteinander, wurde manche fehlende Planung durch Selbstorganisation der Anwesenden ausgeglichen. Die "Organisations- und Koordinationsgruppe", die Leute an den Infoständen, der Essensausgabe, am Eingang und im Sani-Raum hatten ihre Feuertaufe bestanden.

Am nächsten Tag begannen nach dem Morgenplenum die Arbeitsgruppen. Viele AGs mußten sich auf Grund des großen Zulauf in drei, vier Untergruppen aufteilen. Soziale Bewegungen, Autonome, Alltag und Kampf, Internationales, Repression, Ökonomie, Frauen - das sind einige Themen des überaus vielfältigen Programms. Spontan entstanden weitere AGs, z. B. eine Männergruppe, andere fielen aus. Das Programm pulsierte auf verschiedenen Ebenen. Änderunen inbegriffen. Vielleicht waren es 30 AGs, vielleicht etwas weniger oder mehr. Selbst die Koordinationsgruppe verlor dabei zeitweise den Überblick.

Andere AGs klagten über Zeitmangel, wie die AG "Ökonomie" und die AG "Medien", die erst samstags oder sonntags eingeplant waren. Die AG "Anarchisten und Homosexualität" hat bereits ihr nächstes bundesweites Treffen vorgesehen. Auch die AG "Medien" trifft sich wieder. Weitere AGs halten zumindest Verbindung aufrecht.

Zusammengefaßt beeindruckte die Vielfalt der Themen, ein offener, fast freundschaftlicher Gesprächston, von Ausnahmen abgesehen. Viel Zuhören, Ausreden-lassen, auffällig aggressionsarm, mit Geduld füreinander ohne in einem allgemeinen Gefühlssumpf unterzugehen. Es entstand eine Eigendynamik, da viele Teilnehmer/innen nach eigenen Interessen und Bedürfnissen handelten, eingriffen: "Das muß weiter besprochen werden. Wir treffen uns noch einmal." Es brauchte keine Vordenker.

Allgemein gab es dies auch bei der praktischen Arbeit. Versagte die Planung, gab es Ausfälle, Lücken, Engpässe, sprangen andere Teilnehmer/innen ein, halfen, verhielten sich verantwortlich. Der technische Ablauf wurde durch jene spontane Selbstorganisation immer wieder gesichert und ein organisatorischer Kollaps, der manchmal kurz bevorstand, verhindert.

Dennoch die vorhandene Teilung zwischen "denen da unten" an den Ständen und den "Techniks" und "denen da oben" als Redner/innen war ärgerlich und sorgte stets für Konfliktstoff.



Die praktische Arbeit: das war harte Maloche, von morgens 9 Uhr bis weit nach Mitternacht, gleichzeitig etwa dreißig Leute im "Einsatz", und zu oft Tag für Tag die selben. Inhaltiche Diskussion? Viele der "Handarbeiter" fanden nicht einmal Zeit, wenigstens in eine AG hineinzuschauen.

Sicher war das alles nicht nur Streß. Das wachsende Selbstvertrauen, die Verläßlichkeit untereinander, die fast traumwandlerische Zuversicht, das gute Feeling zueinander glichen vieles aus. Der Gedanke an Streik gegen die "Mikrofon-Fraktion" wurde auch aus Rücksicht auf das Gesamtprojekt nicht in die Tat umgesetzt.

Die Libertären Tage waren vom Umfang und Konzeption für die Vorbereitungsgruppe Neuland. Mit Unbehagen wurden die steigenden Kosten registriert, war das Risiko, die finanzielle Unsicherheit deutlich spürbar. Zur Vorfinanzierung gab es dennoch persönliche Kredite, Spenden, Benefitz-Feste. Das half zwar. Doch die Gesamtfinanzierung blieb bis zu Ostern unsicher.

Was dann folgte hat sowohl realistische Erwartungen als auch heimliche Wunschvorstellungen weit übertroffen. Sehr großes Interesse und Beteiligung, solidarische Bereitschaft zur Entrichtung des Unkostenbeitrages, was vielen Leuten aus finanziellen Gründen nicht immer leicht gefallen sein dürfte. Kurz und gut. Alle Rechnungen können bezahlt werden. Der Überschuß wird, gemäß eines Beschlusses auf dem ersten Plenum am Donnerstag, von der Vorbereitungsgruppe für politische Projekte/Arbeit verwendet. Eine Idee war, die Vorfinanzierung für die nächsten Libertären Tage 1988.

Das Thema "Startbahn" darf bei einer Bewertung nicht ausgeklammert werden. Der Sonntagsspaziergang war bereits in der Vorbereitungsgruppe nicht unumstritten. Es gab Stimmen, die eine ersatzlose Streichung für diesen Sonntag wollten. Die Libertäre Bewegung treffe sich seit Jahren zum ersten Mal bundesweit zur inhaltlichen Diskussion. Das Treffen sollte möglichst ohne den Streß von Aktionen, Demos und aktuellem Kampf im Nacken möglich sein, kein viertägiger Kriegsrat, sondern ein Versuch der Bestimmung von Perspektiven, Politik und Organisierung. Dagegen sprach, daß bei einem Treffen der libertären Bewegung die Startbahn als wichtiger praktischer und politischer Zusammenhang nicht ausgeklammert werden dürfe.



Der Pathos einiger Startbahnkämpfer grenzte aber fast schon an radikal-romantischem Lokalpatriotismus - wir dürfen die Auswärtigen nicht ins offene Messer laufen lassen - und fand in den trüben Ereignissen des heißen Nachmittags eine peinliche Widerlegung.

Das Gejammer danach war groß. Ebenso der Widerspruch zur Diskssion auf den Libertären Tagen. Wo blieb die reflektierte Militanz, die beschworene Kritik am dumpfen Fighterverhalten? Nehmen wir es gelassen zur Kenntnis, daß sich Bewußtsein nicht sprunghaft verändert und die Entfernung zwischen Reden und Tun groß sein kann. Leider hat der mißglückte Sonntagsspaziergang bei einigen Teilnehmer/inn/n einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen und die vorherigen Gespräche und Erfahrungen der Libertären Tage relativiert.

Ins gesamt ist die Einschätzung erlaubt, daß die Libertären Tage ihre Spuren hinterlassen werden. In einigen Städten gibt es Nachbereitungstreffen. Neue Zusammenhänge entstehen. Einige AGs werden sich weiter treffen. Durch nahezu alle Themen zog sich die Frage nach Ansätzen politischer Organisierung. Ein Schritt dazu ist zunächst ein Erfahrungsaustausch unter den bestehenden praktischen Ansätzen.

Jede politische Bewegung muß sich dem Problem stellen, wie Inhalte und Ziele vermittelt und die Diskussion untereinander und nach außen hin organisiert werden könnten.

Dazu sind solche bundesweiten Treffen nötig, dazu gehört eine Verankerung in regionalen Kämpfen, aber auch offensive und wirkungsvolle Zeitungen, Medien, Verlage. Laßt uns nächstes Jahr wieder zusammenkommen. Laßt uns die mögliche Stärke endlich in eine soziale, praktische und politische Stärke verwandeln. Die Zeit ist uns günstig.

Spiegelbruch

Der Vorbereitungsreader wird wegen der großen Nachfrage nachgedruckt. Wie gehabt kann der Reader bezogen werden bei Vorkasse - Überweisung von 10 DM - an:
G. Neumann, PschA Ffm.
BLZ 500 100 60, Kt. Nr. 500 812-602
Stichwort: "LT"

Zur Aufarbeitung und Auswertung der Libertären Tage hat sich eine Dokumentationsgruppe gegründet. Diese sammelt Beiträge, Protokolle, Bilder, Ergebnisse aus den AGs, Presseberichte, Fotos zu den Libertären Tagen. Daraus wird eine Dokumentation erstellt. Bitte sendet Euer Material an:
Doku-Gruppe Libertäre Tage
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstraße 38
6000 Frankfurt M.

Die Arbeitsgruppe "Medien" will ihre Diskussion über anarchistische und autonome Zeitungen fortsetzen. Thema: Offensive bundesweite anarchistische Zeitung - aber wie?
Nächstes Treffen findet am 4. und 5. Juli 87 in Frankfurt, Libertäres Zentrum, Kriegkstraße 38, statt. Beginn: samstags 12 Uhr. Vorherige Anmeldung dringend erwünscht unter:
AKTION
Kriegkstraße 38
6000 Frankfurt M
tel. 069/73 81 152

Sinnlichkeit und Anarchie

Auf den LT trafen sich auch eine Gruppe schwuler Anarchisten und lesbischer Anarchistinnen, um sich über das Verhältnis zwischen Anarchismus und normbrechendem Sexualverhalten auseinanderzusetzen. Ein Ergebnis war der Wille, innerhalb eines lesbisch-schwulen-anarchistischen Netzwerks die inhaltliche Diskussion darüber und über die Beziehung von Sexualität und Herrschaft voranzutreiben. Ziel soll sein, die Lesben- und Schwulenbewegung zur Anarchie und die anarchistisch-autonome Bewegung zur Sinnlichkeit zu verführen. Wir planen ein Treffen aller Interessierten, Frauen, Männer, Kinder und wer sonst Lust hat ...
Kontakt:
Autonomes Asta-Schwulenreferat
z. H. Thomas
Jügelstraße 1
6000 Frankfurt M. 1



Libertäre Tage:
- The Concerts -
Die Konzerte während der Libertären Tage wurden mit Einverständnis der Gruppen mitgeschnitten. Das Ergebnis ist eine randvolle c-60 Cassette, die für acht DM beim Libertären Zentrum zu bekommen ist. Bei Bestellung sendet uns 10 DM Schein zu (2 DM Aufschlag wegen Versand und Verpackung). Auf der Cassette sind zu hören:
SYSTEM OF HATE, new wave, THE FLASH, psycho-punk, ALI & FERIT, folk, UNHEIMLICH, rock, BOSTON TEA PARTY, pop, UNKNOWN ACTORS, jazz
Bestelladresse:
Stichwort - the concerts -
AKTION
Kriegstraße 38
6000 Frankfurt M.

Ökonomie AG

An den Libertären Tagen zu Ostern in Frankfurt wurde auch über Ökonomie, Arbeitsalltag und Militanz geredet.

"Solange es den Kapitalismus noch gibt, bestehe ich auf meinen Feierabend!" erklärte trotzig ein vollbärtiger Alt-Anarcho in der Arbeitsgruppe "Ökonomie" und drückte damit seine Angst aus vor der Tretmühle des allumfassenden Profi-Revoluzzers. Aber die Feierabendnischen werden weniger. In der AG "Ökonomie" ging es um Ansätze, Arbeit, Leben und Alltag in unsere Kämpfe miteinzubeziehen und das Niveau des Freizeit-Autonomen - auf der Straße militant bis an die Zähne, in der Maloche der emsige Jobber - zu überwinden. Dies ist keine Aufforderung, sich im Alltagstrott, radikaler Nabelschau und "revolutionärer Betriebsarbeit" zu verschleißen. Im Gegenteil. Aus der Verbindung Ökonomie - soziale Bewegungen könnte eine neue militante Qualität entstehen. Praktische und inhaltiche Ansätze fanden sich in der AG "Ökonomie" eine ganze Reihe.

Anfangs wurde versucht, das Tal des Jammers, die ökonomische und gesellschaftliche Wirklichkeit bis in ihre düsteren Winkel hinein auszuleuchten.

Noch strotzt die BRD vor wirtschaftlicher Stärke, werden beruhigt und satt Wachstumsraten, Investitionen, Profite ausgezählt. Noch ist der Wohlstandsbunker derart reich, daß selbst für die Schmuddelkinder, die Alten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Ausländer etwas Zuckersträusel verfüttert wird. Dennoch, der Wirtschaftsmotor stottert bereits, das Arbeitslosenheer nimmt wieder zu, die weltweite Finanzkrise gerät außer Kontrolle, die großen Wirtschaftsmächte prügeln sich immer rücksichtloser um die Beute, wie der Handelskrieg zwischen Japan und den USA zeigt.

Die kapitalistischen Länder sind heute in hohem Maße untereinander ökonomisch und gesellschaftlich verflochten. Keine Region, kein befreites Land, kein noch so entlegenes Neckermann-Paradies, das nicht auf Gedeih und Verderb vom kapitalistischen Weltmarkt abhängig wäre. Doch der Prozeß der Weltmarktintegration, der ökonomsichen Ausbeutung, der zerstörerischen ökonomischen und sozialen Veränderung nimmt an Tempo zu. Grob hat sich eine globale Arbeitsteilung herausgebildet.

Das Headquarter: Ökonomische, politische Machtzentren, ein riesieger Dienstleistungsbetrieb mit High-Tech, Management, Militärs und Polizei. Diese Zentralen haben die Aufgabe das kapitalistische System ideel und materiell in alle Erdteile zu transformieren: Technologie, Produktionsformen, kapitalistisches Now-How, Management und Kultur.

Die "neuen Industrieländer": Sie übernehmen die Produktion von Gütern und industrieeller Massenproduktion, nur ohne Mikro-Chips und Umweltschutz, dafür aber mit "billigen" Massenarbeitern, und billigen "dreckigen" Industrien.

Die Rohstoffländer: Lieferanten möglichst billiger Grundstoffe und industrieller Vorprodukte. In diesen Ländern wünschen sich die Zentren gar keine Industrialisierung, damit die Rohstoffpreise niedrig bleiben.

Die Globalität des Wirtschaftens stellt besondere Anforderungen an jedes Land und jeden einzelnen Kapitalisten. Die internationalen Finanz- und Devisenströme pulsieren heute in Sekundenbruchteilen von Börsenzentrum zu Börsenzentrum. Riesige Warenströme werden tagtäglich über alle Kontinente und Weltmeere transportiert. Die Konkurrenz auf dem Markt ist unerbittlich, denn auch heute schlägt ein Kapitalist viele andere Kapitalisten tod, wenn er nur kann.

Ein großes Unternehmen muß heute über ein effizientes High-Tech-Management verfügen, muß in der Lage sein, die Produktion in kürzester Zeit umzustellen, zu zerlegen, neu zu formieren, zu technisieren und automatisieren. Das Unternehmen braucht dazu auch ebenso variables, mobiles, zerlegbares "lebendiges Kapital", wie eine Belegschaft genannt wird.

Der Modernisierungsschub in der Wirtschaft, der Umbau der Produktion, in den kapitalistischen Zentren im Zuge wachsender Weltmarktintegration zielt auf den Anteil am Markt und die Absicherung der Profite. Ganze Industrien sind plötzlich unrentabel, nach kapitalistischer Logik überflüssig. Ganze Regionen erleben mit dem Niedergang alter Industrien eine allgemeine ökonomische und soziale Verödung.

Die neuen Technologien dienen aber auch der Entmachtung der alten Facharbeiterschaft, die durch ihr Fachwissen und ihre betriebliche Funktion großen Einfluß auf die Produktion und den Profit hatte. Mit dem Abbröckeln der Bedeutung in der Fabrik löst sich auch die politische Macht des Facharbeiters auf. Das ist das Ziel des "technologischen Klassenkampfes".

Hier liegt auch ein Grund für den Zerfall der traditionellen Gewerkschaften und der Sozialdemokraten, denen schlicht und einfach die gesellschaftliche Basis zerbröselt. Der traditionelle Facharbeiter verschwindet. Die alten





Stammbelegeschaften schmelzen zusammen. Übrig bleibt ein hochproduktiver, high-tech bewährter, weitgehend automatisierter Kern. Damit verschwindet jedoch weder die Arbeitsgesellschaft noch der Zwang zur Arbeit. Im Gegenteil. Das Zusammenschmelzen der Gesellschaft auf einen hochproduktiven Kern setzt gleichzeitig massenhaft Menschen und Material frei, als "Fall—Out" der Computerwelt. Jene Produktion und Arbeit, die keinen gewinnbringenden Einsatz von Automation und neuen Technologien zuläßt, hängt um so fester am Tropf des chips-gesteuerten Herzschrittmachers im Zentrum. Das sind die neuen Dienstleistungen, die zahlreichen Zulieferbetriebe. Das ist stumpfsinnige, unterbezahlte, verschleißende Arbeit, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Zersplitterung sozialer Gefüge.

Außer einigen wenigen Privilegierten, die zur Elite der Ingenieure und Manager zählen, werden die Anderen in ungesicherten, flexibilisierten, sinnentleerten Jobs arbeiten. Der kapitalistische Wirtschaftsprozeß dringt durch die erneute Techno-Offensive mit Mikro-Chips und Verkabelung, mit Flexibilisierung der Arbeit und Umwälzung des ganzen sozialen Gefüges bis in die entlegensten Winkel von Alltag und Leben ein. Soziale Zusammenhänge, gewachsene gesellschaftliche Formen zersplittern, Klassenstrukturen lösen sich scheinbar auf.

Nach dieser allgemein gehaltenen Annäherung an das Thema, wurden einige Ansätze zur Verbindung radikaler Politik und Ökonomie besprochen. Es war schon erstaunlich genug, daß zu dem sehr trocken klingenden Thema "Ökonomie" über 250 Leute kamen. Die Forderung, unseren Arbeitsalltag in eine radikale Politik zu integrieren, entstand nicht aufgesetzt und ideologisch, sondern sie entspricht der Lebenssituation einer wachsenden Zahl von uns. Denn der Zwang zur Arbeit, sich mit irgendwelchen Jobs über Wasser zu halten nimmt zu. Viele von uns spüren es am eigenen Leibe, was jene Modernisierung der Produktion bedeutet und wie sich das marktgerechte Zurechtschleifen von Alltag, Freizeit, Kultur und Konsum bemerkbar macht. Es gibt auf Dauer keine idyllische Nische im Kapitalismus, jedenfalls nicht ohne dauernden Kampf auf persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene. Die warenförmige Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche, der Vormarsch der Kapitalistenlogik in die Schattenwirtschaft, die Schwarzarbeit und den Alltag ist mit ein Grund, warum es immer weniger gelingt, das radikal beschauliche Dasein eines Feierabend-Revoluzzers zu führen. Die politische und praktische Militanz bleibt stumpf, wenn sie vor den Fabriktoren endet.

Die Diskussion in der AG "Ökonomie" wurde zwar von unterschiedlichen theoretischen Standpunkten und politischer Praxis aus geführt. Aber es gab keine Anmache oder sektiererische Selbstbeweihräucherung. Das Gemeinsame überwog das Trennende deutlich. Wo vorher trafen sich autonome Jobber, undogmatische Marxisten, Anarcho-Syndikalisten, AKW-Gegner, Wildcats, opositionelle Betriebsräte und Alternativler zur gemeinsamen Diskussion?

Einige Jobber berichteten, wie es ihnen gelang, ihre Erfahrungen und Ideen in Ansätze radikaler Politik zu verwandeln. Jobben hat gerade auch den Vorteil, nicht an die monotone Tretmühle eines Betriebes gefesselt zu sein und sich ergeben in sein Arbeitsschicksal zu fügen. Die tariflich und sozial gepolsterte Stammbelegschaft zeichnet sich oft durch politische Lethargie und Behäbigkeit aus. Ein Jobber identifiziert sich nicht in dem hohen Maße mit der Arbeit und dem Betrieb. Das Problem ist jedoch die Isoliertheit und Ersetzbarkeit eines Jobbers. Die Jobberinitiativen sind dabei, dauerhafte Strukturen aufzubauen, z. B. mit Anderen gemeinsam kollektiv in einen Betrieb gehen, Erfahrungen sammeln über Jobs, Betriebe, Produktion, Personalchefs, Sklavenfirmen.

Die Freie Arbeiter Union (Anarcho-Syndikalisten und kleinste deutsche Gewerkschaft) betonte den Ansatz in den Betrieben gerade mit den Festangestellten Zusammenhänge herzustellen und politisch zu agieren. Ohne eine politische Verankerung in den Betrieben ist radikale Politik wenig effektiv. "Die sind doch die Jobber von morgen. Entgarantierung und Flexibilisierung bedroht heute mehr oder weniger alle Arbeitsbereiche." Es ist außerdem

politisch falsch, die von den Mächtigen geförderte Spaltung von Jobbern und Festangestellten selbst noch zu verstärken und in seiner politischen Praxis zu reproduzieren. Darin steckt die Gefahr. Ein Begriff wie der von der "2/3-Gesellschaft" zerteilt die ganze Gesellschaft in einen etablierten und stabilen 2/3Block und in ein mehr oder weniger ausgegrenztes 1/3, als verbleibendes revolutionäres Restpotential.

Die Wildcats stellten ihre "militante Untersuchung" vor. Sie gehen als Gruppe in einen Betrieb, sammeln eine gewisse Zeit Infos über Arbeitsabläufe, die Arbeitenden, die Chefs, die Verwaltung, analysieren diese dann, und suchen nach Angriffspunkten, mit den Festangestellten gemeinsan in den Normalbetrieb einzugreifen oder andere Möglichkeiten für Aktionen. Hier ergeben sich Verbindungen zwischen autonomen Jobbern und Stammbelegschaft.

"Warum reden wir nicht endlich über Sabotage?" platzte jemandem der Kragen. "Ich dachte wir seien hier unter Anarchisten!" Großes Gelächter. Was sollen wir uns lange bei Selbstverständlichkeiten aufhalten? "Klar," antwortet ein FAUler, "Sabotage, direkte Aktion, das sind notwendige Mittel des Kampfes genau wie wilde Streiks und Organisierung."

Ein AKW-Gegner aus dem Wendland beschrieb, wie er mit Anderen aus dem Anti-AKW-Kampf auf ökonomische Zusammenhänge stieß, wie sie sich dann sehr intensiv um den Siemens-Konzern kümmerten, dessen Aufbau, Verkaufsstrategie, Produktion und Verflechtung. "Siemens steckt wirklich überall mit drin. Ob Atomindustrie, Waffentechnik oder Mikro-Chips. In allen Bereichen hat der Konzern überragende Bedeutung."

Dann meldete sich ein oppositioneller Betriebsrat aus Bremen zu Wort und schilderte, wie durch inhaltliche Arbeit und Teilnahme an Betriebsratswahlen in verschiedenen Betrieben Betriebsgruppen aufgebaut werden konnten. Es gab konkrete Erfolge, Arbeitserleichterungen, soziale Verbesserungen.

Darauf gab es heftigen Protest. Wie stehen wir zu jenem Parlament der Arbeit? Betriebsräte sind unabhängig von Gewerkschaften als Befriedungsinstrumente eingerichtet worden und bis heute Bestandteil der berüchtigten Sozialpartnerschaft. Die Auseinandersetzung über die Bedeutung und Funktion von Betriebsräten wurde aber nicht vertieft.

Was hat die AG "Ökonomie" gebracht? Erfahrungsaustausch, gemeinsame Diskussion, die Suche nach zusammenhängender Organisierung? Es bleibt festzuhalten, daß unsere sozialen Kämpfe mit den ökonoischen in einer politischen Organisierung verbunden werden müssen. Ein politischer Zusammenhang, der dauerhaft ist und der gesellschaftlichen Situation entspricht, um Widerstand zu effektivieren. In unseren Kampfformen muß die Organisierung der zukünftigen Gesellschaft bereits als Keim vorhanden sein. Nennt es autonome Jobberinitiative, Anarcho-Syndikalisten oder militante Untersuchung. Sicher ist aber, daß die Tiefe und Dauerhaftigkeit einer sozialen Revolution davon abhängt, daß die neuen Formen des Zusammenlebens, Arbeitens, Konsumierens und Feierns von Menschen gestaltet werden, die schon vor dem großen Umsturz konkrete Erfahrungen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gesammelt haben. Sie kennen die Fabrik von innen, haben Maschinen bedient, am Bildschirm oder Computer gearbeitet, Kranke gepflegt oder LKWs gefahren. Eine befreite Welt ist nur denkbar, wenn das Problem der Herstellung und Verteilung der Güter und allem Lebensnotwendigen gelöst ist. Unsere Utopie darf kein ideologisches Wolkenkukuksnest sein, sondern sie wird geboren aus dem Zusammenspiel ganz konkreten und praktischen Wissens mit den sozialrevolutionären Zielen.

Wir können als Anarchisten nicht erst nach der Revolution lernen, wie z. B. ein öffentliches Nahverkehrssystem betrieben wird. Der richtige Weg ist, aus den Busfahren Anarchisten zu machen!

In aller Bescheidenheit konnten wir bei den Libertären Tagen in Frankfurt feststellen, daß unser Wissen, unsere Fähigkeiten, ja auch unser Organisationsvermögen vielfältiger ist, als wir glaubten und daß unsere Radikalität greifbarer und wirklichkeitsnäher ist als wir uns erträumten!

ANARCHIST-INN-EN UND/ODER AUTONOME

Die für mich zentrale Frage der Libertären Tage wurde nur vereinzelt in den Arbeitsgruppen oder in Privatgesprächen diskutiert: die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede von AnarchistInnen und Autonomen bzw. gibt es eine libertäre Bewegung?
Dies lag auch daran, daß die Leute in der Vorbereitungsgruppe, die diese Diskussion wollten, organisatorisch überlastet waren. Deswegen versuche ich im Nachhinein unsere Gedanken und die Erfahrungen der Libertären Tage zusammenzufaßen. Vielleicht ist ja bis zu den nächsten Libertären Tagen (hallo HH?!) dazu eine heftig klärende Diskussion im Gange.

ANARCHIE ALS KAMPFBEGRIFF

Doch um eine schlagkräftige Bewegung zu werden, die sowohl in der Linken von Bedeutung ist, gerade nach der Etablierung der Grünen als systemstützende Partei, als auch auf die gesamte Gesellschaft einwirken kann, brauchen wir einen Kampfbegriff, der klar definiert ist und sich auf eine gemeinsam erarbeitete Theorie bezieht, die die gesellschaftliche Wirklichkeit erklärt und für unsere Praxis notwendig ist.
Als Anarchist plädiere ich natürlich für den Anarchismus und will dies auch begründen.

Die KapitalistInnen haben dieses Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Individualität schnell erkannt und darauf reagiert. Innerbetriebliche Hierarchien werden verschleiert, Teamarbeit ist angesagt, Zeit- und Teilzeitarbeit werden angeboten, flexibel Arbeitszeiten etc., um auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Menschen einzugehen und den Zwang zur Lohnarbeit zu vertuschen und positiv zu bestimmen.
Die autoritären Theorien des Klassenkampfes (Marxismus, Partei-Sozialismus) versagen auf diese Kapitalstrategien eine Antwort. Sie hinken der gesellschaftlichen Wirklichkeit immer mehr hinterher (Zerfall der SPD, Facharbeitergewerkschaften, Niedergang der kommunistischen Pateien in Spanien, Frankreich usw.).



Da wir alle unter dem Zwang zur Lohnarbeit leben, dies gilt für alle Länder der Erde, und wir dagegen kämpfen, fühle ich mich in einer Linie mit den Menschen, die schon immer gegen die Ausbeutung und Unterdrückung Widerstand leisteten und eine anti-autoritäre Theorie und Praxis entwickelten und sich dann AnarchistInnen nannten: Michail Bakunin, Emma Goldmann, Erich Mühsam, die anarcho-syndikalistische Bewegung in Südamerika und Spanien, die Machno-Bewegung, AnarchistInnen aus der 68er Bewegung etc.

Das Libertäre Zentrum Frankfurt ist aus dem Anarcha/o-Plenum entstanden, das sich 1984 zusammenfand, da das Frankfurter Autonomen-Plenum zu dieser Zeit immer mehr von Anti-imps (marxistisch-leninistische Richtung) bestimmt wurde. Libertär = freiheitlich wurde das Zentrum von uns deshalb so genannt, weil der Begriff in der BRD-Linken relativ unverbraucht und unbelastet war. Dies lies Platz für AnarchistInnen, Autonome, Anarcho-Syndikalistinnen, Aktive aus sozialen Bewegungen, Anti-Autoritäre, Graswurzelrevolutionäre, Sozialrevolutionäre, RätekommunistInnen etc. sich angesprochen zu fühlen, ohne gleich Ängste zu entwickeln, von irgendeiner Seite vereinnahmt zu werden. So wurde und wird die Diskussion von der Praxis der einzelnen Gruppen bestimmt, die einander ähnelnde Strukturen aufweist; dem Anspruch nach sollen die Gruppen Kollektive sein, in denen jede/r das gleiche zusagen hat.

Für die heutige Zeit halte ich die anarchistische Theorie deswegen für sehr aktuell, weil sie dem/r Einzelne/n die größtmögliche Freiheit läßt und die Menschen dennoch kollektiv verbindet.

AnarchistInnen und Autonome

Anarchie (Herrschaftslosigkeit) und Autonomie (Selbstbestimmung) sind zwei Begriffe, die unbedingt zusammengehören. Für mich ist jede/r AnarchistIn Autonome/r, aber nicht jede/r Autonome/r AnarchistIn. Das Problem der Autonomen ist aber die unklare Definition der Inhalte von Autonomie. Heutzutage nennt sich jeder und alles autonom. Von 'Vollautonom' (nur Putz im Kopf), über autonome Anti-ImperialistInnen, über libertäre Autonome bis hin zu Partei-Autonome (autonome Frauen im Römer). Da trifft mensch sich natürlich im Widerstand gegen den Kapitalismus, aber für was ein gemeinsamer Kampf geführt werden könnte, das läßt sich nicht erkennen.

Solange die autonome Bewegung sich nur über ihre Militanz erklärt und nicht klären kann, wie ihr Verhältnis ist zu jedem Staat (gerade auch zu den Ostblockstaaten und Staaten mit nationalen Befreiungsbewegungen an der Macht wie Nicaragua), zur Avantgarde (Speerspitze der Revolution, die den Durchblick hat), über den Weg zur Revolution und die Organisation der Produktion und Verteilung von Waren danach, solange wird sie eine diffuse Bewegung bleiben und sich nicht ausweiten können. Bestenfalls dient sie dann dem Staat als Frühwarnsystem gesellschaftlicher Probleme.

Was ist eigentlich Anarchie?

Seit Beginn der anarchistischen Bewegung im letzten Jahrhundert wurde und wird versucht, auf die Frage nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft und den Weg dahin mal mehr oder weniger gute Antworten je nach Zustand der Bewegung zu geben.

Anarchie ist die zukünftige Organisationsform einer befreiten Gesellschaft. Viele andere Begriffe, Theorien und praktische Handlungen sind für mich ein Teil der Anarchie. So gibt es keinen Zeitpunkt an dem Revolution gemacht wird, sondern sie entwickelt sich als Weg zur Anarchie schon jetzt in unseren Handlungen und Lebensweisen (soziale Revolution).
Gemeinsam organisieren die Menschen in der Anarchie die anfallenden Arbeiten und ihr Leben (Kollektivismus).
Die Kollektive sind kommunistisch, d.h. es gibt kein Privateigentum an Produktionsmitteln (Kommunismus).
Jedes einzelne Kollektiv entscheidet eigenständig und arbeitet auf freiwilliger Basis mit anderen Kollektiven zusammen (Autonomie).
Da wir nur im Einklang mit der Natur leben können, ist die anarchistische Gesellschaft natürlich nach ökologischen Gesichtpunkten organisiert.
In den zwischenmenschlichen Beziehungen muß eine Befreiung der Menschen von den ihnen anerzogenen Rollen und Verhaltensweisen als Frau und Mann erfolgen, um die Herrschaftsstrukturen auszuschalten (Emanzipation).

Organisierung

Diese obengenannten Prinzipien sollten in der Organisierung des Widerstandes gegen die Lohnarbeit und Unterdrückung entwickelt werden, sowohl in den persönlichen Lebenszusammenhängen als auch in unserer "Politik". D.h. wir brauchen eine soziale Infrastruktur aus Libertären Zentren, Infoläden, Kneipen, Kinderläden, Altentreffs, Gesundheitsläden, Druckereien, Medien, Bildungsstätten, Gewerkschaften, selbstverwaltete Betriebe etc.

Diese Infrastruktur muß ein klares politisches Konzept haben, also zum Aufbau einer anarchistischen Gesellschaft beitragen, und nicht wie in der "Alternativbewegung" Nischen im Kapitalismus bilden, die diesen noch stützen, indem Leute integriert werden. Sobald sich solche Tendenzen bei uns herausbilden, müssen diese Projekte von uns genauso wie alle anderen autoritäre Strukturen bekämpft werden.

So könnte sich unter dem Kampfbegriff "Anarchie" eine starke Bewegung jenseits von Kapitalismus und realexistierenden "Sozialismus" entwickeln, die wegen ihrer Vielfalt schwer zu bekämpfen ist. Aber durch den gemeinsamen Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft wird die Desorientierung und die Perspektivlosigkeit aufgehoben. So können sich die Überzeugung und die Kraft bei jedem/r Einzelnen/r bilden, daß die soziale Revolution und damit die Anarchie möglich sind.

Diesen Glauben müssen wir mit unseren Handlungen wecken und festigen können, d.h. wir sollten die Diskussion um unsere Inhalte beginnen, sie fair und ohne Polemik austragen. Auf jeden Fall denke ich wird dies zu einer besseren Organisierung eventuell zu einer Organisation beitragen, denn um diese werden wir nicht herumkommen, wenn wir die Anarchie erreichen wollen, zumal diese den höchsten Grad an Organisation vorausetzt, da alles auf freiwilliger Basis geschieht.

WIR KRIEGEN UNS SCHON!!!!

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Im Prinzip ist mir persönlich egal unter welchen Begriff wir zusammen kämpfen ob libertär, anarchistisch oder autonom, nur sollten wir uns für einen entscheiden, unsere Inhalte klären und unser Handeln nach diesen richten.

Jota



AGIT 88

LIBERTÄRE TAGE OSTERN 1987 IN BANKFURT

Wo steht der Anarchismus heute? Handeln, Theorie und Organisierung. Darum kreisen immer wieder unsere inhaltlichen Auseinandersetzungen. Dazu ein Beitrag aus Berlin.

Anarchie - die damit verbundenen Klischees sind hinreichend bekannt. Vor zwanzig Jahren war der Begriff in der Öffentlichkeit nur damit besetzt. Eine kleine Avantgarde von Studenten entdeckte in der Konfrontation mit dem Marxismus und auf der Suche nach einem freiheitlichen Gesellschaftskonzept die andere Bedeutung und deren historischen Hintergrund, dessen personelle und materielle Repräsentation durch zwölf Jahre Hitlerfaschismus und die darauf folgende Restauration völlig ausgemerzt war oder/und sich (noch) verstecken mußte. Die wenigen Altgenossen, die die Apokalypse der Zeit überlebt hatten, waren organisatorisch zu schwach, an die anti-autoritäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung anzuknüpfen.

In der Zeit nach 1968, als in kleinen Teilen der radikalen Jugend die Idee des freiheitlichen Sozialismus wieder an Boden gewonnen hatte, fanden die ersten oft naiven Organisationsversuche statt. Seitdem ist eine ansteigende Publikations- und Agitationstätigkeit von libertärer Seite zu verzeichnen. Dem kam und kommt eine Tendenz zur gesellschaftlichen Liberalisierung und der damit verbundenen Befreiung von alten überkommenen Normen und Strukturen entgegen.

Dies ist allerdings auch zum Teil der Entwicklung des Kapitalismus zuzuschreiben, der weniger starre gesellschaftliche Strukturen und flexiblere, d. h. anpassungsfähigere Menschen mit einer höheren geistigen und lokalen Beweglichkeit benötigt. Aber auch die zunehmende Unglaubwürdigkeit bzw. offentsichtliche Verlogenheit politischer und wirtschaftlicher Konzepte führt zu einer Ablehnung alter Strukturen und zum Versuch der Neuorientierung. Dabei ergibt sich natürlich die Gefahr der Rückwärtsorientierung auf "erprobte Rezepte" der Gegenwartsbe(über)wältigufig, d. h. die Gefahr einer Orientierung auf ultra-autoritäre und reaktionäre Konzepte. Allerdings besinnt sich ein Teil der Menschen auch durchaus konservativ auf alte freiheitliche und umweltharmonische Traditionen. An dieser Stelle treffen sich libertäre Vorstellungen mit konservativen, bzw. sind es selbst. Auf der anderen Seite schlagen die Anarchisten aber auch die Brücke zu den modernen Utopien und revolutionären Gesellschaftsvorstellungen, die den Menschen vom reinen Gattungs- und Hordenverhalten aus sich selbst zu emanzipieren versuchen, vermittels seiner geistigen Fähigkeiten der Kritik, Reflektion und Erfindungsgabe und seiner damit verbundenen Gabe nie Dagewesenes zu schaffen, also schöpferisch zu denken und zu handeln.

Auf Grund der Unglaubwürdigkeit und der damit verbundenen Ablehnung der heutigen Weltrealität ist es den Anarchisten möglich, sich als radikale Alternative zu allem Bestehenden darzustellen. Die westlichen Demokratien haben sich ebenso als korrupte Scheingebilde und Instrumentarien des herrschenden Kapitals gezeigt, wie sich die östlichen Systeme durch Ignoranz und Repression gegenüber dem Individuum auszeichnen ohne dabei in der Lage zu sein, aus eigener Kraft eine erträgliche materielle Situation für die Menschen ihres Herrschaftsgebietes herzustellen. Diktaturen und religiös fanatische Gebilde wie der Mullahstaat Persien stellen sich ohnehin außerhalb jeder Diskussion.

Wenn wir allerdings den anderen Modellen die Glaubwürdigkeit mit Recht absprechen, so müssen wir uns fragen lassen, wie glaubwürdig wir sind. Kaum jemand wird bestreiten, so sie ihm beschrieben werden, daß unsere Vorstellungen von Zusammenleben und Gesellschaft seinen/ihren Wünschen entspricht. Schwierigkeiten bestehen vor allem da, sich unser Modell in der harten Alltagswirklichkeit vorzustellen. Daran muß es notwendigerweise mangeln, denn die komplizierten Sachverhalte und Umstände des Lebens in eine kompakte Theorie fassen zu wollen, ist jenseits aller Möglichkeiten. Als Beispiel haben wir nur weitgehend Spanien 1936 zu bieten, was immerhin auch schon fünfzig Jahre her ist, ein halbes Jahrhundert, fast ein Menschenleben, ganz sicher nicht so weit zum Allgemeinwissen zählend, daß es ohne Prüfung glaubhaft wäre, ganz von den damals unbewältigten Problemen der Regierungsbeteiligung z. B. abgesehen. Wir sind also in einer Lage, in der wir uns einfallen lassen



müssen, wie wir unseren Mitmenschen unsere Ideen glaubhaft und vorstellbar nahe bringen können.

Das persönliche Gespräch und die persönliche Überzeugung einzelner Menschen ist an die erste Stelle zu setzen. Dazu gehört aber auch das ganze Einbringen der eigenen Persönlichkeit. Wir dürfen nicht von Anarchie und Herrschaftsfreiheit reden, sondern wir müssen sie in unseren alltäglichen Beziehungen, in unserem ganzen persönlichen Leben ausüben. Wir müssen mit aller Kraft, allem Wollen und allem Glauben versuchen, Anarchist/inn-/en zu werden und zu sein, soweit uns die Umstände die Möglichkeit dazu lassen und sogar darüber hinaus. Nur so stellen wir in unserem direkten Beziehungsumfeld Glaubwürdigkeit her, trotzen der feindlichen Umwelt ein Stück Anarchie ab. Ein ganz wichtiger Faktor in diesem Handeln ist Wahrhaftigkeit. Wir dürfen keine Tabus dulden und keine Zwecklügen in die Welt setzen. Denn wenn etwas wahr ist, wird es sich auch als das erweisen, auch wenn es womöglich seine Zeit dauert. Aber dann wird es um so überzeugender und unverrückbarer dastehen. Der Welt der Lüge müssen wir eine Welt der Wahrhaftigkeit entgegensetzen. Das wird Viele zeitweise gegen uns aufbringen, aber letztendlich mehr überzeugen.

Aber um unsere Wahrheiten in die Welt zu bringen, reicht es nicht aus, hinter der vorgehaltenen Hand über sie zu reden. Wir müssen uns auch die Mittel schaffen, um uns im Orkan des Mediengeschreis hörbar zu machen. Auch die Massivität des Auftretens stellt eine überzeugende Handlung dar. Denn wäre jemand nicht von seiner Sache überzeugt, würde er vermutlich, wenn er ehrlich handelt, nicht so ein Geschrei darum machen. Auch unser Auftreten nach außen also ist ein überzeugendes Moment.

Wenn wir uns selbst nicht trauen, so ist auch von keinem anderen Menschen zu erwarten, daß ihm zugemutet werden könnte, uns zu glauben. Wir haben also Schritte zu unternehmen, die uns mehr Selbstsicherheit bringen. Diese Schritte sind die der direkten Aktion.

Eine passive Bewegung bleibt theoretisch. Und oft genug wird den Anarchisten ja der Vorwurf gemacht, sie seien Theoretiker und wo denn bitteschön ihr großartiges Engagement zu sehen sei, was sie denn überhaupt vorzuweisen hätten außer Dingen, die schon ein halbes Jahrhundert zurücklägen. Das stimmt natürlich nicht ganz so, denn wir sind eine sehr aktive Bewegung. Nur, wir sind eine Bewegung von vielen Individualist/inn/en, Einzelkämpfer/inn/en und haben in der Vergangenheit recht wenig Flagge gezeigt.

In der 80/81-Bewegung war das schon ein wenig anders. Allerdings konnte auch da von gemeinsamen Handeln und Vorgehen keine Rede sein, was auch dazu geführt haben mag, daß dieser vielversprechende Ansatz mehr oder weniger sang- und klanglos untergehen konnte. Dennoch ist gerade in dieser Zeit viel "transportiert" worden, weil versucht worden ist, libertäre Elemente ins tägliche Leben und in alltäglichen Widerstand umzusetzen. Das hat nicht zuletzt unsere Basis verbreitert. Aber gerade diese Zeit zeigt auch, daß es nie zu einer allgemeinen zielgerichteten Diskussion, Theorieentwicklung und Handlung aus dem anarchistischen Lager gekommen ist. Die anarchsitischen Gruppen und Projekte existieren, soweit noch vorhanden, neben der "Bewegung" her, und die besten Kräfte hatten sie verlassen und steckten mitten im Geschehen. Wäre da nicht die Zeit gewesen ... Aber das sind abgegessene Platten. Beschäftigen wir uns lieber mit dem Hier und Heute!

Wir leben in einer bewegten Zeit, die gekennzeichnet ist vom Leben vor der jederzeit möglichen Katastrophe. Die Menschen glauben an nichts mehr und befinden sich somit in einer Situation der dauernden latenten Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, die sie mit verstärktem Konsumverhalten kompensieren.

Gleichzeitig leben wir in einer Zeit einer ständigen Möglichkeit eines impulsiven Massenausbruchs, der ständigen unverhofften Bewegung. Egal welche Sichtweise mensch bevorzugt, es ist ein Tanz auf dem Vulkan. Die Zeit ist mehr als knapp, ja sie ist überreif für entscheidende Veränderungen in der Gesellschaft, für eine Zeitenwende, die über Sein oder Nichtsein des menschlichen Lebens auf diesen Planeten entscheiden wird.

Es ist natürlich, daß wir die Entscheidung für das Leben herbeiführen wollen und dafür kämpfen müssen. Tun wir das als Einzelne, sind wir von vornherein verloren. Wir müssen uns organisieren und in der Form unserer Organisation Grundstrukturen der zukünftigen Gesellschaft vorwegnehmen und leben.

Die wichtigste Basis einer gemeinsamen Organisation sind gemeinsame Projekte. Die wichtigste Basis für gemeinsame starke Projekte ist eine funktionierende Kommunikationsstruktur, die nicht nur die Verbindungen unter uns selbst hält, sondern sie auch nach außen herstellt und verbreitert. Dazu ist es notwendig, Kommunikationsmittel zu schaffen, die nicht nur eine reine Insidersprache reden, sondern die von jederman/frau nachvollziehbar und somit verständlich ist. Mit irgendwelchen Gettoblättchen kommen wir nicht aus der Sackgasse heraus. Wir brauchen (zumindest daneben) Massenkommunikationsmittel: eine Wochen- und/oder Tageszeitung, die unsere Vorstellungen und Analysen des aktuellen und langfristigen Geschehens diskutiert, nach außen trägt; oder langfristig Funk- und/oder Fernsehsender, die das Gleiche tun, und auch unsere anarchsitische Kultur, die ein tragender Bestandteil unserer neuen Gesellschaft ist, verbreitet.

Wir brauchen Kommunikations-, Freizeit- und Kulturzentren, Theater und Kneipen als öffentliche Anlaufstellen, an denen die Menschen uns erreichen, mit uns sprechen und in Beziehung treten können. Wir müssen erreichbar werden, anstatt irgendwo in der Alternativszene ein Schattendasein zu führen, zu verhinterhofen.

Diese Aufgaben lassen sich aber nur durch gemeinsames, solidarisches und entschlossenes Handeln realisieren, durch das wir die organisatorische und materielle Kraft aufbringen können, das zu tun, was wir zu wollen vorgeben. Hierbei kommt es auf die Bereitschaft jedes einzelnen Menschen an, auch mal auf Konsum, Freizeit und Vergnügen zu verzichten, um dieses Ziel so schnell wie möglich Wirklichkeit werden zu lassen. Oft fehlt es nur an etwas Mut und Selbstvertrauen. Die beiden Dinge werden aber im Handeln gewonnen und nicht in lethargischer Kleinmütigkeit. Und außerdem macht Machen Spaß!





Arbeitermacht und Umstrukturierung in Westeuropa

Im folgenden Artikel wollen wir versuchen, einige Schauplätze von Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa zu beleuchten. Die Auswahl richtet sich dabei nach der Aktualität der Kämpfe, die sich in den letzten paar Monaten ereignet haben. Bei der Betrachtung dieser Kämpfe werden einige Parallelen klar: sowohl in den Tendenzen die Kampfformen der Arbeiter betreffend, als auch darin, woran sich ihr Widerstand entzündet: an dem kapitalistischen Projekt der Umstrukturierung. Es geht uns darum, den Zusammenhang dieser Kämpfe aufzuzeigen und einen Bogen zu den Entwicklungen in der BRD zu schlagen.

Genua: (Januar '87) 5000 Hafenarbeiter ziehen schweigend durch die engen Straßen des historischen Zentrums Genuas. Es herrscht eine Totenstille, die die ganze Stadt und die Bullen in Angst und Schrecken versetzt. Seit einiger Zeit führen die Arbeiter einen erbitterten Kampf nicht nur gegen die Hafenverwaltung, diverse Subunternehmer, sondern auch **gegen ihre Gewerkschaft** und die **Regierung.** Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre hatten sich, als sie der "Neuordnung" der Hafengeschäfte zustimmten, mit der Zerstörung der Hafenarbeiter**kollektive** einverstanden erklärt und mußten dafür Tassen, Aschenbecher, Zangen und Metallschrauben in Empfang nehmen. Das Programm der Neuordnung sieht vor, daß die Arbeiten im Hafen auf 10 unabhängige Untergesellschaften (Subunternehmen) unter Beteiligung der "Einheitsgesellschaft der Hafenarbeiter" (Culmv) aufgeteilt werden und die Verantwortung für die Frachtlöschung auf die Hafenverwaltung übertragen wird. Das bedeutet konkret die Entmachtung der Culmv, die vorher in eigener Verantwortung die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, Zeitpunkt wie Dauer des Einsatzes sowie die Höhe der Entlohnung festgesetzt hat. In ihrem Kampf greifen die Hafenarbeiter zu **Sabotage- und Wildcataktionen.** Vorläufiges Fazit: die Selbstorganisation der Hafenarbeiter wird unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt.

Neapel: (Februar '87) Ein Camorra-Kommando schießt auf einige dutzend Bauarbeiter, die ihren **Betrieb besetzt** halten und verletzt zwei von ihnen - einen leicht, den anderen schwer. Den Arbeitern geht es um die fehlende Entlohnung. Sie wollen verhindern, daß die Camorra die Lohngelder wieder einstreicht, und so wird in der östlichen Zohne Neapels der **Generalstreik** ausgerufen. Die Drucker solidarisieren sich **ohne Aufruf** und streiken einfach mit. Die Arbeiter haben erkannt, daß ihnen die Großverbände mit ihren Sonntagsreden nicht helfen können und schließen sich nicht nur in Neapel in **autonomen Kollektiven** und **Miniorganisationen** zusammen. Im Gesundheitswesen sind diese Kleinorganisationen längst stärker als die Großverbände.

Rotterdam: (Februar '87) Das, was in den anderen Häfen (Genua und Barcelona) erst noch passieren soll, ist hier schon längst gelaufen: **Rationalisierung** in Form von neuen Kränen, neuen Aufzügen und Delta-Terminal (eine futuristische Inselanlage inmitten der Hafeneinfahrt) als Anpassung der Hafenanlagen an Container-Verschiffung sowie Vergabe der im Hafen anfallenden Arbeiten an **Privatgesellschaften.** Trotzdem konnte die Transportarbeitergewerkschaft ein Abkommen mit den drei großen Rotterdamer Umschlagsbetrieben treffen, wonach bis zum Jahre 1991 kein Arbeiter entlassen werden sollte. Letztes Jahr jedoch brach eine große Containerlinie zusammen und die Unternehmer verlangten sofortige Entlassungen. Der Streik begann, und dank einer **neuen Streiktechnik** mußten die Unternehmer von ihren ursprünglichen Forderungen zurücktreten. Die Gewerkschaft gab sich mit der Halbierung der Entlassungen nicht zufrieden und verschärfte daraufhin den Streik.

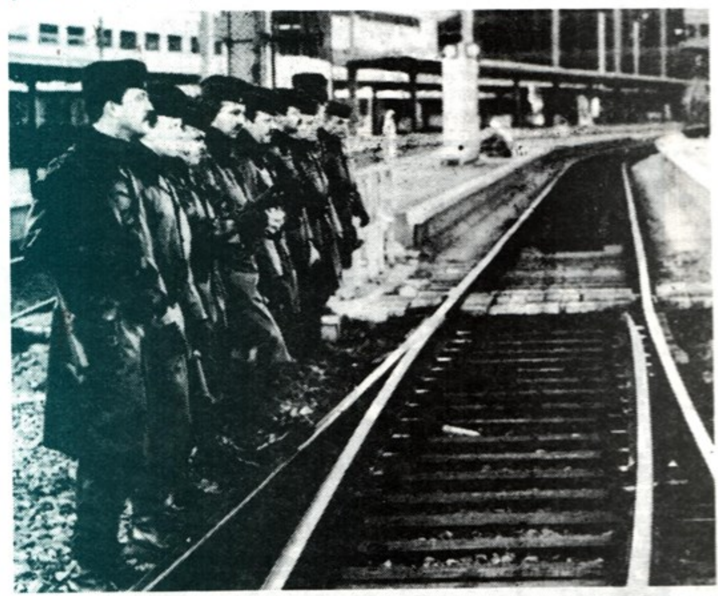
Athen: (Februar '87) Anfang Dezember '86 streikten die Müllarbeiter, die die Müllhalden Athens besetzten und **gegen die Spezialstoßtruppen der Polizei** verteidigten. Mit den Müllarbeitern solidarisierten sich die Bankangestellten und Bauarbeiter.

Mitte Februar '87 erreicht die **Welle** der Streiks und Proteste gegen die Sparpolitik der sozialistischen Regierung einen neuen Höhepunkt. Zum drittenmal seit dem 15. Januar legten 1,5 Millionen Werktätige die Arbeit nieder, was **Generalstreik** bedeutet. Der Protest der Gewerkschaften richtet sich vor allem gegen das Lohnstopgesetz und damit gegen einen zentralen Punkt des Wirtschaftsprogramms der Regierung.

Paris - Frankreich: (Mitte Dezember bis Mitte Januar) Angefangen hat der Streik der Eisenbahner mit einer Unterschriftenliste und einem Flugblatt, in dem Forderungen formuliert werden, die sich eindeutig **gegen die Umstrukturierung** der Bahn (Lohnsenkungen, Stellenabbau, Modernisierung, Taylorisierung, leistungsgebundene Entlohnung und Beförderung) wenden. Die Eisenbahner fordern die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Bewegung auf, betonen aber gleichzeitig, daß sie sehr wohl auch **selbst für ihre Sache eintreten**

können. Drei Tage nach Streikanfang befinden sich 95% des zugbegleitenden Personals im Streik, und nur noch ein einziger Bahnhof in ganz Frankreich wird nicht bestreikt. Der Streik hat autonom, ohne oder besser **gegen die Gewerkschaften**, begonnen, die sich nicht entblödet haben, Arbeitswachen aufzustellen, um die Bahner vom Streik abzuhalten. Erst als die Gewerkschaften merken, daß der Streik nicht mehr aufzuhalten ist, hängen sie sich an ihn dran – letztendlich nur, um ihn unter Kontrolle zu bringen und zu beenden. Es sind die **Versammlungen (autonome Räte)**, die den Streik kontrollieren, über Aktionsformen und über die Annahme von Arbeitgebervorschlägen entscheiden. Jedoch finden diese Versammlungen auch ihre Grenze, der Versuch einer autonomen Koordination gelingt nur teilweise. Die Gewerkschaften schaffen es, sich über die mangelnde Koordination einzuklinken, da sie an den Schwachstellen der Koordination Funktionen übernehmen. Sie dehnen den Streik jetzt in die Sektoren aus, die sie kontrollieren, um so die gesamte Streikbewegung wieder an das gewerkschaftliche Gängelband nehmen zu können – was sie von Tag zu Tag zunehmend schafft. Dies ist sicher der wichtigste Grund, warum der Streik dann relativ schnell beendet wird, glauben wir den Worten eines Streikenden: "Wenn sie (die Gewerkschaften) unsere Aktion in die Hand nehmen, werde ich den Streik beenden".

Barcelona: (seit Februar '86) Seit über einem Jahr befinden sich nun die Stauer in fast allen Häfen Spaniens im Kampf. In Barcelona wie in den anderen Häfen kämpfen die Arbeiter gegen die Vernichtung ihrer **Autonomie**, die sich organisatorisch in ihrem Kollektiv der "Coordinatora" niederschlägt. Um die Entwicklung in Spanien zu verstehen, muß mensch die lange Tradition von Arbeiterkämpfen kennen, die in den 50'er Jahren durch den Zustrom von Landarbeitern in die industriellen Zentren eine neue Brisanz erhalten und von Anfang an unter der frankistischen Diktatur als politische Kämpfe zu sehen sind. Da diese Streikbewegungen und Fabrikrevolten sich durch die Repression nicht wirksam eindämmen lassen, wird die frankistische Diktatur für große Teile das Kapitals, welches mit einem demokratischen, sozialpartnerschaftlichen Gesellschaftsmodell liebäugelt, unproduktiv. Dies trifft sich mit den Vorstellungen der Kommunistischen Partei Spaniens. Mit dem Ableben der Diktatur wird eine Demokratie installiert, die Arbeiterkomissionen als reformistische Gewerkschaften in das System integriert und ca 77-78 mit der **Umstrukturierung** der Wirtschaft begonnen. Die PSOE zieht in ihrer ersten Legislaturperiode in praktisch allen Sektoren die für das Kapital notwendigen Umstrukturierungen durch. Dabei stößt die PSOE bis auf wenige Ausnahmen auf wenig Widerstand, da sich die Arbeiter durch den sozialistischen Schein der Regierung blenden lassen, die PSOE in ihrer Gewerkschaft UGT ein williges Instrument zu Verfügung hat und die Arbeitslosigkeit (als Drohung oder Tatsache) ihr übriges getan hat. **Umstrukturierung heißt hier die Arbeitermacht zu brechen, dem multinationelem Kapital glänzende Verwertungsbedingen schaffen,** was allemal bedeutet die europäischen Standards bezüglich Infrastruktur, Produktivität



und Rahmenbedingen (Angleichung des Arbeitsrechtes, Integration der Gewerkschaften (Flick-Spenden von SPD an UGT), Sozialpartnerschaft) einzuführen. Teil dieses Plans zur Umstrukturierung ist die ungefähre Halbierung des spanischen Anteils am Weltschiffbau, die Reduzierung im Bergbau und Stahlproduktion. Auswirkung: 22% Arbeitslose (bei Jugendlichen 50%). Obwohl die Umstrukturierung der Wirtschaft noch nicht abgeschlossen ist, ist Spanien schon jetzt von großer Bedeutung für das europäische Kapital. So sind in den ersten 8 Monaten seit EG-Eintritt die Einfuhren aus der EG nach Spanien um 24% gestiegen, die aus der BRD sogar um 30%, womit die BRD mit 446 Milliarden Pesetas der größte Lieferant Spaniens ist. Der technologische Rückstand Spaniens gegenüber den europäischen Metropolen soll nun auch bald aufgeholt werden, denn 33% des Gesamtimportes aus dem EG-Raum entfielen auf Investitionsgüter zum Zwecke der Modernisierung der spanischen Industrie. Durch den großen **Markt an billigen Arbeitskräften** in Spanien interessiert, investierte VW von Januar bis Juni 80 Milliarden Pesetas in Spanien, weitere 510 Mrd. sollen bis 1995 folgen. Bis dann will VW 100%iger Eigentümer von SEAT (jetzt 51%) sein. Siemens will bis 1989 10 Mrd. Pesetas für **Hochtechnologieforschung** investieren, Nixdorf bis Juni 1 Mrd.. Die Hafenarbeiterkollektive schienen die letzten Bollwerke der Arbeiterbewegung gegen die laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen der Regierung zu sein, doch die Konflikte weiteten sich in den letzten Monaten derart aus, daß die Berichterstattung des Fernsehens von Nachrichten über Streiks, Studentendemonstrationen und Straßenkämpfe beherrscht wurde. Inzwischen hat sich eine breite Front gegen die Regierungspolitik und damit gegen die Umstrukturierung allgemein entwikkelt. Der Kampf findet im Transportsektor, an den Universitäten, im Gesundheitswesen, in Automobil- u. Bauindustrie und gerade bei den Firmen der staatlichen Holding INI statt. Die jetzigen Streikbewegungen und Unruhen richten sich genauso wie der Generalstreik 1985 grundsätzlich gegen die gesamte Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung, die die Umstrukturierung der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft forciert. Wirtschaftsminister Solchaga, der die spanischen Arbeitgeber warnte, Lohnerhöhungen oberhalb der erwarteten Inflationsrate von 5% zu bewilligen – entgegen den For-

derungen der Comisiones nach 7-8% Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungsprogramm, Rücknahme der Entlassungen bei Kohle und Stahl - sieht sich jetzt mit einem Widerstand konfrontiert, der die gesamte Wirtschaftspolitik in Frage stellen könnte. Jedoch muß man auch sehen, daß das Kapital in den meisten Sektoren mit seinen Umstrukturierungsplänen schon weit fortgeschritten ist, daß die Comisiones Obreras nicht die geeignete Kraft sind, den Widerstand auf eine systemsprengende Ebene zu heben, sondern eher diejenigen sein werden, die bemüht sind, den Widerstand von einer solchen Ebene wieder herab zu holen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den derzeitigen Kämpfen gegen das Kapital und seine Umstrukturierungspläne. Wir haben uns bei dieser Auswahl auf die aktuelleren und europäischen Kämpfe von dem "EG"-Imperialismus geknechteten Staaten weisen wiederum zu den EG-Staaten grundverschiedene Bedingungen auf, die zwar im Verhältnis zu den Metropolen stehen; jedoch wegen der grundlegenden Unterschiede (hier Integration - dort Vernichtung) halten wir es für richtig, den Kreis erst einmal um Westeuropa zu ziehen und den "europ." Imperialismus zum Gegenstand einer weiteren Diskussion zu machen.

Die Lage an den anderen Fronten des Arbeiterwiderstandes ähnelt der Lage in Spanien sehr. Die verschiedenen Kämpfe stellen sich uns als **Kämpfe gegen die Umstrukturierung** dar, die überall in Europa ähnliche Entwicklungen und Tendenzen zeigt und überall ähnliche Bedingungen schafft (dazu später am Beispiel BRD). Überall ist die Umstrukturierung weit fortgeschritten, ob bei den Eisenbahnern in Frankreich, den Stauern in Rotterdam, Marseille, Barcelona und Genua, ob in Frankreich, Griechenland, Spanien, Holland, oder Italien.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft hat grundsätzlich zum **Ziel, bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen, die Produktivität zu erhöhen und gleichzeitig Arbeiterwiderstand auszuschalten. Dabei werden eine Menge Menschen aus ihren gewohnten Arbeitsverhältnissen rausgeschmissen, tradierte Zusammenhänge zerstört. Bei dem jetzigen Umstrukturierungsprozess zeigt sich die Entwicklung einer Vielzahl von an den gesellschaftlichen Rand drängenden Lebens- u. Arbeitsbedingungen und die Entwicklung einer kleinen Arbeiterelite, die im Verhältnis dazu von besseren Bedingungen profitiert.** Die Regierungen aller EG-Staaten, egal ob christdemokratisch oder sozialistisch, forcieren die Umstrukturierung, und die Gewerkschaften sind nicht zu einem grundsätzlichen Kampf bereit, da sie integrative Bestandteile des kapitalistischen Systems geworden sind. Aus der konkreten Erfahrung der ArbeiterInnen mit dem Verrat "ihrer Arbeiterorganisationen", haben sich **Versuche der Selbstorganisation** entwickelt. **Miniorganisationen** haben mit der staatlichen Repression zu kämpfen und im Kampf entstandene **außergewerkschaftliche Rätestrukturen** müssen sich gegen die Reintegrations- und Kaltstellversuche der etablierten Gewerkschaften behaupten.

Insgesamt ähneln die Kämpfe eher Rückzugsgefechten mit wenig Aussicht, den alten Status quo aufrecht zu erhalten, geschweige denn mit revolutionärer Kurzzeitperspektive. Obwohl sich die Entwicklung hier in der BRD im Vergleich zu den Umstrukturierungsmaßnahmen im restlichen Europa nur durch die verminderte Geschwindigkeit und Brutalität, nicht aber vom Inhalt her unterscheidet, finden sich bei den traditionellen Stammbelegschaften hier im Gegensatz zu den anderen Ländern kaum Anzeichen autonomer Selbstorganisation - die, die sich hier bewegen, sind eher die, die aus garantierten Arbeitsverhätnissen rausgeflogen sind, oder sich der Arbeit generell zu entziehen versuchen, oder die, die jetzt plötzlich den Zwang zur Arbeit zu spüren bekommen. Beispiele dafür sind die verschiedenen Jobber- u. Arbeitsloseninitiativen, die auch hier entweder die staatliche Repression zu spüren bekommen oder sich gegenüber Vereinnahmungsversuchen von DGB und/oder Kirche behaupten müssen.



beschränkt, weil sich für uns der europäische Kapitalismus, manifestiert in der EG, bei allen inneren Widersprüchen als eine Einheit darstellt. Mit "Einheit" meinen wir nicht, daß in allen Staaten der EG die gleichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen herrschen, sondern daß die EG ein gemeinsames kapitalistisches Projekt darstellt, welches sich mit dem Begriff "Großwirtschaftsraum" zusammenfassen läßt. Einzelinteressen der Teilstaaten werden hier versucht auszugleichen und eine Differenzierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen ist sicher gewollt. Auch existieren eigene Interessen der EG, politisch u. wirtschaftlich dominiert von BRD u. Frankreich, gegenüber dem militärischem Bündnispartner u. z.T. wirtschaftlichen Kontrahenten USA. Die

Grundsätzlich geht es dem Kapital hier in der BRD genauso wie im restlichen Westeuropa darum, optimalere Verwertungsbedingungen zu organisieren, d.h. unproduktive Sektoren verwertbar zu machen und die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse so zuzuspitzen, daß größtmögliche Effektivität und Produktivität bei gleichzeitiger Kontrolle gesichert erscheinen.

Die derzeitige Offensive des Kapitals mit all ihren Erscheinungsformen (Flexibilisierung, Rationalisierung, Kürzung des Sozialhaushaltes, Beschneidung des Demonstrations- und Streikrechts) läßt sich aus dem Fallen der Profitrate, dem immer größer werdenden Mißverhältnis zwischen Lohnforderungen, sozialstaatlichen Ausgaben auf der einen und der Steigerung der Produktivitätsrate auf der anderen Seite erklären. Wie kam es dazu?

Nach dem 2. Weltkrieg formierte sich der Kapitalismus in der BRD neu: Hauptsächliche Neuerungen waren die Durchsetzung der industriellen Massenproduktion (Fordismus) und der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (Taylorismus). Hergestellt wurden größtenteils Konsumgüter, die zum erstenmal gewollt in die Hände der Produzierenden gelangten. Durch die steigenden Kapitalprofite, an denen die Lohnabhängigen in Form von steigenden Löhnen teilhatten und die sie gleichzeitig durch den Konsum der von ihnen hergestellten Güter anhoben, etablierten sich genau jene gesellschaftlichen Strukturen, die jetzt im Begriff sind, vom Kapital zerschlagen zu werden. Es entstanden die Figur des Massenarbeiters, der Sozial- u. Wohlfahrtsstaat, Einheitsgewerkschaft u. "Sozialpartnerschaft", das uns gut bekannte Konsumverhalten und die sog. "Volks"parteien, die keinen Klassenstandpunkt mehr vertreten, sondern wechselnder Weise als Massenintegrationsfaktor in das kapitalistische System wirken. Doch das rasche Steigen der Profitrate sollte mit den bald einsetzenden, an Brisanz gewinnenden Arbeitskämpfen ein Ende finden. Diese Kämpfe entstanden aus der einheitlichen (Arbeits-)situation in den Fabriken und Wohnbezirken und führten von daher zu einem gemeinsamen Kampf mit einheitlichen Lohnforderungen. Einen Höhepunkt erreichten diese Kämpfe in den sechziger bis Anfang der siebziger Jahre. Doch nicht nur die wilden Streiks, Sabotageaktionen, Fabrikbesetzungen, Verminderung und Verweigerung von Arbeitsleistungen führten zum Stocken der Profitrate, ebenso von Bedeutung war die immer ungehemmtere Aneignung von sozialstaatlichen Leistungen. Das in



die Defensive gedrängte Kapital findet seine Antwort in der Krise im Jahre '73 und später. Ziel dabei ist eine gesteigerte Produktivität durch angeheizte Inflation und Engpässe in der Versorgung (Energiekrise), durch Kapitalfindung und Stillegung unproduktiver Anlagen. Die Folgen davon sind: eine Verringerung der Gesamtbeschäftigung, erhöhte Drohung durch die Arbeitslosigkeit, sowie eine Kapitalanhäufung durch die hohen Preissteigerungen hauptsächlich im Energie- und stark energieabhängigen Bereich. Durch gleichzeitige weitgehende Streichungen von erkämpften sozialen Leistungen wird sowohl der Zwang zur Arbeit erhöht als auch staatliche Mittel für eine breitangelegte Subventions- u. Investitionspolitik freigesetzt, die in die Rüstungsindustrie, den HighTech- u. Energiebereich und in die Genforschung fließen.

Diese Politik wurde seit 73 konsequent fortgesetzt, und heute merken wir fast alle die Konsequenzen dieser Politik:

- Aufrechterhaltung und Verschärfung des Arbeitszwanges durch Drohung der Arbeitslosigkeit und Abbau erkämpfter staatlicher Leistungen (Sozi, Bafög etc.)
- Ausbau des sekundären Arbeitsmarktes (Zwangsarbeit von Knackis, Ausländern und Zivis, unbezahlte Praktika / soziales Jahr, ABM, Schwarz- und Leih arbeit, mies bezahlte Nebenbechäftigungen - ohne zweites Einkommen oder Einklau nicht machbar)
- Ausdehnung und Absicherung der Teil zeitarbeit (betrifft insbes. Frauen)
- Zunahme der Arbeit in entgarantierten Beschäftigungsverhältnissen (Jobberproblematik, Zeitverträge und Arbeit auf Abruf)
- Verstärkte Orientierung von Bildung und Forschung zugunsten des Kapitals (Hochschulrahmengesetz, Oberstufenreform, Streichen von alternativen Forschungsprojekten)
- Ausbau von Überwachung und Informationssystemen (innerbetrieblich: Videokameras, Arbeitseinteilung und Personalführung mit Computern / staatlich: z.B. Volkszählung)
- Aus- und Rückverlagerung der Produktion bzw. einzelner nicht so profitträchtiger oder widerstandsträchtiger Arbeit (Billiglohnländer, Klitschen, lohnschwache oder "ruhige "Gebiete innerhalb der BRD oder EG)

Dies sind die Hauptpunkte, die hier zu nennen sind, und der Umstrukturierungsprozess scheint noch lange nicht abgeschlossen. Sich dem unversönlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bewußt, versucht das Kapital, dieses Verhältnis zu seinen Gunsten zu wenden, und verändert dabei die Klassenzusammensetzung. Heute müssen wir sehen, daß die entgarantierten Arbeitsverhältnisse immer mehr zunehmen, die stabilen, abgesicherten Arbeitsformen sich zunehmend lockern, und dabei die Tendenz deutlich wird, daß die Arbeiterklasse sich spaltet. Und zwar in eine Masse von Menschen, die als Maschinenanhängsel stumpfsinnige Arbeiten verrichten, in der der einzelne auf Grund seiner niedrigsten Qualifikation jederzeit austauschbar ist und daher unwürdigste Arbeitsverhältnisse akzeptieren muß, und einen kleinen Stamm von Technikern, die sich aus Universitäten und Hochschulen rekrutieren, evtuell auch aufgestiegene Facharbeiter, in festen Arbeitsverhältnissen und verantwortungsvollen Positionen, abgesichert und gut bezahlt.

Wir brauchen uns aber auch nicht der Illusion hingeben, daß die Auswirkungen der Umstrukturierung sich allein auf

der Umstrukturierung sich allein auf den Produktionsbereich beschränken. Optimale Verwertungsbedingungen heißt, alle Bereiche gesellschaftlichen und privaten Lebens der Kapitalherrschaft zum Zwecke der Profitmaximierung zu unterwerfen. Sanierungskonzepte, Wohnungsbau, Sparmaßnahmen an den Universitäten, Ausländerfeindlichkeit



In der BRD leben heute über 4 Millionen Ausländer, die in der Großindustrie 30-40% der Arbeiterschaft stellen, in der gesamten Industrie ca. 17% ausmachen. Werden unsere ausländischen KollegInnen rausgeschmissen, ist ein gewaltiger Schlag gegen die traditionelle KernarbeiterInnenschicht getan, ein für die Kapitalisten unangenehmes Widerstandsnest gegen die Entgarantierung und totale Flexibilisierung ausgehoben.

finden ebenfalls ihre Begründung in der Umstrukturierung (siehe letzte "Aktion": Lokalteil Göttingen). Das Kapital versucht die gesamte Gesellschaft zur Fabrik zu machen, in der Kollektivität keinen Platz hat, in der die Kontakte der Menschen auf das erforderliche Mindestmaß heruntergeschraubt werden. Denn in einer Gesellschaft von vereinzelten Individuen ohne, oder mit fremdbestimmten, Kommunikationsstrukturen wird es schwer sein, Widerstand zu entwickeln.

Unsere Perspektive liegt da, wo sich die Menschen anfangen zu bewegen und an die Grenzen des Systems stoßen. Da, wo der grundsätzliche Gegensatz zwischen einem selbstbestimmten Leben und den Verwertungsinteressen des Kapitals aufbricht und sich Ansätze der Selbstorganisation bilden. Wir werden uns verstärkt der Aufgabe stellen müssen, Organisations- u. Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, aus denen heraus sich Widerstand entwickeln kann★

ZUM INFORMIEREN UND PLAKATIEREN





In zweiter Auflage:

1. Plakat zum Iran-Irakischen Krieg: zweifarbig, schwarz-rot, Din A 2, auf Plakatpapier:

1 Stk. - 2 DM in Briefmarken an: FAU-Göttingen, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen,

50 Stk. - 15 DM
100 Stk. - 25 DM
gegen Vorauskasse auf Postscheckkonto Nr.: 386374-300, Postgiroamt Hannover, S. Viani, "Iran-Irak Plakat"

DOKUMENTATION:

Über die Aktionsanalytische Organisation
Marxistisch Reichistische Initiative
Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude
Bunte Liste Freiburg
Arbeitskreis Antiklerikales Göttingen
Initiative Neue Linke

Sie sagen, sie kämpfen gegen Kirche und Reaktion, für sexuelle Befreiung, Meinungsfreiheit und Demokratie.

Sie verstehen sich gut auf medienwirksame Auftritte, bezeichnen sich als als die "wahren Linken" und alle die sie kritisieren als faschistoid.

Ihre Taktik ist die Unterwanderung linker Organisationen, wie zB.: die Kieler Grünen, die Bunte Liste Freiburg.

Sie arbeiten mit den Bullen zusammen. So geschehen in Freiburg wo den Bullen eine Kartei von Punkern, Autonomen und Anarchos übergeben wurde.





Göttingen 2/87

2. Dokumentation zur MRI/AAO: Diese Doku ist für Gruppen gedacht, die mit der MRI, der AAO oder ihren Ablegern zu tun haben. In der letzten Zeit tauchen diese mit platten antiklerikalen Aktionen in der Öffentlichkeit auf oder machen von sich reden, indem sie z.B.: Zwangsmaßnahmen gegenüber AIDS-Erkrankten fordern. Protagonisten dieser Sekten sind ein Dr. Auhagen, F.E.Hoevels und Dr. Freudemann, die auf Veranstaltungen auftreten und Mitglieder für ihre Sekte werben.
Die Doku hat ca. 150 Seiten und ist gegen 16.80 DM auf Postscheckkonto Nr.: 386374-300, Postgiroamt Hannover, S. Viani, Stichwort: "Doku" zu bekommen.



Wer nicht kämpft, hat schon verloren !

Die Verwertungslogik des Kapitals und der Widerstand an der Göttinger Uni

(Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um eine Darstellung und den Versuch einer Analyse und Kritik des Göttinger Unistreiks aus der Perspektive eines Beteiligten. Der Zeitdruck durch den Redaktionsschluß hat eine gedankliche Überarbeitung und Straffung unmöglich gemacht, aber so gibt das Chaos des Textes vielleicht ein wenig vom Chaos der Göttinger Streikbewegung und nicht nur von dem in meinem Kopf wieder.)

1. Der Anlaß

Anfang April 87 erfahren StudentInnen aus der Presse über Pläne der niedersächsischen Landesregierung, Einsparungen im öffentlichen Dienst und im Sozialhaushalt vorzunehmen:

- Einstellungsstop für den öffentlichen Dienst ab 1.6.87 für 18 Monate; Reduzierung der Stellen bis Ende 88 um ca. 3500, davon 600 im Hochschulbereich.
- 500 DM Studiengebühren für diejenigen, die die Regelstudienzeit um mehr als 3 Semester überschreiten; Streichung des Nafög (Nieders. Schülerförderung).
- Kürzungen bei der sog. "Nichtseßhaftenhilfe" und beim sozialen Jahr um zusammen 12 Mio. DM.
- Streichung der Weihnachtsbeihilfe für die EmpfängerInnen von Sozial- und Jugendbeihilfe sowie der Winterbeihilfen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe.

Diese Sparmaßnahmen würden bedeuten, daß mit einer schleichenden Massenentlassung die personelle Betreuung auf den Ämtern noch mieser wird (wer mal auf dem Arbeitsamt war, weiß, was das heißt), daß die finanzielle Not und damit der Zwang zur Arbeit sich für Hunderttausende enorm verschärft. Die Qualität des Studiums verschlechtert sich, Studienzeiten verlängern sich (durch Wartezeiten auf Praktika etc.). Damit müssen viele ihr Studium vorzeitig abbrechen, insbesondere StudentInnen mit Kindern, politisch Aktive und Leute, die neben dem Studium noch arbeiten müssen. Neben dieser **sozialen Selektion** wird generell der Zeit- und damit der **Leistungsdruck** erhöht. An diesem Programm, das im übrigen begründet wird mit den Einnahmeverlusten des Landes durch die Senkung des Spitzensteuersatzes, entzündet sich eine Protestwelle, die in den letzten 10 Jahren (seit dem Buback-Streik '77) nicht ihresgleichen gehabt hat.

2. Chronologie

Nachdem zuerst Unglaube geherrscht hat, zumal in den Kreisen der politisch Desinteressierten, beginnt sich langsam Widerstand zu formieren. In den beiden letzten Aprilwochen finden eine Reihe von Sitzungen zum Thema statt, in mehreren Fachbereichs-Vollversammlungen (VV`s) wird für Streik gestimmt. Am 28.4., dem Tag der offiziellen Beschlußfassung im Kabinett, gibt es in Hannover eine Latschdemo mit 15000 TeilnehmerInnen vor den Kuppelsaal, in dem das Kabinett tagt. Die Göttinger Beteiligung ist mager: gerade um die 150 Gestalten. So viele sitzen am nächsten Tag allein in der VV der GermanistInnen. Der erste Kristallisationspunkt der Göttinger Aktivitäten ist nicht die Demo in Hannover, sondern die **Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK)**, die vom 3.-5.5. in Göttingen tagt. Hier treffen sich nicht nur die Rektoren der Unis der BRD, sondern auch führende Kräfte aus Politik und Industrie, um u.a. über die Umstrukturierung der universitären Forschung zu reden. Am 3.5. demonstrieren ca. 500 Leute zur Eröffnungssitzung der WRK, u.a. gegen Innenminister Hasselmann, Verantwortlicher und vehementer Rechtfertiger des Göttinger Kessels vom 1. Dezember 86. Am letzten Tag der WRK versuchen StudentInnen, frühmorgens das Tagungsgebäude zu besetzen, was aber an massivem Bulleneinsatz scheitert. Der anwesende für die "Einsparungen" verantwortliche Minister für Wissenschaft und Kunst Cassens will nur eine Delegation empfangen, die er stundenlang warten läßt, indessen außer den Delegierten selbst niemand mehr Interesse an ihr hat.

Am Nachmittag des 5.5. findet eine Uni-VV mit ca. 3000 Leuten statt, auf der mit großer Mehrheit ein Streik für die Woche vom 11.5. bis zum 15.5. beschlossen wird, mit der Maßgabe, "den Unibetrieb lahmzulegen und für unsere Inhalte und Diskussionen umzufunktionieren" (Resolution d. Uni-VV v. 5.5.) In den darauffolgenden Tagen bilden sich die Gremien und Arbeitsgruppen des Streiks. Sämtliche Fachbereiche beschließen, meist mit überwältigender Mehrheit oder sogar einstimmig, den Streik. Ab Montag, den 11.5. ist der gesamte Uni-Betrieb lahmgelegt. Vor den Eingängen aller Gebäude stehen mehr oder weniger entschlossene Streikposten, daneben finden zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt. Die Uni- und Fachbereichsgremien treten täglich zusammen (soweit mir bekannt ist).

Am Mittwoch, den 13.5., findet die 2. Streik-VV mit ca. 5000 Leuten statt, auf der die Ausweitung des Streiks bis einschließlich Montag beschlossen wird. Die Entscheidung ist umstritten, es erheben sich einige Stimmen für die Beendigung des Streiks. Anschließend ziehen die Streikenden unter Zurücklassung von Streikposten durch die Stadt. Der Demonstrationszug unter Beteiligung der Hiwis (wissenschaftliche Hilfskräfte) und des rechten Spektrums vom RCDS bis zu den Burschenschaftern wächst bis auf ca. 20.000 Menschen (offizielle Angabe: 15.000) an. Auf der Abschlußkundgebung versuchen VertreterInnen der ÖTV, des Göttinger Arbeitslosenzentrums (ALZ), des AStA und des Libertären Plenums, der inhaltlichen Diskussion eine über die Uni hinausweisende Dimension zu geben. Die Reihen der Zuhörer lichten sich schnell.

Zum Streikende hin beginnt die Streikfront zu bröckeln. Einige Fachbereiche hatten von Anfang an nur einen zwei- oder dreitägigen Streik beschlossen, andere stimmen während der Streikwoche für Abbruch oder Modifizierung des Streiks; seit Samstag, den 16.5. sind ein paar Gebäude des "Geisteswissenschaftlichen Zentrums" und der umge-

benden Institute wieder offen oder "modifiziert" offen, d.h. daß jeder Dozent durch darf. Der Streik wird am Montag den 18.5. beendet, da aufgrund des Jubiläums der Göttinger Uni (250-Jahr-Feier) der Lehrbetrieb ohnehin ruht. Damit schließen aber nicht die Proteste der StudentInnen ab. Es beginnt eine zweite Phase des Widerstandes, die sich an den **"Jubeltagen"** orientiert: Vom 19.5. bis zum 28.5. sollen Aktionen stattfinden, die zum Ziel haben, die Festveranstaltungen für den Widerstand umzufunktionieren. Zentrale Veranstaltung ist dabei die landesweite Demo am 26.5., zu der 50.000 Demonstranten erwartet werden, um einen Festakt mit der Landesregierung unmöglich zu machen und Stärke und Entschlossenheit der Bewegung zu zeigen.



3. Vom revolutionären und korporativistischen Subjekt

Was an inhaltlichen Auseinandersetzungen und Aktionen in der Woche des Streiks (und zuvor) läuft, ist nur verständlich, wenn mensch sich die **Zusammensetzung der Protestbewegung** vor Augen führt. Betroffen von den Sparmaßnahmen ist der gesamte Uni-Betrieb: 30.000 StudentInnen, um die 10.000 Personen des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals (DozentInnen, Hiwis, Hausmeister, Verwaltungsbeamte, Sekretärinnen etc). Betroffen sind auch die "sozialen Randgruppen", die Schülerschaft und der öffentliche Dienst, sie haben aber bis jetzt nicht an der Bewegung teilgehabt.

Wie in jeder Massenbewegung findet sich auch hier ein großes Spektrum an Einschätzungen, Aktionsformen, Strategien und Taktiken. Abgesehen von den Hardlinern unter den ProfessorInnen, denen die Studiengebühren ihren Vorstellungen vom leistungsorientierten Elitestudium entgegenkommen und die sich daher vor allem gegen die Sachmittelkürzungen an den Unis wenden, und denen, welche die "Notwendigkeit" von Einsparungen einsehen, lassen sich grob zwei Muster von Kritikansätzen unterscheiden.

Der 1. Ansatz ist korporativistisch, d.h. er beschränkt sich in seiner Kritik auf die Wahrung universitärer Interessen. Dahingehend fordert er die Rücknahme des Studiengebührenbeschlusses und legt nahe, doch lieber woanders zu sparen als an den Unis. Auf dieser Argumentationslinie kann nicht politisch und nicht moralisch argumentiert werden. Stattdessen wird versucht - oder ist von vorneherein angestrebt - , die Logik der Herrschenden zu übernehmen oder zu benutzen: Es gehe um die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Unis, die allerdings durch die Sparmaßnahmen untergraben würde. Den Verantwortlichen wird ein Irrtum unterstellt (dazu Abschnitte 7 u. 8).



Der zweite Ansatz begreift die Sparmaßnahmen in ihrem gesellschaftlichen Kontext zunächst als **Umverteilungspolitik**: Die durch die Senkung des Spitzensteuersatzes entstehenden Einnahmeverluste sollen durch einen Ausgabenstop vor allem im Sozial- u. Bildungsbereich ausgeglichen werden. Der Bildungsbereich wird industriellen Interessen unterworfen. Angegriffen wird die Sozialpolitik der Regierung allgemein, der Umbau des Studiums, die von der Regierung angestrebten Studieninhalte, die Verwertungslogik des Kapitals; letzteres mehr in Auflehnung gegen ihre konkreten Auswirkungen auf den einzelnen, denn als Ergebnis einer abstrahierenden Analyse. Die ganze Bewegung geht, mit Ausnahme der wenigen vorher politisch Aktiven, vor allem von der **persönlichen Betroffenheit** und einer **humanistisch-moralischen Grundhaltung** aus. Obwohl der Streik in seiner angestrebten Wirkung politisch ist, wird er großenteils nicht als solcher gesehen. Versuche, politische Inhalte in den Steik hineinzutragen oder die Diskussion auf eine sozioökonomische Ebene auszuweiten, werden von weiten Kreisen abgelehnt, zum Teil aus ideologischen Gründen, zum Teil aus Rücksicht auf die Einheit des Bündnisses. Die rechten Gruppierungen nutzen dies zu einer Hetze gegen "Chaoten und Extremisten". Im Verlauf des Streiks findet eine zunehmende **Polarisierung** statt, bei der gegenseitig Ausgrenzungen vorgenommen werden. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Bewegung ist gegenwärtig nicht abzusehen.

4. Aktionsformen und ihre Handhabung

Wesentliche Protestform des Streiks ist die Blockade. Die Resolution vom 5.5. hat zu einem aktiven Streik aufgerufen, d.h. daß vor allen Gebäuden Streikposten stehen, daß Lehrveranstaltungen und Uni-Betrieb lahmgelegt werden, daß Gegenveranstaltungen stattfinden. Die konkrete Handhabung des Streiks wie seine zeitliche Bemessung sind unterschiedlich: einige Fachbereiche streiken nur zwei oder drei Tage, um die Anerkennung von Studienleistungen zu erhalten oder aus ideologischen Gründen (wenn die rechten Gruppen die Mehrheit haben), andere bis einschließlich Freitag, eine Reihe von Fachbereichen bis einschließlich Montag, dem letzten Vorlesungstag; die PsychologInnen haben als einzige unbefristeten Streik beschlossen. Während in einigen Gebäuden jede streikbrechende Lehrkraft durchgelassen wird, machen die Streikposten in anderen Gebäuden völlig dicht; bei den Psychos will (nach Angaben einer Studentin) überhaupt niemand rein. Maßgebend sind jeweils die Streikplena der einzelnen Fachbereiche bzw. Gebäude.

Wird die Notwendigkeit des Widerstandes allgemein anerkannt, so ist die Form, in der dieser Widerstand verläuft, vielfach umstritten. Fast das gesamte Lehrpersonal steht gegen den Streik, sofern er sie in ihrer Arbeit - im Uni-Alltag - behindert. (Widerstand ja, aber er darf niemanden stören!) Viele StudentInnen sind dagegen, Studierwillige am Betreten der Gebäude und Bibliotheken zu hindern: Die Rede ist von "freiwilligem Vorlesungsboykott". Es gelingt den Befürwortern des aktiven Streiks nicht, die Notwendigkeit eines Streiks auch ohne konkrete Druckmittel und daraus resultierend die Legitimation von Streikposten deutlich zu machen. Die Spaltung der Bewegung und das Abbröckeln des Streiks setzt an diesem Punkt an, wo der Widerstand als Nötigung gegen Verbündete diffamiert werden kann und vielfach so empfunden wird, geschürt von Profs und RCDS ("Ring christlich-demokratischer Studenten").

Im Rahmen des Streiks hat es eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Aktionen gegeben. Die beiden Demos vom 5. und 13.5. wurden bereits erwähnt. Anzumerken ist hierbei, daß auf der ersten Demo einige Polit-Hardliner, u.a. auch der "Schwarze Block", auf plumpeste Weise (das war nichts, Leute!) radikale Inhalte (Sprüche) zur Schau getragen haben. War Propaganda durch die Tat bezweckt (?), so wurde doch nur Ablehnung erreicht, da die meisten DemonstrantInnen sich vereinnahmt fühlten. In ähnlichem Zusammenhang wurde ein Zwei-Mann-Sprechchor auf der zweiten Streik-VV niedergebuht.

Neben Blockade und bloßen Latschdemos gab es einige Film/Video-Veranstaltungen und Diskussionen, in denen versucht wurde, über die universitäre Betroffenheit durch die Sparbeschlüsse hinauszugelangen (zu Nicaragua, Entwicklungspolitik, Volkszählung, £ 218, For-

schungspolitik, politischer Ökonomie u.a.), Betteldemos, "Studentenleasing", Schuh- und andere Putzaktionen, Strassentheater, Musik (mit aktuellen Texten), Infotische u.v.m. Der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt. Diese Aufzählung macht allerdings auch deutlich, daß ein großes Mißverhältnis zwischen dem Aktionsdrang der Studis und inhaltlicher Auseinandersetzung bestand, was sich auf die Zielrichtung der Aktionen auswirken mußte. Immerhin: Während der Streikwoche ist die Innenstadt beherrscht von studentischen Aktionen.

Während sich die Göttinger Bevölkerung nicht der Auseinandersetzung mit den studentischen Protesten entziehen kann und will, erscheint in den Medien nur wenig. Speziell der NDR tut sich durch ein völliges Ausbleiben von Berichten hervor. (Von der taz wollen wir hier lieber nicht reden.) Deshalb besetzen StudentInnen am Montag, dem 18. 5. das Göttinger NDR-Büro. Der Versuch, eine Radiobotschaft auszusenden, soll im letzten Moment von Hannover aus vereitelt worden sein. Allerdings gelangen die BesetzerInnen an Unterlagen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die NDR-Zentrale in Hannover das zahlreiche Material über die Göttinger Aktionen gezielt unterdrückt.

5. Organisationsform

"Unser Streik ist nach dem Räteprinzip organisiert", schreibt der "Zentrale Streikrat" in einem Leserbrief an die taz. Nach welchem Räteprinzip, wird nicht so recht deutlich. Die Streikorganisation beruht auf einem Netz von Räten und Arbeitsgruppen. Jeder Fachbereich hat einen eigenen Streikrat, in dem täglich die Fachbereichs-Arbeitsgruppen und alle Interessierten zusammenkommen sollen, ebenso finden in einigen Fachbereichen täglich Streikplena statt, die sich faktisch kaum von den Streikräten unterscheiden; die Kompetenzen gehen des öfteren durcheinander; die Beschlüsse der Streikplena werden oft schon in den Streikräten gefällt. Im übrigen entscheiden die Fachbereiche autonom über ihre Organisation. Angestrebt ist eine **Autonomie der Fachbereiche**, soweit es ihre eigenen Belange betrifft. Universitätsübergreifend treffen sich AGs zu einer Reihe von Aufgaben entsprechend den Fachbereichs-AGs, allerdings mit stärkerer Orientierung nach außen (u.a. eine Gewerkschafts-, eine Schul- und eine Öffentlichkeits-AG); in der Theorie soll in den Uni-AGs von jedem Fachbereich ein/e VertreterIn der entsprechenden Fachbereichs-AG sitzen. Zur Koordination der Fachbereiche und zur zentralen Organisation wird ein **Zentraler Streikrat** gebildet, der sich aus den Delegierten der Fachbereichsplena und der Uni-Arbeitsgruppen zusammensetzen soll, wobei wieder jede/r Interessierte mitmachen darf. Der Zentrale Streikrat gibt täglich ein Streikinfo heraus, in dem er Termine von Veranstaltungen abdruckt und linke Inhalte in die Diskussion zu bringen versucht. Faktisch machen Vertreter einer Hochschulgruppe dieses Info. Das wichtigste Entscheidungsorgan ist die Uni-VV, auf ihr sind allerdings nur die generelle Streikentscheidung und Entscheidungen über die Ausweitung des Streiks auf die Uni-Verwaltung gefallen. So sehr sich die Organisation in der Theorie auch Räteprinzipien nähert, treten doch Probleme auf, die den angestrebten Aufbau verwässern und verfremden:

Erstens sind die Entscheidungskompetenzen nicht eindeutig festgelegt. Zwar wird gesagt, die Fachbereiche entscheiden autonom, aber in einem Fall, bei einer VV, in der drei Fachbereiche, die zusammen ein für den Streik zentrales Gebäude blockieren, den Streik aufzuweichen drohen, erscheinen zahlreiche VertreterInnen anderer Fachbereiche und überstimmen diese. Das Problem der Gewichtung von Inhalten und Strukturen wird an diesem (Einzel-) Fall deutlich: Darf ein Fachbereich für den Erfolg der Aktionen aller Fachbereiche entscheidende Entschlüsse fassen? - Wie lassen sich die Autonomie der Fachbereiche und die Interessen aller (aller anderen) unter einen Hut bringen?

Zweitens gibt es für Räte und Arbeitsgruppen keine Zulassungsmodi. Wer Lust hat, kann mitmachen. Hier stellt sich, wie auch im obigen Fall, das Problem der Putschgefahr, wie z.B. in der Uni-Öffentlichkeits-AG, die für die Pressemitteilungen verantwortlich ist und die anfangs in der Hand von Rechten gewesen ist. Das Problem ist durch einen Appell an die Linke, dort Leute reinzuschicken, und durch die Regelung, daß alle Mitteilungen vor der Veröffentlichung vom Zentralen Streikrat, in dem nahezu ausschließlich Linke sitzen, abgesegnet werden müssen, "gelöst" worden, wobei weder die AG noch der Zentrale Streikrat der Zusammensetzung der Basis entsprechen. Festzuhalten ist, daß die politische Ausrichtung des Streiks und die konkreten Aktionen ausschließlich auf der Aktivität einzelner Aktiver bzw. in Gruppen zusammengeschlossener AktivistInnen und ihrem Zugang zu bestimmten Bereichen beruht. Die Entscheidungsfindung hängt wesentlich von der Energie bestimmter Personen ab.

Drittens ist der Informationsfluß nur mäßig. Das Streikinfo berichtet zwar täglich von den gelaufenen Aktionen, von den Kämpfen an anderen Unis und von Reaktionen von Staat und Unileitung, kündigt Veranstaltungen an und druckt Resolutionsentwürfe ab. Was jedoch in den einzelnen AGs geschieht oder gerade an Diskussionen am Laufen ist, erfährt mensch in der Regel nicht. Um an der Gestaltung des Streiks, von Veranstaltungen usw. teilzunehmen, muß mensch eine Menge Energie aufwenden, um überhaupt an die Leute ranzukommen, die die entsprechenden Aufgaben regeln. Eine zentrale Rolle spielen dabei bereits vor dem Streik existierende Strukturen: Einerseits stand mit den **Fachschaften** eine Gruppe von Leuten mit einer funktionierenden Organisations- und Kommunikationsstruktur bereit, um innerhalb kürzester Zeit die anfallenden Aufgaben zu erledigen. Andererseits ist es dadurch ungemein schwer geworden, nicht von den Fachschaften ausgehende Impulse, Ideen, Aktionen in den Streik einzubringen. Es gab eine Tendenz, Leute als relativ passive Mitläufer zu erhalten. Auch hier ist die persönliche Durchsetzungsbereitschaft und -fähigkeit neben persönlichen Bekanntschaften entscheidend gewesen.

Schließlich noch etwas zur **Kommunikationsstruktur**: Die Diskussionen wurden nicht unbedingt solidarisch geführt, es tauchten klare inhaltliche Unterschiede und Durchsetzungsbestrebungen auf. Von Seiten einiger Fachschaften bestand der Vorrang inhaltlicher Durchsetzung vor gemeinsamer Erarbeitung. Die Diskussionen wurden sämtlich von den Fachschaften als einzigen quasi organisierten Gruppen bestimmt, denen gegenüber Einzelne von vorneherein schlechte Karten hatten. Nicht jeder ist ein Bakunin, aber es brauchte schon einen Bakunin, um dort wesentlich mitgestalten zu können. Die Einheitlichkeit der Bewegung wurde dadurch nicht gefördert, daß eine einheitliche Position sich durchsetzte. Zum Schluß ist doch eine Abwanderung und Unzufriedenheit an der Basis zu spüren gewesen, die wohl darin begründet liegt, daß sie sich nicht mehr nur vertreten, sondern vielfach auch untergebuttert fühlte. "Staatsverdrossenheit" nennt mensch eine ähnliche Erscheinung in der "großen Politik", wenn die Bürger das Gefühl kriegen, ohnehin keinen Einfluß auf Entscheidungen zu haben. Es ist fraglich, ob bei solchen "informellen" Machtverhältnissen die Einbindung der "Massen" in politische Zusammenhänge lange aufrecht erhalten werden kann.



6. Verbündete oder doch nicht so ganz...

Im Widerstand gegen die Sparbeschlüsse als solche wird die Bewegung von einer breiten Solidarität getragen. Die örtlichen Gewerkschaften, SPD und Grüne, Hiwis, Lehrpersonal, technisches Personal, SchülerInnen und Arbeitslosenzentrum haben sich mit dem Widerstand an sich solidarisch erklärt. Schwieriger ist es mit der Form und den Zielen des Widerstandes. Während Hiwis und Teile des technischen Personals voll auf unserer Seite stehen und viele Lehrkräfte wenigstens Sympathien mit

unserem Kampf hegen, aber sämtlich nicht aktiv an den Aktionen teilgenommen haben (ausgenommen die Demo am 13.5. und einige nicht genannt werden wollende Hausmeister), bestehen anderwärts große Abneigungen gegen den Streik. Speziell bei den ProfessorInnen findet die große **Entsolidarisierung** in dem Moment statt, wo unser Streik ihre Lehrveranstaltungen, Sprechstunden und Forschungen betrifft. Es ist sowohl die kämpferische Haltung der StudentInnen, die den Erfolg nur im konsequenten Widerstand gegen die Regierung sehen, als auch deren Ziel, das Studium (wie das Leben überhaupt) selbstbestimmt zu gestalten, womit im übrigen auch die Macht der Profs dahin wäre, die ihnen ein Dorn im Auge sind. Die Reaktionsweise der Profs auf Verschlechterungen der Lehr- und Forschungssituation war in der Vergangenheit immer, sich mit der Lage und der Regierung zu arrangieren. Auch diesmal sind solche Versuche in die Diskussion gebracht worden und wurde hinter dem Rücken der StudentInnen mit der Regierung gemauschelt. Die Umverteilung wird dabei nicht grundsätzlich angegriffen. Es wird versucht, Einsparungen lediglich von den Unis, von der eigenen Uni, vom Fachbereich, vom eigenen Forschungsprojekt fernzuhalten. Der Rest des öffentlichen Dienstes wird abgegrenzt, die sozialen Randgruppen werden überhaupt nicht erwähnt. Die ProfessorInnen erklären sich großenteils einverstanden mit der Leistungsintensivierung an den Unis. Studiengebühren werden nicht diskutiert oder nur deshalb abgelehnt, weil sie kein geeignetes Mittel zur Leistungsintensivierung seien bzw. nicht jedem die gleiche Chance zur vollen Leistungsentfaltung gäben. (Dies gilt natürlich nicht für alle Profs und DozentInnen.) Folgerichtig mußte erst die Aula besetzt werden, bis die Unileitung sich zu einem Gespräch mit den StudentInnen herabließ. (Am 19.5. tat es die Blockade der ersten Festveranstaltung des Jubiläums, trotz Bullenaufgebots.)

Die Position der Studentenschaft zu den ProfessorInnen ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (21.5.) nicht geklärt, die der Profs zu den StudentInnen schon. Die Spaltung geht quer durch die Studentenschaft – wobei die Verhältnisse in den einzelnen Fachbereichen sehr unterschiedlich sind –, durch Hiwis und Lehrpersonal, wobei die Lehrenden fast durchweg Vertreter des Leistungsprinzips sind. Faktisch sieht es so aus, daß sich die Anhänger des Leistungsprinzips und damit der generellen Linie der Politik der Landesregierung sehr schnell mit dem Streik entsolidarisiert haben, teilweise versucht haben, ihn zu sabotieren (auf der zweiten Uni-VV haben zahlreiche Vertreter dieser Gruppe unter der Vorspiegelung, sie gehörten zu den Streikenden, mit der These, das Ziel des Streiks – ihrer Ansicht nach die Solidarisierung von außen (!) – sei erreicht, versucht, ein Votum zum Abbruch des Streiks durchzudrücken), und dabei gleichzeitig die radikaleren Gruppen als Spalter diffamiert haben. (Die ProfessorInnen seien doch bereit, mit uns zu diskutieren. Sobald wir ihrer Meinung sind.) Diese Politik geht bis zur **Kriminalisierung** von Streikposten: Neben den ständigen Mahnungen, was wir machen sei Nötigung, und den Androhungen von Konsequenzen hat sich ein Prof (bis jetzt nur einer) tatsächlich nicht entblödet, eine Reihe von Streikposten beim Blockieren zu fotografieren. Er ist mitsamt Film heil (bei anderen würde ich sagen: unversehrt) davon gekommen, um bei der Bullerei Anzeige zu erstatten.

7. Gesellschaftlicher Hintergrund

Führt mensch sich die sozialökonomische Entwicklung der BRD und Europas in den letzten Jahren vor Augen, so wird deutlich, daß die Sparbeschlüsse keineswegs isoliert zu sehen sind. Schon die inoffizielle Erklärung Albrechts, sie seien eine Folge der Senkung des Spitzensteuersatzes, weist darauf hin; sie belegt zugleich, daß es um eine **Umverteilung** der staatlichen Gelder geht; mit der staatlichen Unterstützung des Kapitals einher geht ein massiver Sozialabbau. Wir haben es also mit zwei eng verbundenen Erscheinungen zu tun: der Entwicklung des Kapitals und den daraus resultierenden politischen Konsequenzen.

Seit einigen Jahren laufen in Europa massive **Umstrukturierungen** der Arbeit. Ihr Zweck sind die Senkung der Produktionskosten und die Fragmentierung der Arbeiterschaft. Technisierung der Produktion, Inidividualisierung der Arbeitsverhältnisse, Anpassung der Menschen an die Bedürfnisse der Produktion sind die Stichworte der kapitalistischen Strategie. Der Staat als institutioneller Machthaber erfüllt seine Aufgabe für den Produktionsprozeß, indem er den **gesetzlichen und politischen Rahmen** zur Umstrukturierung schafft: Der Abbau des Streikrechtes (Paragraph 116 AFG), das "Beschäftigungsförderungsgesetz" vom Mai '85, in dem weitgehend entrechtete Arbeitsverhältnisse wie flexible Arbeitszeit, Zeitverträge, Job-Sharing aufgenommen sind, Einschränkung der Rechte der Betriebsräte und Abbau von Mitbestimmung



und der gleichzeitige Abbau von Sozialleistungen und damit die Erhöhung des Zwangs zur Arbeit zielen auf eine Entrechtung, Fragmentierung und Entmachtung der Arbeiterschaft zugunsten einer Unterordnung unter Produktions- oder besser Kapitalzwänge. Ebenfalls wird die Haushaltpolitik des Staates ökonomischen Gesichtspunkten untergeordnet, im Sinne direkter und indirekter Subventionen für die Industrie (Steuerpolitik), des Abbaus an Erhaltungssubventionen für international nicht mehr konkurrenzfähige Industriezweige (Kohle, Stahl, Schiffbau) und des Abbaus von Sozial-(und damit ökonomisch unrentablen)Ausgaben.

Natürlich ist Bildung im Sinne ökonomisch verwertbaren Know-Hows langfristig eine ökonomisch notwendige Investition. Die Politik des Staates geht aber in den letzten Jahren verstärkt dahin, Ausbildung im oben angeführten Sinne ökonomischer zu gestalten. In diesen Zusammenhang sind die Sparbeschlüsse der Landesregierung zu stellen. Es geht also für uns darum, die staatliche Strategie der Gestaltung universitärer Ausbildung zu begreifen, um die Sparmaßnahmen einordnen und eine Gegenstrategie entwickeln zu können.

Hier muß ich mich auf einige Thesen beschränken:

Das Ziel universitärer Ausbildung liegt für die Herrschenden darin, für das Beschäftigungssystem, d.h. für den Arbeitsmarkt qualifizierte Kräfte zu liefern (siehe "Der Arbeitgeber" Nr.9/39-1987, S.334). Die Uni ist damit ein Ausbildungs- und kein Bildungsinstitut und muß folglich im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft gesehen werden. **Uni-Kämpfe sind also Arbeitskämpfe**, mit der Besonderheit, daß StudentInnen keinen unmittelbaren Zugang zur Warenproduktion haben und damit keine ökonomische Machtposition einnehmen.

Aus dem Dritten Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und dem daraus abgeleiteten Referentenentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) sind die Richtlinien zur Umstrukturierung des Uni-Betriebes ablesbar:

- Die Studienzeit soll verkürzt und damit die Ausbildungskosten reduziert werden. Das "normale" Studium wird dequalifiziert, während eine Leistungselite in "Ergänzungs" -(etc.)Studien geführt wird. Neben den **ökonomischen** spielen hier sicher auch **ordnungspolitische Gründe** eine Rolle. Die StudentInnen werden an kritischer Reflektion, an politischer Betätigung gehindert und gegeneinander ausgespielt.
- Das Kapital soll verstärkt Zugang zur Uni erhalten (industrielle Drittmittelforschung, Sonderstudiengänge, "Autonomie" der Forschungsprojekte); die Inhalte der Forschung werden vom Kapital bestimmt; die Lehrinhalte sollen (nach Vorstellungen des Kapitals nach aktueller (wessen wohl?) Zweckmäßigkeit bestimmt werden ("Der Arbeitgeber" 9/39-1987, S.338).
- Zwischen den Unis soll ein Wettbewerb um (industrielle) Forschungsaufträge stattfinden.

Der zweite und dritte Punkt greifen erst durch die verkündeten Sparmaßnahmen der Regierung richtig: indem den Instituten staatliche Finanzierung entzogen wird, sind sie angewiesen auf (industrielle) Drittmittel. Die Kürzung von Personal- und Sachmitteln ist als Kostensenkung zu interpretieren, dar-



über hinaus weist es auf eine langfristige Ausdünnung der Unis hin, wie sie durch die Finanzierungsregelungen vor allem die industriell uninteressanten Fachbereiche treffen wird. Indem den Unis die Verwaltung der Finanzmittel und -kürzungen überlassen wird, sind sie in die Situation gedrängt, diese Ausdünnung des Personals und bestimmter Fachbereiche selbst vorzunehmen, nach den Kriterien, die ihnen die Industrie diktiert. Neben der Privatisierung von Forschung und Lehre ist nun durch Bundesbildungsminister Möllemann auch die Privatisierung der Ausbildungskosten (Finanzierung durch Banken oder interessierte Geldgeber) ins Gespräch gebracht worden, womit "sicher"gestellt wäre, daß wirklich niemand mehr für sich studiert, sondern für's Kapital.

Daneben aber bedeuten Studienzeitverkürzung, Verschärfung der Zulassungs- und Studienbedingungen, Verringerung der Finanzierungsmöglichkeiten auch "Freisetzung" menschlicher Arbeitskraft - mithin eine Zuspitzung der Arbeitsmarktsituation.

Insgesamt stellt sich hier ein Programm der **Kapitalisierung der Uni** dar, der Durchsetzung der Uni mit der kapitalistischen Verwertungslogik und konkreten kapitalistischen Interessen, das in sich geschlossen ist. Entgegen der Ansicht von Vertretern rechter Gruppen und solcher, die sich nie um eine Gesellschaftsanalyse geschert haben, sind die Sparmaßnahmen kein Ausrutscher, sondern notwendige **Konsequenz kapitalistischer Verwertungslogik und -interessen**, durchgesetzt zu einem Zeitpunkt, da diese die gesamte Gesellschaft zu erfassen und einzubinden versuchen.

8. Vorläufige Kritik und Perspektiven

Das analytische Defizit ist das große Manko der neuen Studentenbewegung in Göttingen. Trotz der offensichtlichen Schlüssigkeit der Sparmaßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Logik werden sie zum großen Teil als rein finanzpolitische oder gar als Irrtum gesehen. Die Kritik geht von der persönlichen Betroffenheit aus und bleibt meist auf dieser Ebene stehen. Das hat zur Folge, daß die Argumentation vieler StudentInnen andere gesellschaftliche Bereiche und Gruppen außer Acht läßt. Wohl wurde die Solidarisierung durch Gewerkschaften, ALZ und Parteien begrüßt (die "der Bevölkerung" z.T. sogar mit dem Ziel des Streiks gleichgesetzt), aber sie wurde nicht thematisiert. Lediglich von der Linken wurden die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf soziale Randgruppen angesprochen und beschworen, aber es fand kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung damit statt. Dadurch mußte die Bewegung als Ganze im Korporativismus steckenbleiben und konnte sich nicht ausweiten.

Hier muß die Kritik an der Linken ansetzen: Es ist ihr (bis jetzt) nicht gelungen, linke Inhalte in die Bewegung hineinzutragen. Es hat ohnehin kaum inhaltliche Diskussion gegeben, da die meisten Aktiven mit Organisationsfragen ausgelastet waren. Bei den wenigen Gelegenheiten, zu denen eine inhaltliche Diskussion über die Sparmaßnahmen und den Sinn eines Streiks stattgefunden hat, brachen alte Auseinandersetzungen der Hochschulgruppen auf oder die Diskussion über die Ziele des Streiks ging in der Forderung nach Polarisierung innerhalb der Bewegung und Ausgrenzungsbestrebungen unter. Über diese Frage hinaus gab es, abgesehen von persönlichen Gesprächen, keine eigentliche Strategiediskussion. Stattdessen beschäftigten sich die von Linken inszenierten Diskussionsveranstaltungen meist mit Themen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Umstrukturierungen stehen. Damit wurde die Chance verpaßt, an den konkreten Interessen der Leute die gesellschaftlichen Zusammenhänge im Sinne (radikaler) linker Analyse und Kritik aufzeigen zu können. Der Gerechtigkeit halber sei gesagt, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Menge Leute neu eingebunden sind in linke Zusammenhänge an der Uni. M.E. handelt es sich dabei aber größtenteils um Leute, die schon vorher linke Ideen im Kopf gehabt haben und jetzt durch die "revolutionäre" Stimmung und die relative Öffnung der Linken aktiviert worden sind. Es ist also ein Teil des bereits bestehenden Potentials für linke/radikale Politik erreicht worden; aber es scheint mir nicht gelungen, dieses Potential auszuweiten. Hier wäre es nötig gewesen, eine Form der Herangehensweise an die Leute und an die Inhalte ihrer persönlichen Betroffenheit zu entwickeln, die es a) den politisch indifferenten Leuten möglich macht, sich in radikale Inhalte einzuklinken und b) ihnen diese Inhalte nahezubringen vermag.

Der oben vorgenommene Ansatz zu einer Analyse zeigt, daß "weiche" Methoden des Protests keine Wirkung auf die Regierung entfalten können, wenn mensch über korporative Ziele hinaus will (und darüber brauchen wir uns hier wohl nicht zu streiten). Briefe an die Regierung, die ihr zu beweisen versuchen, daß ihre Pläne ein Irrtum sind, sind völlig wirkungslos; eine Argumentation auf der Ebene der Wettbewerbslogik spielt der Regierung nur in die Hand: es wäre ihr ein Leichtes, diese Logik gegen die Studenten zu kehren.

Der Antagonismus zwischen Regierungspolitik und studentischen (und anderen) Interessen stellt sich als **Machtfrage** dar. Das Regierungsprogramm zu kippen ist nur möglich, wenn die Bewegung

a) sich zahlenmäßig verbreitert;
b) weitere gesellschaftliche Gruppen und Bereiche erfaßt; eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erscheint mir im Moment zweckmäßig, weil von hier der meiste Druck ausgehen kann; langfristig interessanter für eine radikale Bewegung sind unorganisierte ArbeiterInnen, JobberInnen, Arbeitslose etc.; wichtig ist dabei, daß wir bei allen Bündnissen unsere Inhalte beibehalten;
c) sich inhaltlich und in ihren Methoden radikalisiert oder sich zu radikalisieren ankündigt.

Die Umstrukturierung der Unis wie die der Betriebe ist für das Kapital eine ökonomische Notwendigkeit. Was jetzt läuft, ist nur der erste Versuch; weitere werden mit Sicherheit folgen. Langfristig gesehen kann ein erfolreicher Kampf gegen die Umstrukturierung nur geführt werden, wenn er sich gegen die Ursachen richtet: das kapitalstische Wirtschaftssystem und den Staat. Ein solcher Kampf, der gleichbedeutend ist mit dem Kampf für die Anarchie, kann wiederum nur erfolgreich sein, wenn in ihm zwei Prinzipien verwirklicht sind: Die Selbstverwaltung als Organisationsform und die Direkte Aktion als Kampfform!

Die Fronten sind klar. Es geht jetzt darum, daß sie nicht von unserer (der StudentInnen und anderen Kämpfenden) Seite her aufgeweicht werden.

Frank Sinatra
(Live in Cook County Jail)





UNI UND KAPITALISMUS

Wir wollen versuchen in der AKTION den Bereich Bildung/Schule/Uni anzugehen, da viele von uns damit zu tun haben und sich die Frage stellt, wie wir uns hier am besten einmischen können.
1981 wurden die Autonomen Tutorien von der Basisgruppe am Fachbereich 3 (Gesellschaftswissenschaften) der Frankfurter Uni erkämpft.
Autonom heißt: es wurden vier bezahlte Tutorenstellen vom Fachbereichsrat gebilligt, die formal unter der Aufsicht eines Profs stehen müssen. Jedoch inhaltlich werden die Tutorien, deren Anzahl unabhängig von der Stellenzahl ist, ausschließlich von den StudentInnen bestimmt. Im Lauf der Zeit entstand eine Teilung in Autonome Frauentutorien und Autonome Tutorien (letztere wurden von der Basisgruppe und AnarchistInnen/Autonomen gemacht).
Der folgende Text über die Uni im Kapitalismus wurde von einem Autonomen Tutorium im Wintersemester 86/87 erstellt.

FUNKTION DER UNI ZUR HERRSCHAFTSSICHERUNG DES KAPITALS

Die heutigen Universitäten haben die Aufgabe, das Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten durch Produktion von technologischem Wissen, durch Ausbildung von Menschen, die später Herrschaftspositionen einnehmen sollen und durch Produktion von staatstragenden Werten und Ideologien.
Dieser Zweck bestimmt die Struktur der Universitäten. Die Verwertbarkeit durch Staat und Unternehmen bestimmt das Fächerangebot. Technische Fächer, die für Umstrukturierungen in den Betrieben wichtig sind, werden bevorzugt, geisteswissenschaftliche Fächer werden kurzgehalten und sollen trotzdem noch Herrschaftswissen erarbeiten (z.B. Soziologie).
Durch die sogenannte "Drittmittelfinanzierung" wird es der Wirtschaft ermöglicht, direkten Einfluß auf die Forschungsrichtungen auszuüben. Das führt dazu, daß der Innovationsdruck der Wirtschaft auch auf den Universitäten lastet. Das wird deutlich durch die Einrichtung von Technologieparks, Datenbank und Koordienierungsstellen zwischen Uni und Unternehmen.

Was heißt für uns Uni-Politik?
Wir lehnen die vom Staat organisierten Studentenvertretungen wie AStA, Fachschaften, Konvent ab, da diese Schauplätze von Stellvertreterpolitik und der Korruption durch Macht und Geld sind.
Die Fachschaften sind die kleinsten Keimzellen des Staates in der Studentenschaft. Wir erkennen an, daß Leute mit den besten Absichten in diesen Institutionen arbeiten, aber sie sollten ihre Stellvertreterposition doch mal überdenken.
Wir setzen auf Selbstorganisation der Studentinnen und Studenten in autonomen Gruppen z.B. Autonome Tutorien, Arbeitsguppen, Plenas, die selbstbestimmt wissenschaftlich arbeiten - mit oder ohne Profs - die Inhalte bestimmen ALLE.
Hierunter fällt die Aufarbeitung der Geschichte unterdrückter Menschen, die totgeschwiegen wird z.B. die anarchistische Bewegung in Spanien, Münchner Räterepublik, Rote Ruhr Armee etc.

Die Konsequenz daraus ist, die Abschaffung der Unis und die Organisation allgemein zugänglicher Bildungstätten, die nicht unter ökonomischen Einfluß stehen, auf Freiwilligkeit der Lehrenden und Lernenden basieren, also nicht hierarchisch sind, z.B. Volkshochschule Wyhler Wald, Startbahn-Walduni usw.
Für diese Ziele wollen wir an der Uni kämpfen, da wir den Kapitalismus keinen widerstandsfreien Bereich lassen können. Dies beinhaltet das ständige Aufzeigen des Gesamtzusammenhangs Uni - kapitalistisches System. Es gibt keine individuellen Lösungen in diesem System, ob an der Uni oder bei der Lohnarbeit.
Unsere Perspektive ist der kollektive Kampf für die soziale Revolution!

Selbstverständlich kaufen sich auch Unterdrückungsapparate wie Justiz, Polizei und Bundeswehr bei Forschung und Forschern ein.
Ebenso wie die Schule hat die Uni die Funktion die Menschen zu disziplinieren, dadurch wird die Anpassung an die Lohnarbeit kontinuierlich gewährleistet.
Dies geschieht mittels Kontrolle des Studiums durch Pflichtveranstaltungen, Verschulungstendenzen, Anwesenheitspflicht, Regelstudienzeit, Notendruck, Einführung von maschinenlesbaren Studentenausweisen, - Computerisierung der Uni-Bürokratie usw.
Auf organisatorischer Ebene entspricht dem das Hochschulrahmengesetz (HRG), durch das der Staat verhindert, daß irgendeine Uni aus dieser Konzeption ausbrechen kann.
Das ist die "Autonomie" der Hochschulen.
Um Protest und Widerstand zu verhindern, werden Lernende und Lehrende langsam an das Klima der Disziplinierungen gewöhnt - die Freiheit stirbt millimeterweise.
Somit entlarven sich die verbleibenden Freiräume als Befriedungsstrategien - linke Fachbereiche und linke Profs sind die Feigenblätter angeblicher Demokratie.

JOTA

DIE ALTERNATIVEN TECHNOLOGIEN IM GRIFF DER KONZERNE

Es gibt eine Vielzahl, neuartiger anscheinend ökologischer Formen der Energiegewinnung. Ein Beispiel dafür ist der Sonnentank, wovon sich die Konzerne passable Profite erhoffen, und der als umweltfreundlich angepriesen wird. Durch Sonnenenergie können große Energiemengen ganz "alternativ" und "ökologisch" und dazu noch gewinnträchtig gewonnen werden. Die Entwicklung zur Serienreife ist in vollem Gange, die Vision eines cleanen ÖkoKapitalismus greifbar nahe.

Die Sonnenenergie ist ein Abfallprodukt aus der Militär- und Raumfahrttechnologie. Die Ökologiebewegung hat das "Umweltbewußtsein" geschärft, weshalb um "den Schutz der Natur" auch die Machtzentren und Konzerne nicht mehr herumkommen. Konzernmanagaer suchen nach neuen Marktstrategien, um ihre Produkte mittels "ökologischem Design" besser zu verkaufen.

Sonnenenergie und Wasserstoff - daraus sollen die Profite der Zukunft sprudeln. Es ist aber nötig, genau zu schauen, was sich hinter den alternativen Energien wirklich verbirgt.

Eine Solarzelle (ein Halbleiter) wandelt Sonnenlicht direkt in (Gleich) Strom um. Solargeneratoren arbeiten ohne bewegliche Teile, erzeugen somit weder Lärm, noch Abgase oder umweltschädigende Nebenprodukte. Überdies funktionieren sie ohne großen Personalaufwand. Nachteilig ist der enorm große Flächenbedarf. So könnten Solarzellenanalgen zu Klimaveränderungen großen Ausmaßes führen.

In der BRD werden Solarzellen vor allem von der AEG entwickelt. Dabei geht es um die weitere Erforschung, aber auch um die Möglichkeit einer vollautomatischen Produktion von Solarzellen. Der Rohstoff der Solarzelle ist Sand, die Herstellung selbst aber noch sehr kompliziert. Jedoch ihre Anwendung danach ist relativ einfach.

Solargeneratoren können ohne weiteres zusammengeschaltet werden, um z. B, in der Dritten Welt eine Wasserpumpe anzutreiben, ohne den Einsatz von Öl oder anderer traditioneller Energieformen.

In den USA gibt es einen sogenannten Solarbrüter, eine Fabrik, die mit Hilfe von Solarzellen auf dem Dach wiederum Solarzellen herstellt, das Ganze computergesteuert und weitgehend automatisch. Beteiligt ist die Firma Solarex unter der Obhut des Öl-Multis Standard Oil. Ein Ölkonzern könnte Solarzellen in einem Solarstromkraftwerk anwenden, um damit Wasserstoff zu gewinnen. Ein kurioser Wirtschaftskreislauf, der sich dem ökologischen anpaßt.

Beteiligt sind nicht nur amerikanische Firmen wie Mobil Oil, sondern auch europäische wie British Petroleum (BP) und Frankreichs Elf-Aquitaine. Die Alternativen im Griff der Konzerne - umweltfreundlich und profitabel!

Heute werden aber oft noch sehr billige Solarzellen mit geringer Lebensdauer hergestellt. Solarzellen als Wegwerfprodukt, von Ökologie keine Spur! Wäre die Solarzellentechnik dreißig Jahre früher entstanden, wäre uns vielleicht viel Ärger mit der Atomenergie, Harrisburg und Tschernobyl erspart geblieben.

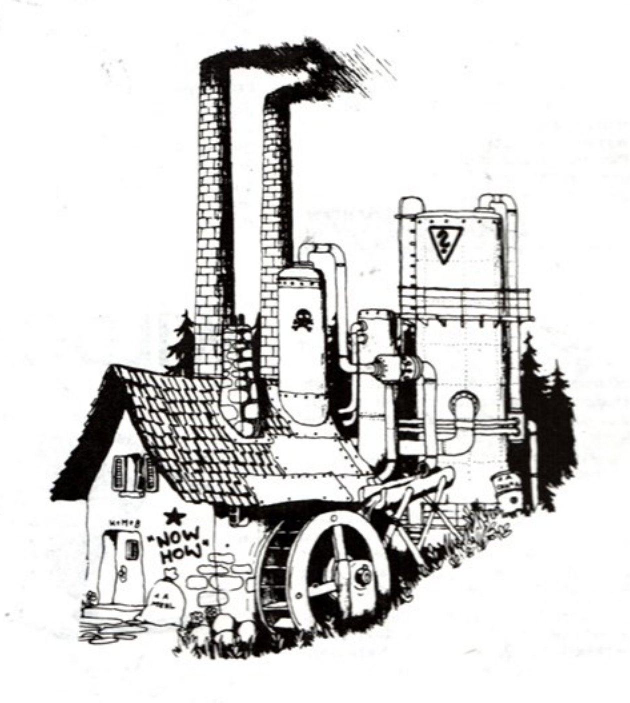
In einer Meerwasser-Entsalzungsanlage könnte z. B. das Meerwasser mittels Solargeneratoren heramgepumpt werden, dann in großen Kesseln verdampft und mittels Solarstrom und thermischer Enegieanlagen (Trink) Wasser, aber auch Wasserstoffgas gewonnen werden, das wie Sauerstoff gespeichert werden kann. Technologie, die Ähnlichkeit hat mit seit langem im Einsatz befindlichen Elektrolyse-Anlagen.

Vereinfacht ausgedrückt: Es ist egal, woher der Strom kommt. Die französische Atomindustrie mit ihren riesigen Überschüssen, will mit diesem Strom die Wasserstoffproduktion betreiben.

Wasserstoff ist ein geruchloses und brisantes Gas. Bei seiner Verbrennung entsteht Wasserdampf. Nur bei sehr hohen Verbrennungstemperaturen bilden sich Stickoxyde. Bedeutsam ist seine Speicherungs- und Transportfähigkeit, was Wasserstoff für die Multis von Japan bis Kanada so interessant macht. Wo ist denn ein Unterschied, ob Pipelines und Kompressoren über Tausende von Kilometern nach Sibirien gegen Erdgas geliefert werden, wie heute, oder Sonnenkraftwerke und Wasserstoffanlagen zur Kompensation gegen solaren Wasserstoff?

Die Energiewirtschaft der BRD gibt jährlich 25 Mrd DM an Investitionen aus. Da lohnt sich der Schritt zur Solarwasserstoff-Wirtschaft. Mit anderen Worten: Profitabler Umweltschutz!

Aber Wasserstoff ist sehr explosiv und zwar schon in einem Luftgemisch zwischen 4 - 59%. Im Ruhrgebiet



wird seit 50 Jahren ein Wasserstoff-Gasrohrnetz betrieben, von den chemischen Werken Hüls AG. Größere Unfälle gab es noch nicht.

Wasserstoff ist inteessant für die Raumfahrt. In 1 kg Wasserstoff ist mehr Schubkraft enthalten als in 1 kg Benzin. Die Wasserstoff-Bombe ist noch das brutalste und populärste Beispiel für die enorme Leistung dieses Gases.

Wasserstofftechnologie findet auch seine Anwendung beim Aufbau des Reaganschen SDI-Programms und der zukünftigen Raumfahrt. Raumgleiter, die fernab in Wüstenregionen landen, und dort durch solare Wasserstoffanlagen aufgetankt werden. Oder große Bio-Fabriken im Weltall zur Erzeugung von Wasserstoff und Solarenergie. Allerdings bleibt den Multis auf der Erde noch genug zu tun. Große Wüstenregionen, Küstenlandstriche, der Meeresboden, ein wahres Schlaraffenland für die zukünftige Super-Solar-Wasserstoffwirtschaft.

Die Multis haben Technologie und Now How fest im Griff, die Länder der Dritten Welt bleiben weiter abhängig. Energie ist genug vorhanden. Die Sonne ist für die kommenden 3 Miliarden Jahre eine zuverlässige Energiequelle für die Solarzellen. Ebenso gibt es genug Wasser für die Wasserstoffindustrie. Die Multis gehen davon aus, daß zur Deckung des heutigen Welt-Energiebedarfs 5% der Wüsten- und Ödflächen ausreichten. Energiekrise und Überbevölkerung sind dann kein Problem mehr. Auch die Roboter und Computeranlagen brauchen die Energien.

Die Vorleistungen bis zum Beginn einer nennenswerten Wasserstoffproduktion (bis zum Jahr 2000) werden auf 40 Mrd DM beziffert.

Der Wasserstoff ist vielseitig anwendbar. Wasserstoffgas zur Raumheizung, mit einem neuen Markt für neuartige Heizanlagen, PKWs betrieben mit Wasserstoff, aber auch LKWs oder Panzer. Wasserstoff für die zivile und militärische Luftfahrt, Schiffe und schließlich Raketen. Wasserstoff zum Unterhalt von Block-Heizkraftwerken, um den Strom für die automatisierten Fabriken zu liefern. Die Umrüstung von konventionellen Motoren auf Wasserstoffbetrieb ist kein Problem.

Zur Wasserstofftechnologie kommt die Speichertechnologie von Wasserstoff und Sauerstoff, die Anwendung der Brennstofftzelle. Siemens hat solche kleinen Brennstoffzellen hergestellt, die vollautomatisiert das dabei entstehende Reaktionswasser und Gasverunreinigungen beseitigen und die Elektrolytflußregelungen durchführen.

In den USA und Japan, wo es bereits größere Brennstoffzellen-Kraftwerke gibt, können Brennstoffzellen schon wie Container neben- und übereinander gestapelt werden und so auf wenig Raum viel Strom erzeugt werden.

In naher Zukunft steht dann im Keller eines Riesenhochhauses eine Brennstoffzellenanlage. Auch poröse Metallspeicher, sogenannte Hybridspeicher in Autos, sind in Erprobung. Die Forschung ist dabei, ein geeignetes Elektrolyseverfahren und eine geeignete Speicherung auf engstem Raum mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln. Denn Wasserstoff ist in Verbindung mit Luft hochexplosiv.

Aber Ford hat schon heute ein Forschungsauto, das mit Wasser getankt wird und fährt! Der Strom für die Elektrolyse wird durch gespeicherte Bremsenergie erzeugt.

Festzuhalten ist, daß der Brennstoffzelle die Zukunft gehört. Auch diese Technologien können zum Guten wie zum Schlechten verwandt werden, sie können dezentral aber auch zentralistisch und profitbezogen eingesetzt werden. Strom kann durch Solarzellen, Sonnenmotoren (Parabolspiegel), Wind- und Biogas oder durch Wasserstoff erzeugt werden. Dies alles scheiterte bis jetzt an gewissen technischen Bedingungen, aber vor allem an kapitalistisch ausgerichteter Wirtschaftlichkeit.

Ein schwedischer Ingenieur baute ein Windkraftwerk zur Eigenversorgung, produzierte mit dem damit erzeugten Strom Wasserstoff, womit er dann sein Auto betrieb und sein Haus heizte. Bestimmte Technologien können also dezentral und umweltfreundlich eingesetzt werden.

Doch bis jetzt sind die neuen Technologien, besonders auch die "ökologischen", in der Hand der großen Konzerne, die sich Now How und Technik sichern. Nach der Jagd auf das schwarze Gold, das Erdöl, und auf das Atom (Uran), ist nun die Jagd auf das "blaue Gold", das Wasser zu erwarten.

Das Wasser wird weltweit zum profitablen Rohstoff. In vielen Teilen der Welt herrscht bereits Wasserknappheit, fehlt sauberes Wasser zur Trinkwasserversorgung und für die industrieelle Produktion.

Die Konzerne stehen bereit zum großen Sprung ins kommende Jahrtausend. Ob Wassestoffanlagen, Solarkraftwerke, Brennstoffzellen, Biotechnologien: Eine Superindustrialisierung steht bevor, die den gesamten Planeten von Grund auf verändern wird.



Rauchzeichen aus Kreuzberg

1. 5. 1987

Was am 1. Mai 1987 im Möchtegern-Freistaat Kreuzberg passierte, ist beinahe schon wieder Legende. Ein paar geschwärzte Ruinen, Löcher im Asphalt sind geblieben. Der graue Alltag geht weiter, während die Gegenseite für die arge Schlappe ihrer Sozialtechnologie und Sicherheitsstrategie auf Rache sinnt. Die Repression wird härter werden, zumindest zeitweilig.

Die Grünen Legionen sind derzeit mit ihren Kreuzfahrerfahnen überall im Stadtgebiet präsent.

Ein paar Angstneurotiker sind überzeugt, der Staat habe die Krawalle absichtlich provoziert, um AL und Volkszählungsboykotteure besser kriminalisieren zu können. Das ist Schwachsinn! Ob deswegen gleich ein ganzer Stadtteil zur Plünderung freigegeben, die Polizei der Lächerlichkeit und dem Vorwurf der Unfähigkeit ausgesetzt, das mühselig aufpolierte Berlinimage einer befriedeteten CDU-Festivalstadt in Gefahr gebracht worden wäre, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Zur Legendenbildung: Der Ausmaß der Randale in dieser Nacht ist in erster Linie der Dämlichkeit der Polizei zuzuschreiben. Selbst die SPD wunderte sich, daß die Polizei ausgerechnet am 1. Mai das Vobo-Büro im Mehringhof filzen mußte. Das praktische Vorgehen der Polizei während des Straßenfestes war stümperhaft. Die erste Mini-Barrikade auf der Skalitzer Straße verstärkte sie sogleich mit eigenen Fahrzeugen bis zur Undurchlässigkeit. Der brutale Angriff auf das Straßenfest mit Knüppel und Gas kann nur aus einer völligen Selbstüberschätzung der eigenen Stärke erfolgt sein. Da besann sich mancher Apo-Opi empört wieder auf Handgreifliches. Die Abenteuerfraktion war auch gleich zur Stelle. Eine Volksfeststimmung kam auf. Die alte Feuerwehr mit ihren Spritzen kam auch nicht zurande, um die vielen flackernden Barrikaden zu löschen. Die Bullerei hielt bald respektvollen Abstand zur feurigen Szene bis nach Stunden endlich Verstärkung anrückte.

Der von einigen Radikalos ahnungslos begonnene Tanz schlug in eine Orgie um, als die flanierende Masse sah, daß die Allgewalt des Staates auf dem Rückzug war. So kam die Stunde der Barrikadenbaumeister/innen. Dann kümmerten sie sich um die schöneren Dinge des Lebens, die zunächst sicher hinter den Schaufenstern lagen. Bald wurde geschmaust wie bei den Vandalen. Wer verachtet denn schon ein Sektfrühstück am Morgen?

Während die Einen noch den seltenen Anblick genossen, schleppten andere die Beutestücke der Um-sonst-und-draußen Fete in Taschen und Kisten nach Hause. Es fanden sich immer neue Ziele: Bushaltestellen aus Glas, Telefonhäuschen, Ampeln, eine U-Bahnstation (Görlitzer Bahnhof), aber auch kleinere Läden. Bisweilen wurde an falscher, gefährlicher Stelle gezündelt, wo Menschen in den Häusern wohnten. Es gibt offenbar richtige und falsche Bedürfnisse.



Nach dem Rausch der Nacht folgte der nächste Morgen. Manch einer mußte zu Fuß gehen, da der U-Bahnhof demoliert war. Die Kreuzberger atmeten auf, wenn auch manche ziemlich versäuert. Auch Kleinladenbesitzer standen vor den Ruinen ihrer bislang nicht gerade rauschenden Existenz. Da hatten weniger politische Plünderer, sondern die Sozialfälle der Region zugelangt. Das ist keine ermutigende Perspektive. Ob aber eine "autonome Polizei", gut ausgerüstet und entschlossen im Einsatz, eine Lösung wäre, steht dahin.

Machos in schwarz sind ebenso ungenießbar wie jene in grün. Wie aber kann auf Durchgedrehte eingewirkt werden?

Neben der lustvollen Schlaraffenlandstimmung gab es üble klein- und privatkapitalistische Bereicherung, ohne jeden Funken revolutionärer Perspektive. Da holte sich der größte Freier, der dickste Kraftmeier, der schnellste Greifer den besten Schinken von der Stange, sackte der Oberarsch das Geld aus aufgebrochenen Automaten ein, statt es z. B. in die Kasse eines Ermittlungsausschusses zu geben.

Die Autonomen waren stellenweise in der Minderzahl. Aber eine Menge von braven Bürgern hatte große Angst. Die Angriffe auf die Feuerwehr, die nicht durchkam, stießen auf Unverständnis. Es wurde auch leichtfertig das Leben Unbeteiligter in Gefahr gebracht. Aber: Die Feuerwehr löscht auch Barrikaden, macht dadurch den Weg für die Polizei frei. Schlimmer: In Krawallnächten der Hausbesetzerzeit hatten Rotes Kreuz und Feuerwehr oft die Funktion des Barrikadenöffners für die Bullen. Es ist sehr schwierig, einen wirklichen Einsatz von einem Scheineinsatz mit dem Ziel des Barrikadenbrechens zu unterscheiden. Auch sollen angeblich Bullen in Löschfahrzeugen gesessen haben.

Eine neue Botschaft kann aus den Rauchzeichen über Kreuzberg nicht herausgelesen werden. Dies war nicht der Beginn einer kommenden Bewegung. Es gibt das untergründig schwelende Feuer. Die Menschen haben gute Gründe, ihrer Wut und ihrem Haß hin und wieder Luft zu verschaffen.

Arbeitslose Jugendliche ohne Hoffnung, Deklassierte und Ausgegrenzte in den Fluren der Sozialämter, wo sie wie ein Stück Scheiße behandelt werden, während zur gleichen Zeit die schmierige Politikerbande sich von Fressen zu Fressen, von Feier zu



750 Jahre? Berlin ist




Plus
Plus
Plus
TRASH
D4
Café Atlas
jung und frech
AKTION

Kommentar

Es geschah in Kreuzberg, nicht in Brixton oder Belfast. Riots und brennende Barrikaden in der Ferne, etwas fürs radikale Gemüt. Nun, wenn der Brandgeruch in die eigene Nase steigt, verliert der Aufruhr viel von seiner Abenteuerromantik. Die Wirklichkeit hat Kanten, ist auch schmutzig und gemein. Es war eine Entladung in Kreuzberg, mehr - noch - nicht.

Fast idyllisch war es in Berlin, nur noch sanfte Töne drangen herüber. Befriedung, Wachstum, Wohlstand, Legalisierung von besetzten Häusern, CDU-Knete für Alternative und neue Sozialtechnologien, Grün-Alternative -Reformerei zeitigten ihre Wirkung. Bis zur schwersten Krawallnacht der Nachkriegszeit!

Es ist die halbe Wahrheit, nun auf die krassen sozialen Verhältnisse und auf das typisch Kreuzberger Millieu hinzuweisen. So banal es klingt: In diesem System hat jede Sozialpolitik ihre klaren Grenzen!

Die gesellschaftlichen Widersprüche treiben aber nicht von selbst auf eine revolutionäre Perspektive zu.

In diesem Lande arm zu sein, ist immer noch ein elend hartes Schicksal. Vielleicht ist der Hunger weniger beißend, sind die Lumpen sauberer als in früheren Zeiten oder in anderen Ländern. Bist du einmal "draußen" ist die Kluft zur "Normalität" fast unüberwindlich, muß die Verzweiflung vor den eiskalten Fassaden des allgemeinen Wohlstands und dem allgegenwärtigen Parfümgeruch des neuen Geldadels dramatische Formen annehmen.

Es gibt fast zuviele Gründe für solche heißen Enteignungstangos. Verblüffend in Kreuzberg war die Heftigkeit, die soziale Breite der Enteigner, das Versagen des Polizeiapparates, das ein kurzes Vakuum der Macht entstehen ließ.

Autonome und anarchistische Politik darf sich nicht damit begnügen, spontane Ausbrüche der "Volkswut" zu stimulieren. Die Revolten kommen so oder so. Das entscheidende ist, ob sie der Beginn einer sozialen Revolte sind, eines wirklichen Aufstandes, der sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignet und für die eigenen Ziele einsetzt, statt ihn zu zerstören. Und wie gehen wir mit jenen um, die durch dies System gebrochen und fertig gemacht worden sind, die vielleicht hin und wieder das kaputt machen können, was sie kaputt macht? Und nichts mehr? Ein "befreites Gebiet" ist kein politisches und soziales Vakuum. Es muß von einer neuen Ordnung des Zusammenlebens erfüllt und gestärkt sein!

Spiegelbruch

Feier hangelt, immer einen sülzigen Spruch auf den Lippen.

In Kreuzberg gibt es dazu die Anpolitisierten, Radikale, die diesen Staat und dies System aus wohl überlegten Gründen und täglich bestätigter Einsicht ablehnen. Die Ausländer, konfrontiert mit einer feindlichen Umwelt, mit miserabelsten Arbeits- und Lebensbedingungen, denen der feiste Wohlstand der satten Bourgeoisie erst recht wie ein Hohn erscheinen muß.

Dazu kommt die ständige Represion der Polizei, der alltägliche Kleinterror der Ämter und Beamten gegen alle diese Gruppen.

In Kreuzberg gehen die Uhren offenbar anders. Es gibt keine Parallelen zu ziehen oder Rezepte abzuleiten. Der Ort war Kreuzberg, der Tag war der 1. Mai 1987. Kreuzberg liegt in Berlin an der Mauer.

Die angedrohte neue harte Polizeitaktik ist bloßes Geböllere. Viel härter kann die Polizei in diesem Bereich kaum noch werden, es sei den durch Aufrüstung wie Einsatz von Gummigeschossen und ähnlichen Mordinstrumenten. Aber auch massivster Polizeieinsatz wird die gesellschaftlichen Gründe, die zum Aufruhr und Widerstand führen, nicht beseitigen können. Die Revolten aber, ob politisch motiviert, ob bloßes Ventil für sozial aufgestaute Wut, werden sich häufen.

Wir müssen jedoch höllisch aufpassen, daß nicht die Wut im Bauch in einem braunen Pestfurz endet, sondern daß sie sich in den Köpfen zu einem sozialen und kämpferischen Bewußtsein entfaltet, das die längst fällige Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse einleitet und einer libertären Zukunft zum Durchbruch verhilft.



Was ist Kreuzberg?

Kreuzberg ist sogar in Berlin ein Sonderfall. SO 36, das astreine Getto! Die größte Türkenstadt außerhalb der Türkei, absolutes Modeviertel für alle, die im (wirklichen) Berliner Nachtleben stehen wollen. Es ist bunter, krasser, facettenreicher, sowohl die Bewohner wie auch ihre Ansichten.

Kreuzberg ist das heimliche Herz Westberlins, der Mauerstadt, was das typische Klima erzeugt: Gedrängt, explodierend, sumpfig, stinkend, swingend.

Berlin West ist die Stadt! Geschichte ist hier Alltag. Du gehst dran vorbei, an verblichenen Schriften, betrittst alte, historienschwangere Orte.

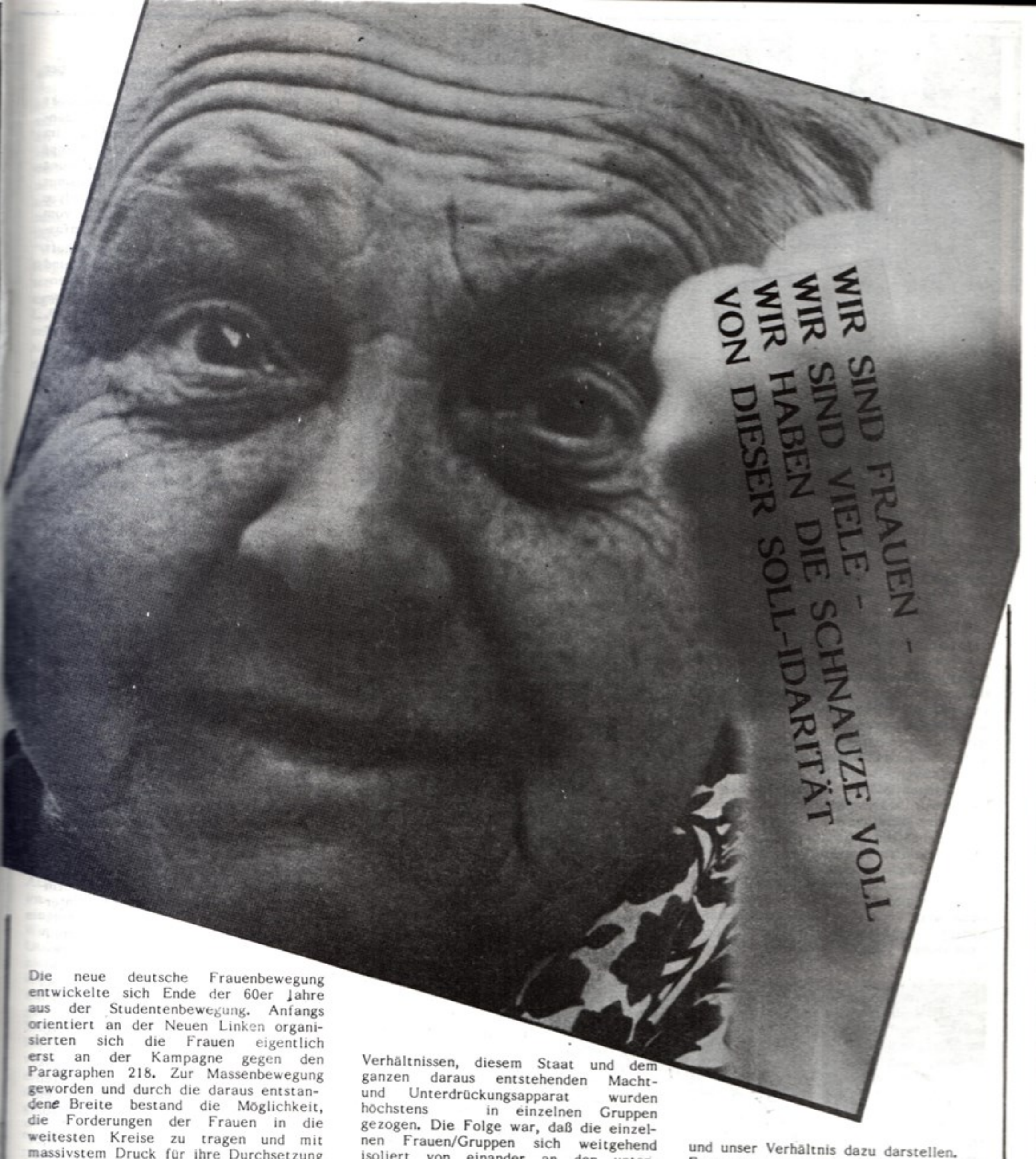
Kreuzberg ist auch Mythos. Draußen im Westen gilt es als Hochburg der Besetzer, der Alternativen, der Projekte. Das trifft zu, doch ist das hier nichts Besonderes mehr, es ist Alltag. Die Menschen, ob sie sich nun hassen oder lieben, leben hier dennoch auch zusammen.

Die Autonomen, Anarchisten, Hippies, Punks, Neuarrivierte, ALer, Kommunisten, CDU-Prolls, Bürger, mehr oder weniger heimliche Nazis mit Hakenkreuz oder Halbmond. Sie leben hier miteinander und finden Kreuzberg geil oder dufte. Hier siehst du schon mal eine Deutschlandfahne im selben Haus neben einer schwarzen Fahne mit roten Stern im Winde flattern.

Der Plünderer von gestern kauft morgen im selben Supermarkt ein. Die Menschen sprechen miteinander, nicht immer liebevoll, es gibt auch mal was auf die Fresse. Kreuzberg ist der Ort, wo die Scheiße am heftigsten raucht und in Hinterhöfen Utopien dämmern.

Es gibt auch das schicke Kreuzberg, z. B. die Repräsentationsbauten der IBA, der internationalen Bauausstellung, Prestigobjekte des Senats, Superwohnungen für die feinen Linken mit Verdienstbescheinigung. Den anderen droht der weiße Kreis wie die Schlinge des Henkers. Mittelschicht, Beamte, sollen angesiedelt werden. Die kalte Befriedungsstrategie für Problemgebiete.

Aus Berlin grüßt euch zynisch aber herzlich **Rotzfront**



Die neue deutsche Frauenbewegung entwickelte sich Ende der 60er Jahre aus der Studentenbewegung. Anfangs orientiert an der Neuen Linken organisierten sich die Frauen eigentlich erst an der Kampagne gegen den Paragraphen 218. Zur Massenbewegung geworden und durch die daraus entstandene Breite bestand die Möglichkeit, die Forderungen der Frauen in die weitesten Kreise zu tragen und mit massivstem Druck für ihre Durchsetzung zu kämpfen.
Es war aber kaum mehr möglich, den Austausch und die Diskussion unter allen Gruppen zu führen, was nötig gewesen wäre, da sie von den Ansätzen oft sehr unterschiedlich aufgebaut waren. Eine über den § 218 hinausgehende gemeinsame Grundlage und Vorgehensweise konnte dadurch nicht geschaffen werden. Der Gesamtbezug der Frauenproblematik, hervorgehend aus dem patriarchalischen System, zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, diesem Staat und dem ganzen daraus entstehenden Macht- und Unterdrückungsapparat wurden höchstens in einzelnen Gruppen gezogen. Die Folge war, daß die einzelnen Frauen/Gruppen sich weitgehend isoliert von einander an den unterschiedlichsten Ansatzpunkten weiterentwickelten.
Die Frauenbewegung war nur am Punkt § 218 eine Bewegung. Wir wollen im folgenden auf die unterschiedlichen Entwicklungsansätze genauer eingehen.

Bereits zu den Hochzeiten der Frauenbewegung entstanden in vielen Städten Frauenzentren. Am Beispiel des Konzeptes des Frankfurter Frauenzentrums und seiner Entwicklung wollen wir die Möglichkeiten von Frauenzentren und unser Verhältnis dazu darstellen.
Frauenzentren bieten Frauen Freiräume an, in denen sie ihre Inhalte, Forderungen und Ziele thematisieren und umsetzen können, ohne sich permanent mit Männerdominanz und sexistischem Verhalten auseinandersetzen zu müssen. Sie bieten die Möglickeit, andere Verhaltenstrukturen und andere Formen von Miteinander-leben und -arbeiten zu entwickeln.
Es kann eine offensive Kraft entwickelt werden, um gegen Frauenunterdrückung und ihre gesellschaftlichen Ursachen zu kämpfen.



Diese Ansätze halten wir für richtig, sie bergen aber auch Tendenzen, die wir falsch finden, was wir anhand eines Ausschnitts aus dem Konzept des Frankfurter Frauenzentrums aufzeigen wollen.
Zitat:"...Wir wollen uns als Frauen politisieren und von unserer eigenen Unterdrückung ausgehen, da wir erfahren haben, daß im Kapitalismus nicht nur die Kapitalisten die Unterdrücker sind, sondern auch die Männer, die von uns profitieren und uns - so subtil wie möglich, und wenn's ihnen selber stinkt - zu Sexualobjekten machen und uns emotional ausbeuten." (...) Die Frauen betonen, daß sie sich nicht gegen Männer insgesamt wenden. "Bevor wir jedoch an Befreiung denken können, müssen wir gegen unsere spezifische Unterdrückung - die durch Männer als Vorgesetzte, auf der Straße angequatscht werden, in Beziehungen und in linken Gruppen auf uns ausgeübt wird - kämpfen, weil nur so befreitere Beziehungen und ein gemeinsamer Kampf mit Männern für eine andere Gesellschaft ohne Zwang möglich ist."
Unser Kritik setzt daran an, daß wir es nicht für möglich halten, die spezifische Unterdrückung der Frauen durch Männer (sei es auch nur zeitweise) von der gesamtgesellschaftlichen Unterdrückung durch diesen Staat, das herrschende hierarchische Gesellschaftsystem und den Kapitalismus losgelöst zu betrachten und zu bekämpfen, da sie sich gegenseitig bedingen. Unser Feindbild darf nicht der Mann an sich sein, sondern die Macht, die er aufgrund seines Geschlechts in dieser Gesellschaft ausübt. Nicht das Merkmal "Schwanz zwischen den Beinen" macht ihn zum Feind Mann, sondern sein soziales, psychisches und physisches Mannsein in dieser Gesellschaft. Da dieser gesamtgesellschaftliche Bezug in den Frauenzentren meist fehlte und Frauen sich in ihren Freiräumen ganz bequem eingerichtet hatten, entwickelte sich eine Tendenz zur Innerlichkeit - persönliche Veränderung ohne Veränderung der Gesellschaft. Es findet dann kein Kampf mehr für Freiräume in der Gesellschaft statt, wenn die persönliche Notwendigkeit nicht mehr gegeben ist. Es ging z.B. nicht mehr darum, Frauen den angstfreien Gang durch die nächtlichen Straßen zu erkämpfen, sondern das Frauentaxi, das uns von der Frauenkneipe zur Frauen-WG bringt.
Ende der 70er Jahre wurden dann noch zunehmend Frauenprojekte geschaffen, die neben der Gefahr des oben angeführten Rückzuges noch die der zunehmenden Spezialisierung auf einen Ansatzpunkt und eine bestimmte Zielgruppe beinhalteten. Es kommt dabei außerdem zu einer Kommerzialisierung, die sich nicht mehr von herkömmlicher Arbeit unterscheidet.

Dies waren Teile von praktischen Ansätzen. Andere Frauengruppen arbeiteten unter verschiedenen theoretischen Ansätzen weiter.
Die marxistischen Feministinnen:
Sie glauben an die Bedeutung der Frauen im Kampf gegen den Kapitalismus als "Arbeiterinnen", nicht als Frauen. Sie begannen damit, die Rolle der Frau in der Reproduktion (Haushalt) mit Begriffen zu definieren, die den Frauen innerhalb der marxistischen Analyse Bedeutung gaben und die marxistischen Theorien erweiterten. Sie beziehen sich auf die marxistische Theorie, daß stets ein Kampfziel dem andereren unterzuordnen sei, d.h. der Kampf um die Befreiung der Frau dem Kampf gegen den Kapitalismus unterzuordnen, bzw. in den Kampf gegen den Kapitalismus ist der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau mitaufzunehmen. Dies zielt darauf ab, daß diese Frauen zwar auch in Frauenprojekten/Gruppppen mitarbeiten, aber der 'wesentliche' Kampf gegen den Kapitalismus in gemischten Organisationen wahrgenommen wird.
Die Radikalfeministinnen:
Sie glauben, daß die erste Unterdrükkung die patriarchale ist. Für sie entstand zuerst die geschlechtspezifische Arbeitsteilung und dann die Arbeitsteilung in Klassen und Rassen. Die kapitalistische Klassengesellschaft wird eine 'gesellschaftliche Spielart' des Patriarchats gesehen, das selber viel älter ist, als der Kapitalismus.
Die Frauenfrage ist kein Unterpunkt im Klassenkampf, sondern die Klassenfragen stellen einen Unterpunkt im umfassenden feministischen Kampf gegen die patriarchale Weltordnung dar. D.h. dieser Begriff von Feminismus geht davon aus, daß eine Analyse gesellschaftlicher Unterdrückung vom Frauenstandpunkt aus eine viel umfassendere Infragestellung der Gesellschaft darstellt, als die linke Bewegung und die ganze linke Geschichte des Klassenkampfes es je vermochte. Die Klassenunterdrückung, die Frauen erfahren, stellt für sie nur einen Teil ihrer Unterdrückung dar und ist verwoben mit viel grundlegenderen patriarchalen Strukturen, die gerade an der Frauenunterdrückung deutlich werden, und die Frauen in ihrem Kampf angehen.

Frauen sind nicht Subjekte ihrer gesellschaftlichen Situation: Ihren Klassenstatus erhalten sie über ihren Anhängselstatus an einen Mann. Die patriarchalen Strukturen zu sprengen, die diese Anhängselrolle der Frau bestimmen, ist es, was den feministischen Kampf ausmacht.
"Unsere Bewegung widerspricht den Ansichten der linken Bewegung. Sie sehen den Tag, an dem der Kapitalismus überwunden ist, als den Tag, wo alle positive Entwicklung anfängt. Wir haben Ängste und Zweifel vor diesem Tag. (...) An diesem Tag werden wir einen Kopf des Monsters gefällt haben, den Kopf der Kapitalismus heißt. Aber der Kopf der Patriarchat heißt, überlebt."
Dies trifft auch die Kritik der Radikalfeministinnen an den Marxistinnen, da diese die Bedeutung des Patriarchats als Teil der Bewußtseinsbildung der Menschen und die Bedeutung der psychologischen Gründe für die Aufrechterhaltung sexistischer Verhaltensweisen nicht beachten.
Die sozialistischen Feministinnen:
Sie stimmen mit den Radikalfeministinnen darin überein, daß es ein Unterdrückungssystem - das Patriarchat - gibt, und mit den marxistischen Feministinnen, daß es eine Klassenunterdrückung gibt, die die Situation aller Arbeiter/innen definiert, kritisieren aber gleichzeitig, daß sie zu ökonomisch seien".
Die sozialistischen Feministinnen versuchen, beide Stellungnahmen in ihrer Gesellschaftsanalyse zu verbinden. Sie arbeiten zwar auch in gemischten Gruppen der neuen Linken, sehen aber als wesentliches Moment ihrer Arbeit den Frauenkampf.
Die sozialistischen Feministinnen kritisieren die Radikalfeministinnen an dem Punkt, daß sie die Macht nicht in all ihren Erscheinungsformen betonen, sondern sie beschäftigen sich hauptsächlich oder ausschließlich damit, wie die Männer als Gruppe Macht über die Frauen als Gruppe ausüben. Auch besteht im radikalfeministischen Denken eine Tendenz, die daran festhält, daß die Frauen, obwohl von Männern unterdrückt, gerade durch ihren Status der Machtlosigkeit sozial notwendige Charakterzüge erlernt haben, die die Männer für sich nicht wollen - Sanftmut, emotionele Versor-

gung, Empfindsamkeit usw. - und daß es darauf ankommt, daß Frauen sich organisieren, um die Gesellschaft entsprechend dieser Charakterzüge zu verändern.
Hier liegt für uns der Hauptkritikpunkt, denn die Analyse der Radikalfeministinnen sieht nicht, daß der Staat als solcher unterdrückend ist. Ihrer Auffassung nach würde sich alles ändern, läge die Staatsmacht bei den Frauen. "Wenn Frauen die Institutionen der Regierung übernehmen würden, würden sie diese dazu benutzen, eine friedliche egalitäre Gesellschaft zu schaffen. (...) "Sie behaupten, daß die Institutionen neutral sind, daß es die Menschen sind, die sie schlecht (in diesem Falle die Männer) oder gut (in diesem Falle die Frauen) funktionieren lassen."
Der sozialistische Feminismus schließt zwar punktuell den Radikalfeminismus mit ein, ist aber unseres Erachtens in seiner Theorie, der Verbindung von Feminismus und Sozialismus, und der These, daß es hier erst eine andere Gesellschaft geben wird, wenn dieses System mit all seinen patriarchalischen, kapitalistischen, militärischen und imperialistischen Unterdrückungsformen abgeschafft ist, treffender.
Unter diesen beschriebenen Ansätzen arbeiteten verschiedene Frauengruppen bis heute. Auf die klar staatstragenden Gruppen unter den Frauen wollen wir hier nicht eingehen, weil wir uns auf unsere Situation als Anarchistinnen konzentrieren wollen. Von der Analyse her schließen wir uns den sozialistischen Feministinnen an, lehnen aber im Gegensatz zu ihnen autoritäre Strukturen als Mittel auf dem Weg zum Sozialismus ab. Unsere feministische Utopie ist gleichzeitig eine anarchistische, wobei wir nicht den traditionellen Anarchismus meinen, da dieser in der Geschichte bis zur Gegenwart immer patriarchaliche Züge trug und trägt. Auf diese Problematik werden wir in einem späteren Artikel über die Situation der Frauen im spanischen Bürgerkrieg genauer eingehen.
Wir wollen auch unsere anarchistische Utopie noch genauer vorstellen, aber nicht in diesem Artikel. Das Thema ist uns zu wichtig, als daß wir es auf einer halben Seite mit aneinandergereihten Plattheiten abhandeln wollen. Ein abschreckendes Beispiel hierzu ist das Buch "Anarcha-Feminismus" von C.Ehrlich und P.Kornegger, die es geschafft haben, ausgerechnet zu diesem spannenden Thema in einem ganzen Buch nichts zu sagen. Wir wollen keine Gebrauchsanweisung geben "How to build the new society". Unsere Utopie liefert nicht heute das fertige Modell für morgen, sondern basiert auf Bewegung,Wandlung und gemeinsamer Entwicklung. In diesem Artikel wollen wir unsere Kritik und unsere Schwierigkeiten mit Teilen der "autonomen Frauenbewegung" zum Thema machen.
Unsere eigene Erfahrung und Gespräche mit Frauen haben uns gezeigt: Viele Frauen sehen keine Möglichkeit, ihre Kritik an der autonomen Frauenbewegung und autonomen Frauengruppen in diese einzubringen. Deshalb ziehen sie sich aus Frauenzusammenhängen zurück. Bestenfalls arbeiten sie halbherzig hier und da mit, gehen auf eine Demo etc., ohne jedoch sich selbst und ihre Vorstellungen offensiv einzubringen. In Gesprächen zeigt sich aber immer wieder, daß ein starkes Bewußtsein für die dringende Notwendigkeit einer autonomen Frauenbewegung vorhanden ist.
Der Anspruch auf die Selbstverständlichkeit von Solidarität, der sich wie ein Bandwurm durch die gesamte "radikale Linke" zieht, bezieht sich in den Köpfen der Frauen auf das, was mensch heute im allgemeinen Frauenbewegung nennt. Aber genausowenig, wie alle Ausländer, Asylanten und Verfolgten unsere natürlichen Freunde sind, sind alle Frauen unsere natürlichen Verbündeten.
Nicht die biologischen Merkmale machen Frauen und Männer zu Patriarchen oder Nicht-Patriarchen, sondern geistige und soziale Eigenschaften. Wir wollen und können mit Frauen, die sich gegen das Patriarchat und patriarchale Verhaltensweisen und Strukturen nicht auflehnen, ebensowenig zusammenarbeiten, wie mit patriarchalen Männern. Lieber mit Männern leben und arbeiten, die sich ihrer beschissenen Sozialisation bewußt sind und daran arbeiten, als mit Frauen, die ihr Frausein und ihre Unterdrückten-Situation als Rechtfertigung für jede Unterdrückerei ihrerseits ausnützen. Ebenso geht es uns mit Frauen, die bewußt mit ihrer Weibchen-Rolle arbeiten, so nach dem Motto: "Wieso kämpfen?! Ich hab' doch Charme und eine süße Fresse. (Ich werd' mich trotzdem schminken! die tipperin.) Mit diesen Frauen können wir nicht, auch wenn wir von Tendenzen, die in die beschriebenen Richtungen gehen, sicher nicht frei sind. (Aha! die t-in). Wir sind ja auch im Patriarchat aufgewachsen. Wir wehren uns aber gegen unsere vermurkste Sozialisation. Soweit zur vielstrapazierten Frauensolidarität...
Die Angst, durch Kritik am Verhalten von Frauen und Frauengruppen unsolidarischen Verhaltens beschuldigt zu werden, ist oft, und das nicht unbegründet, groß, und der Grund dafür, sich lieber schweigend zurückzuziehen. Die Wertung oder fast schon strenge Trennung von feministischen Ansätzen in "falsche" und "richtige" fördert nicht die Auseinandersetzung, sondern eher das Auseinanderfallen von Frauenzusammenhängen und damit unsere Vereinzelung. Wir müssen mit diesem Dogmatismus, der auch uns betrifft, brechen, und uns die Auseinandersetzung mit und unter Frauen in angstfreier und selbstkritischer Weise wieder zu eigen machen!
Als negatives Beispiel die Frauen-AG der Libertären Tage: So fiel im Plenum nach schwierigen und ermüdenden Diskussionsansätzen nach dem Vorschlag, sich aufzuteilen, der Satz:"Aber wieso denn, jetzt sind wir doch mal mit so vielen Frauen zusammen, da muß es doch auch klappen, daß wir alle zusammen reden." - Uff! - Zwangsvorstellung Nummer Eins: Frauen können besser zusammen reden, solidarischer als Männer, gehen mehr aufeinander ein, etc., völlig Schnuppe, um was für eine Riesengruppe es sich dabei handelt. - Frauen können genauso miese Gesprächsverhalten drauf haben, wie Männer!! Und wenn wir besser miteinander umgehen können, dann liegt das nicht in unserem biologischen Frausein begründet, sondern in unserer Sozialisation.

Der oft zwanghafte Anspruch, aufeinander einzugehen, führt zudem zu fehlender Konfliktbereitschaft.
Ein Teil unserer Sozialisation ist aber auch bedingt durch unser Umgehen mit der "restlichen" Linken: Machtverhältnisse wie Unterdrückung in Diskussionen, in denen Männer privilegiert sind, bestimmen auch die Sozialisation von Frauen in der Linken: Entweder, du setzt dich durch, oder du verkommst zum Engel am Kopiergerät. Und da wundern wir uns über Mackerinnen?! Auch wenn Machtverhältnisse vorwiegend durch gemischte Zusammenhänge geprägt werden, ist es keine Lösung, sich auf allen Ebenen in Frauengruppen zurückzuziehen, um dem zu entgehen. Wir leben in und mit dem Patriarchat und können es nicht ignorieren, uns nicht davor zurückziehen, wenn wir es bekämpfen wollen.



Trotzdem brauchen wir Frauengruppen! (hin und her und hin - die Tipperin). Denn es existieren (durch unterschiedliche Sozblööb, wer's jetzt noch nicht kapiert hat, dem/r ist nicht zu helfen, die t-in) verschiedene Erlebnisse, Wahrnehmungsweisen, Gefühle etc. Ein Beispiel dazu: Frau ist im Urlaub, irgendwo in Südeuropa. Sie ist mit dem Auto unterwegs und muß dringend mal pissen, hat aber nur Bikinihose und T-Shirt an. Sie muß ein Klo suchen, da sie als Frau nicht die Möglichkeit hat, an die nächste Hauswand zu pinkeln. Also raus aus dem Auto und rein ins nächstbeste Cafe? - Lieber in die Hose machen, als der Spießrutenlauf an den glotzenden Männern vorbei! In gemischten Gruppen kann frau zwar versuchen, solche oder ähnliche Gefühle zu vermitteln, selbstverständlich nachvollziehen können sie aber nur andere Frauen.
Frauengruppen sind uns deshalb wichtig. Uns sind aber nicht nur Frauengruppen wichtig (und her... die t-in) Wir wehren uns gegen all die Forderungen und Dogmen aus den verschiedensten Ecken der linken Bewegungen, die uns aufdrücken wollen, uns nur mit Frauen, oder nur in gemischten Gruppen zu organisieren, und uns dort wieder nach festen Normen zu verhalten (Fetzt die Normen! - die t-in). Wir nehmen uns die Freiheit, uns spontan nach unseren Bedürfnissen mit Frauen oder/und Männern zusammenzuschließen. Über Inhalte und Aktionen dieser Gruppen läßt sich dann streiten.

HOFFENTLICH!!!

trio - infe(r)male



KURZES BRD

Neues Berliner Kulturmagazin

In Berlin ist die Null-Nummer eines Kulturmagazins mit Schwerpunkt "Film" erschienen. "'Der Z-FILM-BILD-und-INFORMATIONSDIENST' ist für alle da, die Erstlingsfilme oder No- oder Low-Budged-Produktionen gemacht haben." Zu beziehen ist die halbjährlich erscheinende Zeitschrift unter:

Z-FILM
Willibald-Alexis-Straße 5
1000 Berlin 61

Projekt: DAS ANARCHISTISCHE LESEBUCH

Die Idee richtet sich an alle, die Lust an einer eigenen literarischen Betätigung haben. Ein thematischer Schwerpunkt ist für das ANARCHISTISCHE LESEBUCH nicht in Erwägung. Die Texte können Geschichten, Kurzgeschichten mit historischem Hintergrund, science fiction, Gedichte, Song-Texte, Essays, Satiren, Love-Stories, dadaistische Texte, alle Arten von literarisch ansgedrückten Träumen und Sehnsüchten usw sein. Selbst ein direkter politischer Bezug muß nicht unbedingt vorhanden sein. Der Bezug zur Anarchie besteht darin, daß die Verfasser/innen aus dem libertär/autonomen Spektrum kommen. Wer sich angesprochen fühlt, schickt uns:

AKTION - anarchistisches Lesebuch - Kriegkstraße 38, 6000 Frankfurt M.

bis Ende des Jahres die Manuskripte, die 30 getippte din a vier Seiten nicht überschreiten sollten, zu. Nur Mut! Wer lesen kann, kann auch schreiben.

KURZES BRD



Polizeispuk in Wilhelmshaven

Am 09. 04. 87 wurden in Wilhelmshaven mindestens fünf Wohnungen und das Kommunikationszentrum Pumpwerk durchsucht. Hintergrund der Polizeiaktion ist eine Serie von Brandanschlägen, die im letzten Jahr "die Wilhelmshavener Bevölkerung in Angst und Schrekken versetzt hatte". Die Durchsuchungen zielen vor allem auf die Einschüchterung von politisch engagierten Menschen und reihen sich ein in die Reihe polizeilicher Verfolgungen von Berlin, über Hamburg bis München. Das Kulturzentrum Pumpwerk wird in der bürgerlichen Öffentlichkeit als "Ort krimineller Umtriebe" diffamiert und so der Verfolgung ausgeliefert. Da wird abgehört, observiert, festgenommen, ED-behandelt. Die Leute in Wilhelmshaven lassen sich davon nicht einschüchtern. Es ist an der Zeit, vielfältigen solidarischen Widerstand zu leisten

Sonntagsspaziergang Kalkar

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat findet nach wie vor ein Sonntagsspaziergang in Kalkar statt. Nachdem es öfter zu Zerstörungen an den Sicherungsanlagen kam, werden die Spatziergänge nun gut bewacht von Bullen aus Kleve und Duisburg, was kein Hinderungsgrund ist, die Sonntagsspaziergänge power-voll fortzusetzen! Nach wie vor gilt: Radioaktivität läßt sich zwar ein wenig durch veränderte Essgewohnheiten senken. Der Kampf gegen die Atomindustrie muß aber direkt geführt werden. Das Foto stammt vom Sonntagsspaziergang bei Kalkar am 22.03.87.
Für die Stillegung der herrschenden Klasse. Kalkar darf nicht ans Netz
Widerstands GmbH LINKER NIEDER-RHEIN

Foto: Bei einem Sonntagsspaziergang in Kalkar



Bundesweites Treffen gegen den technologisch/sozialen Angriff in den Metropolen

Für Mitte Juli (11.7. evtl. 12.7.) ist ein bundesweites Treffen von Leiharbeits-, Jobber- und Erwerbsloseninitiativen geplant. Die "AK-Leiharbeit" aus Mühlheim/Ruhr arbeitet seit ca. einem halben Jahr intensiv zum Bereich Sklavenarbeit, technologischer Angriff und gesellschaftliche Umstrukturierung. Im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung und mit der KWU-Siemens-Kampagne ergaben sich Diskussionen mit anderen Gruppen. Das Treffen im Juli soll möglichst über einen Erfahrungsaustausch mit einer Diskussion über Perspektiven und Strategien hinausgehen. Daraus kann eine gemeinsame Stärke entwickelt werden, um dem System mehr als individuelle Überlebensstrategie entgegenzusetzen.
Die AK Leiharbeit Mühlheim/Ruhr plant eine Broschüre zum Sklavenhandel (Entstehung, gesetzliche und politische Rahmenbedingungen, Firmenstrukturen usw.), die voraussichtlich Ende Juli fertig wird.

Mögliche Teilenehmer/innen am Treffen im Juli sollen sich beim AK Leiharbeit rückmelden, um den Ablauf, Räumlichkeiten etc. nach der hoffentlich guten Resonanz planen zu können. Diskussionspapiere, Beiträge u. ä. sollen schnellstens eingeschickt werden, damit diese über den Verteiler vorher noch rundgeschickt werden können.

Kontakt über:
AK Leiharbeit
c/o Delle 39-41
433 Mühlheim/Ruhr





Punks und Autonome treffen sich in Ost-Berlin

Im Rahmen des sogenannten Kirchentages von unten in der DDR - Libertäre Tage ala DDR? - soll es ein Treffen von Punks und Autonomen in Ost-Berlin geben. Die äußeren Umstände im Stasi-Staat scheinen derzeit günstig. Folgende Themen sollen behandelt werden:

- Spaßguerilla
- anarchistische Utopien/soziale Bewegungen
- Geschichte der Anarchist/in/en in der DDR seit 1945
- Anti-Pädagogik

Das Treffen findet zwischen dem 26. und 29. Juni in Ost-Berlin statt. Dies könnte auch für westdeutsche Autonome und Anarchos wichtig sein.

Letzte Hau Ruck?

"Hau Ruck", die legendäre Zeitung für den Startbahnwiderstand, ist soeben, Mai 1987, anscheinend zum endgültig letzten Mal erschienen. Aus dem Vorwort: "... ein weiterer Ausdruck für die geschmolzene und an Bedeutung verlierende Startbahnrestbewegung?" ... "see you at the barrikads!"

Berliner Störsender gegen Volkszählung

In Berlin stören bewegungseigene Sender massiv die Volkszählung und schalteten sich bis Mitte April bereits über 20 mal in ARD, Rias, SFB ein. Drei Minuten lang überlagerte sich z. B. der Volkszorn dem Tageschausprecher und rief zum Boykott auf.

Staatsschutzprozeß gegen militanten Widerstand in Hannover

Am 29.4.87 begann vor der großen Strafkammer des Landgerichts in Hannover der Prozeß gegen Isabel, Horst und Ralf wegen § 311, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und anderem. Im Zentrum der Anklage steht der Anschlag auf die Messe AG am 2. Juni 1985, bei dem Jürgen - durch technische Fehler - tödlich verletzt worden war. (siehe AKTION Nr. 19/20, 1-86)

Durch die U-Haft und den öffentlichen Rummel um die sogenannten "Wirtschaftswunderkinder" ist das Gericht geradezu zu einer harten Strafe gezwungen, um die Verfolgungsmaßnahmen zu legitimieren. Die Funktion der Verurteilung reiht sich nahtlos ein in ein abgestuftes Maßnahmenkonzept des kapitalistischen Staates BRD, mit denen er die revolutionäre Linke verfolgt. Horst und Isabel sind unmittelbar von Knast betroffen. Der Justizapparat geht diffentiert vor. Es gibt "Verhandlungsangebote", aber auch Isolationshaft in Hochsicherheitstrakten, und Aufforderungen an Beschuldigte, ihrer Identität abzuschwören. Am ersten Prozeßtag wurde der Prozeß zunächst vertagt.

"Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung."(Karl Kraus)

Berliner Vorfrühling

Vor der Kreuzberger Krawallnacht Anfang Mai gab es bisher noch wenig bekannt gewordene Aktionen.

Eine Serie von Anschlägen richtete sich gegen Baufirmen, die am Bau der WAA in Wackersdorf beteilgt sind. Anfang März traf es am Kuhdamm die Firma Heitkamp, dann die Firma Hafemeister, eine 100%ige Hoch-Tief Tochter. In der Berliner Morgenpost vom 22.4.87 heißt es: In einem halben Jahr sei allein der Firma Hafemeister durch Brandanschläge ein Schaden von 1,5 Millionen DM entstanden. Ein Anschlag galt der Hafemeisterbaustelle für das Reinickendorfer Einkaufszentrum. Baufahrzeuge im Wert von 300 000 DM wurden zerstört. Auf das Berliner Verkehrsprojekt "Magnetbahn" wurde zu Ostern ein schwerer Anschlag verübt. Am Bau der Magnetbahn sind mehrere Firmen, z. B. die Magnetbahn GmbH in Starnberg/Bayern, die Waggon-Union, eine AEG Tochter, die Studiengesellschaft für Nahverkehr und die BVG beteiligt Die Finanzierung läuft über übliche Berlinsubventionen.

Der Bau der Magnetbahn soll die Stellung Berlins als High-Tech Metropole festigen. Zudem sollte die Magnetbahn die 750 Jahrfestivitäten in Berlin bereichern.

KURZES international



Ronald Reagan am 12. Juni 87 in Berlin

Aus Anlaß der 750-Jahrfeier kommt US-Präsident Reagan nach Berlin. Dazu ist eine Demonstration geplant. Die Einschätzungen im autonomen und anarchistischen Lager sind dazu unterschiedlich. Ein Revival der Nollendorfplatz-Demo vom 11.6.82 scheint kaum bevorzustehen. Die Reagan-Demo in Berlin darf aber schon wegen ihres Symbolcharakters nicht zur bloßen Pflichtübung werden. Nähere Planungen lagen bei Redaktionsschlöß nicht vor.

Echomedia-Info

Im April 1987 erschien die erste Nummer eines "resistance-news"-Dienst aus Berlin. Das "echomedia-info". Mit der Aufforderung "kopieren und weiterverbreiten", sollen monatlich Nachrichten aus dem internationalen Widerstand, die anders hier keine Verbreitung finden, veröffentlicht werden. Leider sind die Neuigkeiten der ersten Ausgabe nicht immer die aktuellsten - dennoch wichtig. Kontakt:
Echomedia Berlin
Postlagerkarte Nr. 046841
1000 Berlin 44

Die Totale Anti-Riot-Waffe?

USA (echomedia): James Scheur, Mitglied des US-Kongresses, erklärte kürzlich:
"Als Ergebnis von Versuchen der Militärmedizin, der Luftfahrt und von Industrieuntersuchungen sind wir auf dem Wege die Erfindung von Produkten abzuschließen, die fähig sind, gewalttätige Individuen und ganze Ansammlungen ohne Verletzungen unter Kontrolle zu bringen. Wir können sie damit beruhigen, hindern, unbeweglich machen, quälen, schocken, aufregen, abkühlen, zeitweise blind machen und betäuben oder einfach nur jemanden um den Verstand bringen, wenn die Polizei das Bedürfnis haben sollte, diese Menschen zu kontrollieren oder unter Druck zu setzen."
Scheur spricht von "Zapping", der Umweltverseuchung mit magnetischen und elektrischen Feldern. Die neue Superwaffe gegen Demos und Riots?

Die "Ohio 7" wieder verhaftet

USA (echomedia): Die "Ohio 7" wurden März 1987 erneut verhaftet und für überführt erklärt, in den USA 32 Bombenanschläge, vor allem gegen in Südafrika tätige Firmen begangen zu haben. Die US-Regierung, mit den ersten Urteilen nicht zufrieden, will sie und eine weitere Person nun nach dem RICO-Gesetz (racketeer influenced and corrupt organization, § 129a ähnlich) und andere auch wegen Mitgliedschaft in der United Freedom Front (UFF) verurteilen. Nach RICO können, auch ohne Beweise, die Leute bis zu 20 Jahren hinter Gitter geschickt werden. Nähere Informationen:
The Ohio 7 support committee
BOX 530 Cathedral station NY
USA - New York 10025

Festnahmen in Nijmegen (Holland)

Zwei Monate nach den schweren Krawallen in Nijmegen wegen der Räumung der Marienbucht wurden am Morgen des 27.3.87 acht Menschen von dreihundert Polizisten verhaftet. Die Marienbucht, ein viergeschossiges Bürogebäude im Zentrum von Nijmegen, wurde nach einjährigem Leerstand Mitte September 1986 besetzt. Die Besetzung richtete sich gegen die offizielle Stadtplanung: "Viele leere Büros, zu wenig Wohnungen." Besitzer der Marienbucht war der Shell-Konzern. Der Protest richtete sich auch gegen das neue niederländische Anti-Besetzer-Gesetz und gegen die Süd-Afrika Investitionen des Shell-Konzerns. Nachdem die Stadt nur zum Schein verhandelte und eine Räumung kurz bevorstand, begann eine landesweite Kampagne: "Shell räumt - Marienbucht schlägt zurück!" Es gab zahlreiche Aktionen, brennende Barrikaden, Angriffe auf Büros und Shell-Tankstellen und auf das Rathaus. Dennoch wurde am 19.1.87 das besetzte Haus geräumt. Dabei entstand ein Gesamtschaden von über 1,5 Millionen Gulden. Zu den Festnahmen: Nach zweimonatigen Recherschen glaubten Staatsanwalt und Polizei genügend Beweise gegen die "Drahtzieher" gesammelt zu haben. Angesichts des hohen Sachschadens, z. B. hatte ein Polizeirevier gebrand, mußte die Staatsgewalt Verantwortliche vorweisen können. Die Festnahmen erfolgen auf Grund des Artikels 140, ein Paragraph aus dem vorigen Jahrhundert. Damit wird die Teilnahme an "Rechtspersonen" unter Strafe gestellt, die "das Ausführen von Straftaten zum Ziele haben." Ganz ähnlich wie der alte BRD § 129 und § 129a. In den Niederlanden wird dieser Paragraph seit Jahren zum ersten Mal wieder gegen politisch Unbequeme eingesetzt.

Die Festgenommenen sollen laut Justizbehörden eine Vereinigung zum Kampf für den Erhalt der Marienbucht gegründet haben, was der oben erwähnten "Rechtsperson" entspräche. Auch die Haftbedingungen der Gefangenen läßt an "deutsche Gründlichkeit" denken. Es wurde eine Kontaktsperre verhängt, von der nur Anwälte ausgenommen sind. Auch der Erhalt von Post, Zeitungen und der Besitz von Radios wurde untersagt. Die Gefangenen sind getrennt voneinander in Haft. Täglich wurden sechs Stunden dauernde Verhöre abgehalten. Eine Frau wurde nach vier Tagen freigelassen. Die Anderen erhielten zwei mal zwei Wochen Haftverlängerung und werden voraussichtlich bis zum Prozeß in U-Haft bleiben.

Am 26.3.87 fand in Nijmegen eine Solidaritätsdemonstration mit ca. 1000 Teilnehmer/innen statt. Es herrschten "bayrische Verhältnisse", mit Vorkontrollen auf den Anfahrtswegen usw. Am 29.3.87 wurden wahrscheinlich aus dem selben Anlaß heraus in Amsterdamm zwei Wannen abgefackelt. Kontakt für Infos und Solidaritätserklärungen:
Broekhoysenstraat nr. 46, Nijmegen,
tel 080 240245

Anarchistentreffen in Holland

Im Mai 1986 fand in Holland ein internationales anarchistisches Treffen statt. Ein zweites ist für den 10. - 14. September 1987 geplant. Ort und genaues Programm werden noch bekanntgegeben. Die Veranstalter gehen vorläufig von zwei Programmteilen aus: Ein organisierter, offizieller Teil und ein anderer offener Teil, den die Teilnehmer/innen selbst gestalten. Ideen und Beiträge für beide Teile sind willkommen. Vorläufige Grobgliederung:
Fr 11.9. - Kennenlernen, Abbau von Sprachproblemen (Übersetzer?)
Sa 12.9. - Anarchist/in/en und Autonome
So 13.9. - Nationale und internationale Zusammenarbeit
Mo 14.9. - Anarchist/in/en und Autonome im täglichen Leben
Zwar werden Übersetzer organisiert. Aber die Teilnehmer/innen müssen an der Übersetzungsarbeit mitwirken. Vorgesehen sind zwei bis drei Referate pro Tag und Thema, die in verschiedenen Sprachen vorgelegt werden sollen. Ideen und Beiträge sollen so bald als möglich eingesandt werden. Auch Kultur mit Musik, Theater, Film ist vorgesehen. Der Unkostenbeitrag von ca. 20 Gulden wird für Eintritt, Camping und Programmheft erhoben. Kontakt:
IHB/SWP Posthus 19230
3501 De Utrecht
Girorechnung nr. 295445 tmv
SWP Nijmegen



Demonstrationsfreiheit in England?

England (Black Flagg): Seit 1. Januar 1987 müssen sämtliche Demonstrationen mindestens 7 Tage vorher angemeldet werden. Sämtliche Parolen müssen vorher durch die Polizei genehmigt werden. Spontandemos gibt es nicht mehr. Verstöße dagegen kosten bis zu 1000 Pfund!

Blutige Zahlen aus Chile

Chile (Black Flagg): Seit 1973 (Pinochets Putsch) wurden in Chile Vierzigtausend Menschen von der Chunta ermordet, Vierhunderttausend Chilenen/innen sahen die Knäste von innen, das ist fast jeder zehnte!

Spenden für palestinensische Flüchtlingslager

Für palestinensische Flüchtlingslager im Libanon sammelt die Nahostgruppe Darmstadt Geld. Die Spendensammlung ist Teil der bundesweiten Kampagne mit dem Motto: "Die Verteidigung der Lager liegt auf dem Weg nach Palästina". Höhepunkt der Kampagne wird eine Rundreise von Vertretern der gewählten Volkskommittees aus den Flüchtlingslagern durch die BRD werden. Das gesammelte Geld wird einem Volkskommittee übergeben, das damit humanitäre Hilfe leisten will.

Spenden an:
Bunte Hilfe Darmstadt, Stichwort: Palästina
Sparkasse Darmstadt
BLZ 508 501 50
Kt.Nr. 111 034 150

Atomsklaven in Estland

Als militärische Übung getarnt begannen Anfang Mai 1986 Zwangsmobilisierungen von insgesamt mindestens 4.000 Esten (Estland: im Nordwesten der UdSSR), die den Reaktor und die Umgebung von Tschernobyl aufzuräumen hatten. Die Verstrahlung war für viele tödlich, einige wurden bewußt als Versuchskaninchen benutzt. Es kam zu Streiks, die im Juli für 12 Männer mit der Hinrichtung endeten. Die Esten sind in der UdSSR mit das Volk, mit dem der Kreml die größten Probleme hat.

Was ist faul in Dänemark?

Dänemark (Echomedia): Auch in diesem Lande lebt der Widerstand! Splitter:

- Ende August 1986 machten 50 Apartheidgegner/innen im Hauptkontor der danish shipping company Putz!
- Im Oktober wurden aus Solidarität mit der Hamburger Hafenstraße deutsche Einrichtungen in Dänemark angegriffen, u. a. ein Brandanschlag auf die deutsche Botschaft;
- "to hell with shell", in einer Oktobernacht wurden 27 Shell-Tankstellen gleichzeitig angegriffen (aber auch fünf Leute abgegriffen);
- Tag X in Dänemark: 11.3.87, Antikapitalismus-Tag. 100 Banken zugeklebt, 6 Pelzgeschäfte 'erleiden' Glasbruch und Sachschaden (Solidaritätsaktion für 10 Animal Liberation Front Aktivisten aus England, die 10 Jahre Knast erhielten).

Anarcho/a-Treffen in Portugal

Vom 1. bis 15 August 1987 soll ein Anarchist/in/en-Treffen für Spanier und Portugiesen auf der iberischen Halbinsel stattfinden. (Leider können wir die Flugblätter nicht lesen)

Kontakt:
Assemblea Libertaria de Barcelones
c/cervet 15
Sant Andreu, Spanien - Barcelona - Catalunya
oder:
Colectivo Parreirinha
Apartado 100
P-8300 Silves - Algarve -

Neues aus den besetzten Häusern.



„Ihr bezahlt für alles. Ihr bezahlt es teuer."

BERLIN,

In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai wurde Norbert K. betrunken in Kreuzberg festgenommen. Der von einem Verkehrsrichter, der auf Probe in der zustaendigen Abteilung arbeitete, stereotype Haftgrund lautete "Fluchtgefahr". Angeblich hatte Norbert einen Stein auf ein Feuerwehrauto geworfen.
Die persoenliche Situtation wurde bei keinem Gefangenen beruecksichtigt. Die Staatsanwaltschaft war auf Rache aus und konnte sich zu 100% auf den Richter verlassen.
Norbert war bis zu seinem Tod in Einzelhaft und psychisch am Ende. Er nahm auf eigenem Wunsch Psychopharmaka. Trotz dieser Vorzeichen wollte die Gefaengnisleitung keine Anzeichen fuer einen "Selbst"mordgefahr erkennen. Am Morgen des 26.5. wird Norbert an seinem Halstuch erhaengt aufgefunden. Richter und Staatsanwalt verstanden es sehr gut durch die Aeußerung, daß er wohl noch 2 einhalb Jahre sitzen muß, die Vernichtung seiner Persoenlichkeit voranzutreiben. Der Staatsanwalt hat nach dem "Selbst"mord nur ein Problem. Er rechnet mit weiteren Krawallen.
Am Dienstagabend fand eine VV im Mehringhof statt, danach eine Demo mit ca 450 Leuten. Donnerstagabend treffen sich ca 1000 Leute an der Ecke Potse/B#low. Es ist dieselbe Stelle and der Klaus J#rgen Rattay von den Bullen in den fließenden Verkehr gejagt wurde.
Beide Demos fanden in einem Wanderkessel statt.
In Frankfurt werden ca 300 Leuten vom Campus bis in die Leipziger von 4 Hundertschaft und einem Beweissicherungszug begleitet. Wegen des schlechten Kr¿fteverh¿ltnisses geht die Demo fr#h zum Campus zurueck.

FRANKFURT

Aktuell raeumngsbedroht ist Frankfurts letztes besetztes Haus In der Au 14-16 in Ff/m-Roedelheim. Nachdem die letzte Eigent#merin, die bundeseigene Deutsche Bibliothek, das Gebaeude samt Grundstueck an eine Treuhandgesellschaft der Supermarktkette Fegro verkauft hat, haeufen sich die Versuche die ca. 40 Leute aus ihrem Haus zu bekommen. Aus den 90.000 DM, die die Deutsche Bibliothek fuer den Auszug bot wurden 100.000 DM. Ein Angebot, welches die BesetzerInnen kategorisch ablehnen; erstens sind 2500 DM pro Person laecherlich wenig, zweitens wollen sie weiter zusammenleben und drittens in der Au. Ein ihnen angebotenes Ersatzhaus in Niederw¥llstadt liegt 30 km zu weit von Frankfurt entfernt und wurde mit Hinweis auf bessere Objekte in der Stadt selber abgelehnt. Parallel dazu faehrt ein Wasserwerfer in den engen Strassen des Viertels spazieren und seltsame Vermessungstrupps verunsichern die Umgebung. Letzter Coup der Treuhandgesellschaft war dann ein ultimativer Brief an die BewohnerInnen bis zum 25.5.87 zu erkl¿ren, wann sie denn endlich das Haus verlassen w#rden und wenn sie das nicht tun, wird ein Raeungstitel im Eilverfahren beantragt. Trotzalledem laufen die Vorbereitungen f#r das Fest am vierten Jahrestag der Enteignung auf Hochturen. Stattfinden wird es vom 6.- 8.Juni auf dem Gelaende der Au, mehrere Musik-, Theater- und Gauklergruppen werden spielen und viele Leute von auswaerts haben sich schon angemeldet. Naehere Infos ueber Raeumung und die BesetzerInnen jeden Freitagabend im ausgebauten Sousterrain der Au in der Au 14 - 16.

Die Haeuser den Leuten, die sie bewohnen !!!!!
No Pasaran !!

HANAU

Kurzeitig geraeumt und dann wieder besetzt war das besetzte Haus in der Metzgerstrasse in Hanau. Vorgeschichte dieser verhinderten Raeumung ist folgende:
Am Nachmittag des 25.5 drang eine Gruppe von 20 Leuten in das Hanauer Volkszaehlungsb#ro ein und ersetzte die langweiligen Plakate der Volkszaehler durch eigene, verwickelten die anwesenden Amtsaersche in heftige Diskussionen ueber Sinn und Zweck der Z¿hlung. Doch die einzigsten, die sich ueberzeugen ließen waren die bereits abgegebenen Boegen aus dem Briefkasten der Erfassungsstelle und sie suchten das Weite.
Kurze Zeit spaeter tauchten dann einige uniformierte Vertreter der Staatsgewalt mit ein paar Denunzianten aus dem Volkszaehlungsbuero vor dem Infostand der Volkszaehlungsgegner in der Hanauer Fußgaengerzone auf. Sie nahmen dort mehrere Leute fest und beschuldigten sie an dem "Ueberfall" beteiligt gewesen zu sein. Naechste Station der, auf 40 Bullen mit Hund und Anhang angewachsenen Schar war das besetzte Zentrum in der Metzgerstrasse, wo sie kurzerhand eindrangen und alle Anwesenden in ihr Hauptquartier verschleppten, um sie dort bis in die spaete Nacht zu verhoeren und zu photographieren. Zur selben Zeit, so wurde den herbeigerufenen Rechtsanwaelten erklaert, sollte das nun leere Haus von der Feuerwehr zugemauert werden. Da aber schon waehrend der Durchsuchung in Hanau und Umgebung bis Frankfurt und Darmstadt Alarm ausgeloest wurde, fanden sich eine stetig ansteigende Anzahl von Leuten vor dem Haus und dem Polizeipraesidium ein. Dem, auf 8 Staatsbuettel und Hund geschrumpften Trupp vor dem Haus wurde langsam aber sicher die Gefaehrlichkeit ihrer Lage bewusst. Als sich dann, die in der Naehe abgestellten VW-Busse mit feinem Zischen ihrer Reifen meldeten und ein Trupp Zivis in der Naehe des Platzes verwiesen wurden, zogen sie es vor zu verschwinden und das Haus (total auf den Kopf gestellt und versifft) den Leuten davor zu ueberlassen. Im Laufe der Nacht wurden nach und nach alle Festgenommen wieder freigelassen und es kann mit Anklagen wegen Haus-, Landfriedensbruch, Sachbeschaedigung und Widerstand gegen die "identifizierten TaeterInnen" gerechnet werden.

Miro

PROBLEME ANARCHISTISCHER PÄDAGOGIK HEUTE

I. Erste allgemeine Verunsicherung

Ebenso wie der Anarchismus als politische Konzeption lebt der pädagogische Anarchsimus vorwiegend aus und in der Vergangenheit. Die Aktualität des Anarchismus besteht vornehmlich darin, verschüttete Quellen und Theoretiker libertärer Bildung den Zeitgenossen wieder gedanklich verfügbar zu machen.

Einen faden Geschmack läßt diese Methodik aus mindestens drei Gründen zurück:
1. Neigt sie zu einer Romantisierung früherer Verhältnisse und pädagogischer Experimente, die eben noch Freiräume fernab staatlicher Verschulung des Lernens nutzen konnten.
2. Verliert sie wegen der im wesentlichen auf das pädagogische Verhältnis oder Projekt bezogenen Betrachtung häufig die gesellschaftlichen Kontexte aus den Augen, die erst eine Beurteilung erlauben, in wie weit eine Verallgemeinerbarkeit des Ansatzes theoretisch und praktisch möglich war und ist.
3. Ist es noch nicht einmal in Ansätzen gelungen, überzeugende Entwürfe anarchistischer Bildung für die gesellschaftliche Situation zu verfassen, die prinzipiell verallgemeinerbar sind.

Den letztgenannten Makel teilt der pädagogische Anarchsimus im übrigen mit dem politischen Anarchismus. So ist augenfällig: Seit dem spanischen Anarchismus der Dreißiger Jahre gab es weder einen ernstzunehmenden Revolutionsversuch mit libertärer Tendenz noch eine anarchistische Gesellschaftskonzeption, die die jeweiligen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen zur Grundlage hatte. Es ist z. B. auch kein Zufall und nicht allein auf die Jahrzehnte währende Unterdrückung zurückzuführen, wenn sich die Anarchisten und Anarchosyndikalisten Spaniens in der Nach-Franco-Ära nicht mehr in den alten Formen organisiert haben. Viele haben sich neueren sozialen Bewegungen wie der Ökologiebewegung angeschlossen oder sind in gewerkschaftlich orientierte Gruppen gegangen.


Jugend will Leitbilder



Es wäre nutzlos, damit allein moralisierend umzugehen. Denn die Gründe solcher Umorientierung und auch Desorientierung sind vorwiegend in grundsätzlich gewandelten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Internationale wirtschaftliche Abhängigkeiten und politische Verflechtungen, gewandelte Institutionen des Staates, Verschiebungen in der gesellschaftlichen Struktur von Klassen und Schichten, Zerstörung von Subsistenzwirtschaften und veränderte Bedürfnislagen der Individuen sind als einige der Elemente zu nennen. Derartige Grundlagen sind nicht im Handumdrehen aus der Welt zu schaffen und stehen historischen Vorstellungen von einem Selbstverwaltungssozialismus oder Anarchismus erst einmal entgegen.

Verkürzt gesagt und zusammengefaßt:

Ehrlich wäre es heute, zuzugeben, daß für unsere Gesellschaft auch nur halbwegs überzeugende anarchistische Konzeptionen, die alle relevanten Dimensionen wie Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Ökologie, Technologie, Bildung, Geschlechterverhältnisse etc. plausibel vermitteln, nicht existieren. Ja es kann auch nicht angegeben werden, wer das Subjekt dieses Transformationsprozesses sein wird und wie die Wege zum Ziel aussehen könnten. Die von Anarchisten vielfach beschworene Vielfalt entbindet ja nicht von dem Nachweis der Stichhaltigkeit und stellt keine unverbindliche Beliebigkeit dar.

II. Zweite, speziellere Verunsicherung

Solchermaßen auf den Boden der Realität zurückgeworfen, stellen sich die Fragen des Anarchismus und der anarchistischen Bildung komplizierter dar als erwartet: wo eine realistische Konzeption des Anachismus fehlt, ist alles anarchistische Handeln nur "potentiell anarchistisch", geschieht in "anarchsitischer Absicht", ohne Beweiskraft, daß das so gemeinte Tun auch zu einer herrschafts- und gewaltbefreiten Gesellschaft führt oder auch nur einen gewichtigen Beitrag dazu liefert.

Wir leben in einer Übergangszeit, die eine Gewißheit mehr aus der Negation bezieht (also: gegen welche Gefährdungen des Lebens und Überlebens oder der Freiheit zu kämpfen ist) als auf einer Position. Die Position besteht vielmehr überwiegend in der Anwendung (auch nicht ewig gültiger) Prinzipien anarchistischer Praxis oder herrschaftsfreien Lernens, die statt Gewissheit nur einen mehr oder minder hohen Grad an Plausibilität aufweisen könne: Ziel-Mittel-Verhältnis von Praxis, dialogisches Lernprinzip, Selbstorganisation usw. Und dabei darf man/frau sich alles andere als sicher sein, alle Faktoren von Bedeutung auch berücksichtigt zu haben, nur weil man/frau dem Projekt das Adjektiv "anarchistisch" hinzugefügt hat:
Nicht eine Beliebigkeit anarchistischen Tuns folgt aus dieser Einsicht, umgekehrt gerade ein beständiges Mißtrauen gegen das eigene "Programm", um das Herabsinken in Sektiererei, Romantizismus oder in ein ausschnitthaftes Wahrnehmen der Wirklichkeit zu vermeiden.

So wie die Dinge liegen, ist damit eine beliebte Unterscheidung, die zwischen "anarchistisch" und "anarchisch" heute nicht mit Sicherheit zu treffen, weder im politischen noch im pädagogischen Anarchismus. Auch kann nicht mehr präzise angegeben werden, was genau befreiendes Lernen beinhaltet. Letzteres ist nur möglich in begrenzten definierten Kontexten, die jedoch ihr Verhältnis zur Außenwelt jeweils noch erklären müssen. An einem Beispiel konkreter gefaßt: "Anti-Pädagogik" repräsentiert zwar eine Form herrschaftsfreien Lernens, muß aber den Beweis dafür erst noch erbringen, ob sie zugleich einen relevanten Einfluß hat auf nichtpädagogische Herrschaftsverhältnisse. Denn ob die so pädagogisch verschonten Individuen in den herrschaftsfreien Lernverhältnissen sich auch bestimmte Inhalte aneignen und eine Praxis entwickeln, die eine Auflösung gesamtgesellschaftlicher Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse bewirken, ist noch lange nicht ausgemacht.

An dieser Stelle kann auf einen dritten Mangel heutiger anarchistischer Pädagogikkonzepte hingewiesen werden. Er besteht in einer Verengung des Arbeitsgebietes auf die elterliche und die Schulerziehung. Auf diese Gebiete ist ja der größte Wert in den Beiträgen zur libertären Erziehungskritik (sei es als Antipädagogik, als Schulkritik oder als Alternativschulbewegung) gelegt worden.

Die physische und psychische Gewalt aus diesen pädagogischen Handlungsfeldern zu verbannen, mithin von freiheitlicher Seite unermüdlich die Zwangsmaßnahmen elterlicher Erziehungsgewalt und der herrschenden Schulformen anzuprangern und die dadurch hervorgerufenen (Zer)Störungen der kindlichen und jugendlichen Persönlichkeit immer wieder vor Augen zu führen, das wird auch weiterhin eine notwendige Aufgabe sein.

Nur: bildungsoziologische Studien und Erwägungen wiesen darauf hin, daß z. B. der elterliche Einfluß relativ abnimmt gegenüber anderen Erziehungs- oder Sozialisiationsfaktoren. Die "neuen Miterzieher", wie gelegentlich die Neuen Medien genannt werden, und andere Faktoren, bringen selbst Pädagogen wie Hermann Giesecke, die politisch eher dem linkssozialdemokratischen Lager zuzuordnen sind dazu, ein "Ende der Erziehung" anzunehmen:

"Meine These ist nun, daß der Zeitpunkt dafür gekommen ist, daß wir - abgesehen von den ersten Lebensjahren - von dieser Idee - Kindlichkeit des Kindes - Abschied nehmen müssen, auch vom traditionellen Begriff von "Erziehung", und daß wir gut daran tun, Kinder wieder wie kleine aber ständig größer werdende Erwachsene zu behandeln.

Der Grund dafür liegt in einer Reihe von gesellschaftlichen Entwicklungen, die unumkehrbar sind und die die Bedingungen und Voraussetzungen für die Idee der Kindlichkeit des Kindes haben zusammenbrechen lassen. Das wichtigste Ergebnis dieser gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung ist, daß der Anteil persönlich verantworteter Erziehung zurückgeht und zurückgehen muß zugunsten anonymer Sozialisationsprozesse, die insbesondere über die Massenmedien und die Gleichaltrigengruppen funktionieren."

Daß dies nicht einfach nur Gedankenspiele sind, belegen wohl eindrucksvoll die empirisch ausgerichteten Jugendstudien der letzten Jahre. Das bedeutet aber nur:
Eine Konzentration libertärer Bildungsarbeit auf die genannten "klassischen" Lernbereiche verliert perspektivisch die "anonymen Sozialisationsprozesse" und leicht auch die Lebensbereiche aus den Augen, wo heute schon vielleicht bedeutungsvolleres Lernen stattfindet.



Und dazu gehört zunehmend auch das Erwachsenenlernen, sei es als berufliche Bildung, als institutionalisierte Bildungsarbeit (Volkshochschule, Bildungsprojekte etc.) oder als Bildung in selbstorganisierten Lebenszusammenhängen (z. B. soziale Bewegungen).

So ist aufzupassen vor einer selbstgesteuerten Manövrierung auf anti-pädagogische Abstellgleise, in dem allgemeine gesellschaftliche Dynamiken aus den libertären Bildungskonzeptionen ausgeblendet bleiben.

Andererseits können nicht umstandslos alle selbstorganisierten Formen des Lernens, alle (vermeintlich) "autonomen Bildungsprojekte" also, einfach auf dem Konto anarchistischer Bildung verbucht werden. Nicht selten gibt es nämlich auch die "selbstverwaltete Dummheit", die in Selbstbestimmung sich mit Tätigkeiten begnügt, die für zentrale gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse irrelevant sind. Dies führt zwar nicht zu einer pauschalen Ablehnung, aber zu einer großen Skepsis gegenüber Projekten im Stile des "alternativen Vorlesungsverzeichnisses" (B. de Boutenard), die bereits Träume von einer herrschaftslosen Gesellschaft hegen, wenn Menschen ihr Brot selber backen oder Laien Jonglierkurse bis Psychotherapie anbieten. Daß es in Nischen exemplarisch herrschaftsfrei zugehen kann, bedeutet eben nicht zugleich eine allgemeine Orientierung auf Herrschaftslosigkeit.

Ferner ist es zu bedenken, und auch darauf kann nur mit einem Stichwort aufmerksam gemacht werden: Freiräume und Nischen werden in Herrschaftssystemen oftmals zugelassen, um gerade emanzipative Potentiale zu binden oder in einem Abseits ruhig zu stellen. Dies kann für Alternativschulen ebenso gelten wie neue Freiräume in Regelschuleinrichtungen:
So sind Trends in Grundschulen, und selbst innerhalb der Behindertenpädagogik zu beobachten, die "von der Produktion Freigestellten" einfach "gewähren" zu lassen, oder sie in Lernräumen von Spiel, Kreativität usw. zu beschäftigen. Denn was soll Erziehung zu Arbeit, Pünktlichkeit, Lernzielerfüllung usw., wenn diese jungen Menschen später ohnehin nicht "gebraucht" werden?

III. Vorläufige Kriterien und Erweiterung des Blickwinkels

Als Ausgangslage für eine anarchistische Pädagogik kann aus dem Ausgeführten zusammengefaßt werden: ohne einen realistischen Begriff von Anarchismus ob als Konzeption oder Utopie wird es kein hinreichendes Kriterium für anarchistische Pädagogik geben. Verschiedene - denkbare oder praktizierte - Modelle anarchistischer Pädagoik sind bloß "potentiell" anarchistisch. Sie können aus sich heraus (bislang) nicht das Kriterium erbringen, daß anarchistisches, anarchisches, befreiendes oder selbstbestimmtes Lernen bzw. Handeln voneinander unterscheidbar macht.

Notwendige Bedingungen anarchistischer Pädagogik, wie etwa die Aufhebung des Subjekt-Objekt-Verhältnisses klassisch herrschaftlicher Erziehung, sind noch lange nicht hinreichend.
Wichtig ist eben nicht nur, wie gelernt oder gelehrt wird, sondern auch was! Drittens, ob dieses Lernen eine Handlungsfähigkeit zur Überwindung zentraler Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft, viertens eine Handlungsfähgkeit zur Neugestaltung einer egalitären und gewaltbefreiten Gesellschaft entwickelt.

Pädagogische Projekte wie Alternativschulen, anti-autoritäre Erziehung, autonome Bildungsprojekte etc. stehen immer in der Gefahr, den Nahbereich zu überschätzen oder gar zu verabsolutieren und die gesellschaftlichen Makrostrukturen ebenso wie gesamtgesellschaftliche Dynamiken außer Acht zu lassen.

Ob die derzeit in der Diskussion vertretenen Konzepte, Modelle, Ansätze libertärer Pädagogik diesen Anforderungen stand halten, ist zumindest zweifelhaft. Insbesondere ist das Verhältnis von Nischen und gesellschaftlichem Kernbereich noch nicht geklärt. Diese Zweifel umfassender zu erhärten oder die Schwächen herauszustellen, ist aber weder der Schwerpunkt dieses Beitrages noch ist hier der Platz dafür gegeben. Beabsichtigt ist hingegen einerseits eine produktive Verunsicherung für weitere Diskussionen und andererseits ein Playdoyer dafür, sich dem Verhältnis von Herrschaftsfreiheit und Pädagogik noch einmal von einer anderen Seite zu nähern, nämlich von der anarchischen.

Die Frage ist also in dem Sinne zu stellen, wo heute Lernen oder Pädagogik stattfinden, die in sich entwicklungsfähige Formen anarchischer Praxis beinhalten und zugleich nicht beschränkt bleiben auf allein pädagogische Varianten von Herrschaftslosigkeit.

Anarchistisch motivierte Pädagogikkonzepte haben nach den bislang ausgebreiteten Gedankengängen - so paradox dies klingen mag - einerseits enger, andererseits weiter anzusetzen als bisher, in dem die eigenen Kriterien für herrschaftsfreies Lernen oder "Lernen für Herrschaftsfreiheit" (das ist eben nicht das Selbe!) präzisiert und z. B. mit soziologischen und politischen Dimensionen vermittelt und daran geschärft werden; weiter, in dem solche derzeit ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse und sich entfaltenden Projekte mit in das Blickfeld aufgenommen werden, die sich zwar nicht als explizit anarchistisch definieren, die aber wichtige Potentiale eines umfassenden Prozesses zur Herrschaftslosigkeit und Selbstbestimmung darstellen.

Potentiale aber sind keine Automatismen, sie sind Chancen. Sie erfordern oftmals weniger sympatisierende Distanz z. B. wohlmeinender Intellektueller als deren Bereitschaft zur Förderung der Potentiale: eingreifende, vorwärtsbringende Praxis! Ob dies gerade eine pädagogische Praxis sein muß, kann hier zunächst dahingestellt bleiben.

Als herausragende Beispiele solcher "Chancen" sind in der BRD die sozialen Bewegunger der letzten zwei Jahrzehnte zu nennen, dabei außer den inhaltichen Aspekten vor allem ihre Organisations-, Aktions- und Lernformen. In anderen Ländern wären über solche Bewegungen hinaus auch bisher noch von der Kenntnisnahme ausgesparte Projekte aufzuarbeiten, wie die "Community Education" in England.

Philo



PROZESS AM OLG FRANKFURT

radikal

Prozeß wegen radikal Nr.132 am 12. und 13.5.87 in Frankfurt Oberlandesgericht.
Nun war es soweit - nach den Durchsuchungen im letzten Sommer, fand am 12. und am 15.3. beim Oberlandesgericht in Frankfurt der erste Prozeß wegen radikal Nr.132 statt. Anklage war: "Verbreitung der Zeitschrift radikal 132";
damit sollten folgende Strafbestände vorliegen (siehe Kasten):

In dem Beschluß des Generalbundesanwalts heißt es zur Begründung, die Radikal 132 zu beschlagnahmen, daß folgende Straftatbestände vorlägen:
- Verdacht von Staftaten nach § 129 a u. a.;
- die Radikal enthalte Beiträge, in denen Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlägen das Wort geredet würde,
- enthielte eine Tatbekennung zum Anschlag auf Beckurts (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung § 129 a),
- fordere zum Kaufhausdiebstahl auf (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten § 111),
- enthielte eine Anleitung für den Bau eines elektrischen Zeitzünders (§ 111);
- in der Behauptung, Ulrike Meinhof sei von Schergen des BRD-Staates ermordet worden, sei eine Verunglimpfung des Staates zu sehen (§ 90 a);
- Ziele und Strategien der RAF würden verherrlicht werden, die Aufzählung von Aktionen bestärke die Mitglieder in ihrem Zusammenwirken (§ 129 a); die BRD würde als Mörderstaat herabgewürdigt werden (§ 90 a);
- weiter enthielte die Radikal ein Zitat aus einem RZ-Papier, das geeignet sei, bei den Lesern Sympathie für diese terroristische Vereinigung zu wecken und sie für deren Ziele und Strategien einzunehmen (§ 129 a),
- einen Artikel, in dem der militante Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf dokumentiert und zu ähnlichen Aktionen aufgerufen würde (§ 111),
- Berichte und Bekennungen zu den Anschlägen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA und mögliche Anschlagsziele (Liste der Firmen) (§ 111).

In dem Schlußsatz der umfangreichen Begründung heißt es dann, daß eine Trennung der strafrechtlich relevanten Seiten der Radikal von den übrigen Seiten praktisch undurchführbar sei und nur unbedeutende und unverkäufliche Teile der Zeitung zurücklassen würde.

Konkret ist ein Genosse aus Hanau angeklagt, 25 Zeitungen erhalten (Beweis soll die ominöse Paketkarte aus Bielefeld sein) und 24 davon vertrieben haben. Bei ihm gefunden haben die Herren des Morgengrauen nämlich nur eine.

WIR BRAUCHEN EINE RADIKALE PRESSE

Absicht der Staatsbüttel ist vor allem:
- Verhinderung von Diskussionen um militante, revolutionäre Ansätze, Linien
- Einschüchterung von linken selbstverwalteten Betrieben, die über den Verkauf von militanter Presse Öffentlichkeit schaffen für breitere Kreise der Bevölkerung (Gerade

nach Tschernobyl ist die Akzeptanz für militante Aktionen gegen den Atomstaat stark gestiegen)
- Durchleuchten, schnüffeln, spalten von linken Strukturen (wobei auch gerade über die Repression wieder neue Strukturen entstanden sind)

12.5. Mittwoch:
Bereits kurz vor neun warteten über 100 Leute auf den Einlaß. Frankfurts Staatsschutzchef Tietze überwachte die sorgfältigen Personalien und Körperkontrollen. Der Weg zum Staatsschutzsaal führte durch den Keller, wo die Zuschauer in Einzelkabinen durchsucht wurden. Bestaunt wurden dabei einige mit Buchstaben individuell gestaltete Unterhemden. Während viele Zuschauer noch durchsucht wurden, fing der Prozess schon an.
Das Gericht verliest die Anklage und verweist auf nahezu alle Seiten der radikal Nr.132, indem es aus diesen Seiten zitiert. Bereits in der Verhandlungspause beschlossen die Zuschauer, trotz massiver Widersprüche zum Gericht, bis nach der Verlesung der Erklärung des Genossen Angeklagten, sich so zu verhalten, daß die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, sprich der Saal nicht geräumt wird. Es fiel den Zuschauern jedoch sehr schwer, sich bei der Verlesung der Anklage, die Staatsscheiße kommentarlos über sich ergehen zu lassen.

Die Prozesserklärung
Wesentliche Punkte waren:
- Geschichtlicher Abriß von staatlichen Versuchen der radikalen Linken und den revolutionären Bewegungen das Maul zu stopfen. Vom Verbot des als Rotbuch erschienen "Konzept Stadtguerrilla" bis zu den jüngsten radikal-Verfahren.
- Die derzeitigen Ermittlungsverfahren setzen zu einer Zeit ein, in der über bloßen Protest hinausgehende militante und Sabotageaktionen zunehmend diskutiert wird.
- Gegen diesen Widerstand sieht sich der Staatsapparat als Sachverwalter des Kapitals gezwungen, mit alten und neuen Methoden der Repression zurückzuschlagen. Die Einführung neuer Sicherheitsgesetze, Personalausweise, usw. geht weit über den tatsächlichen Widerstand hinaus und zielt auf eine lückenlose Kontrolle von weitaus brisanteren Bereichen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.
- Die radikale Presse benötigen wir nicht nur, um unsere Herzschläge in den letztn Winkeln der Gesellschaft ertönen zu lassen, sondern auch um die Mißtöne, d.h. über Sinn und Zielgerichtetheit von revolutionärem Widerstand und seinen Formen öffentlich zu diskutieren.
- Die Bedeutung der radikal für eine autonome und antiimperialistische Linke:
von der Wichtigkeit der radikal in bewegungsstarken Zeiten, bis hin zu dem Bedeutungsverlust in der Illegalität durch sicherheitsbedingtes Abschotten des Redaktionskollektives, allzu platte Analysen, auf der anderen Seite ungenierte Veröffentlichungen von Erklärungen und auch gewisser technischer Details.
- Doch mit diesem Schlag geht es nicht nur um die radikal, es geht um den ganzen linken Buchhandel, der - bitteschön - sein Angebot zuküntig vorsortieren soll. Die Verbreitung von Infos und Diskussionsbeiträgen über "Insider" und eine engere "Szene" hinaus, würde damit viel schwerer werden. Zensur und Selbstzensur wünscht sich der Staatsschutz. Gerade verurteilte Buchhändler hätten, wegen ständig drohender Schnüffeleien und neuen Prozessen, zur Selbstzensur nur eine Alternative, den Job aufgeben. Schließlich kann er/sie nun für jeden einzelnen Satz in irgendeiner Broschüre verantwortlich gemacht werden.
Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen der Betroffenen kann durch solidarische Diskussion der Spaltung begegnet werden.
- Die "enorme" Beweiskraft dieser Paketkarte:
Von den 24mal angeblich verbreiteten radikalen Inhalten, haben die schwitzenden Staatsschützer nur eine gefunden und deswegen sollten die anderen verbreitet worden sein. Daher ist der Vorwurf der Verbreitung, die Anklage hier, nur eine Schutzbehauptung der Staatsanwaltschaft, um diesen Prozess durchführen zu können.
Zum Schluß die Stellungnahme des Genossen Angeklagten:
"Ich habe mich leider - durch entsprechende Berichterstattung über Beschlagnahmeaktionen bezüglich dieser radikal 132 - veranlaßt gesehen, diese Exemplare zu verbrennen".

FREISPRUCH SONST BEULE

Nachdem der Angeklagte die Erklärung vorgelesen hatte, stand die erste Reihe der Zuschauer auf. Sie zogen ihre Jacken aus und darunter erschien "FREISPRUCH" und auf der Rückseite "SONST BEULE". An der Wand hing gleichzeitig das Transparent "Das Auge der Justiz sitzt in der Fratze der Herrschenden".
Dank der Geschlossenheit und der guten Stimmung der Zuschauer wurde das Eingreifen der Zivil- und Einsatzbullen verhindert. Das Gericht und die Bullen zogen sich zurück.
Klar war, daß eine Räumung auf die Dauer nicht zu verhindern war. Daher wurde beschlossen, bei der nächsten Aufforderung zur Räumung, ruhig und geschlossen das Gericht zu verlassen und die Gegenstände in den Schließfächern mitzunehmen.
Nach Erscheinen des Gerichts wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da die Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleistet sei. Nachdem noch einiges Obst über die Trennscheibe in Richtung Richter flogen, wurde der Saal verlassen.

Mittwoch Nachmittag
Nach dem Verlassen des Gerichts folgten Zivis den Zuschauern und notierten Autonummern. Ein Zuschauer wurde festgenommen.
Nach der Mittagspause wurde der Zeuge Hodatsch, Leiter der Staatsschutzabteilung in Hanau, als Zeuge vernommen. Die Aussagen zielten offensichtlich darauf hin, daß der Angeklagte über den Vorwurf der Verbreitung der radikal Nr.132 hinaus noch weiter kriminalisiert wird.
Im Verlauf der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt noch mehrmals den Ausschluß der Öffentlichkeit für den ganzen Prozeßverlauf, da es zuviele Störungen gäbe. Tatsächlich nahmen sich die Zuschauer ziemlich zusammen, um nicht bei jedem Schwachsinn lozulegen; es war nämlich Beschluß der Zuschauer am weiteren Prozeßverlauf teilzunehmen.
Dann kamen die Zuschauer in den Genuß einige Artikel aus der radikal Nr.132 vorgelesen zu bekommen, z.B. "die Grüsse an die GenossInnen der Stadtguerilla, die den Siemensmanager Beckurts hingerichtet haben".

Zweiter und letzter Verhandlungstag, Freitag 13.5.87
Auch diesmal war der Saal voll, vier Zivis waren auch darunter. Die Stimmung war nicht so gut wie am Mittwoch.
Nach einigen weiteren Zeugenbefragung von Staatsbütteln, die aber gar nicht erst versuchten nachzuweisen, ob der Angeklagte nun die Zeitungen verbrannt oder vertrieben habe, hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer. Alle Anklagepunkte außer Werbung für eine terroristische Vereinigung - §129a, Strafmaß mindestens sechs Monate Haft - waren bereits fallengelassen worden.
Er beantragte sieben Monate Knast auf vier Jahre Bewährung, da es dem Angeklagten nicht abzunehmen sei, daß er die Zeitungen wirklich verbrannt habe und aus der Erklärung ersichtlich sei, daß der Angeklagte auch weiter solche Zeitungen würde.
Das Gericht schloß sich dann dem Plädoyer des Staatsanwaltes an!
Denn die Behauptung des Angeklagten, die Zeitungen verbrannt zu haben, sei unglaubwürdig. Estens sei der Besitz der Zeitungen nicht strafbar und zweitens, warum hat er nur 24 verbrannt und nicht alle 25?
Es ist ganz klar ein Gesinnungsurteil und die Anwälte beantragen Revision.
Wir meinen, das letzte Wort wird nicht im Gerichtssaal gesprochen!
Das war der erste Prozeß wegen der radikal Nr.132. Weitere sechs Anklagen in Hessen und genausoviele in Berlin, insgesamt noch mindestens zwanzig, sowie viele Ermittlungsverfahren laufen noch.
Weitere Informationen:
AG radikale Öffentlichkeit
c/o Initiative Umweltschutz
Nähefahrtsweg 5
6450 Hanau

Rechtshilfe-Konto Hanau:
Stadtsparkasse Hanau
BLZ 506 500 23
Konto-Nr. 100 071 166
Roland Bächer-Habermann
Kennwort: Bunte Hilfe

Frank Truf



INTERVIEW

ÜBER EIN SELBSTVERWALTUNGSNETZWERK IN GHANA

Durch einen Zufall lernten wir in Frankfurt Dr. Owusu Adae Gyan (45) kennen. Er ist für eine Bewegung in Ghana tätig, die anarchistische Tendenzen hat, sich aber nicht so nennt. Daher verabredeten wir uns zu einem Interview, das wir in Auszügen veröffentlichen, da unser Gespräch einen ganzen Abend dauerte. Zuerst wollen wir die Organisation vorstellen.

Owusu Adae Gyan ist editor-in-chief (Chefredakteur) der Pafioc and the vegetan media sciences complex (P.V. Press). Diese Zeitung ist Mitglied der Pafioc and vegetan self-sufficiancy network (Selbstverwaltungsnetzwerk), das eine Stiftung von 27 Gründungsmitgliedern ist. Sie finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden und erhält keine staatliche Unterstützung. Die Organisation hat einen eigenen Verlag: Apaad Panaf Pointers and Publishers.

Das zentrale Büro ist in:
P.O.Box 1220
Accre
Ghana
West-Africa
Tel. 00233-225284

Das Büro ist mit sieben Hauptamtlichen besetzt, darunter eine Frau, die für die anstrengende Sekreteriatsarbeit den höchsten Lohn bekommt (dieser ist trotzdem sehr bescheiden).

Die Gesellschaft ist in fünf Arbeitsbereiche untergliedert, die unter dem Titel SSIRR=Structur of society and interreligious relation (Gesellschaftsstruktur und zwischenreligiöse Beziehungen) zusammengefaßt ist:

- The HQS=Holy Quran Society (hl. koranische Gesellschaft)
- The HBRS=Holy Bible Research Society (hl. Bibelforschungsgesellschaft)
- The STSR=Society of traditional studies (Gesellschaft für traditionelle Studien und Forschung)
- The Vegetan SI=Vegetan Society International (internationale Gesellschaft für Vegetation, Umwelt und Ökologie)
- Coop 'Triangular' - 'Parall' studies = Dreieck Südamerika-Asien-Afrika (3.Welt) -, Verbindung mit Nordamerika-Europa durch kooperative Entwicklungshilfe

Das Projektzentrum ist in Ghana. Weiterhin git es Niederlassungen in Lome (Togo), Lagos (Nigeria), Elfenbeinküste, Burkina Faso, Zimbabwe und in vielen anderen afrikanischen Ländern.

Das Motto lautet:
Home for the homeless (Heim für Heimatlose
Food for the hungry (Essen für Hungrige)
Job for the jobless (Arbeit für Arbeitslose)
Suiting education, science and technology for all (angepaßte Erziehung, Wissenschaft und Technologie für alle)

AKTION: Ihr legt bei eurer Arbeit sehr viel Wert auf Bildung. Wie sieht eurer staatliches Bildungssystem aus und was macht ihr?

Gyan: Das Bildungssystem wurde von den Koloniallehrmeistern und Sklavenhändlern für uns entwickelt, indem die Schwarzen in Afrika sich soweit bilden konnten, daß sie den Weißen dienen konnten. Es war die beste Waffe im Namen Gottes für die Ausbeuter. Dadurch wurden viele stupide gemacht, so daß wir uns nicht selbst verwalten können. Unser traditionelles Wissen ist total vernichtet worden und wir sind dabei dies wiederzufinden und aufzubauen. Daher forschen wir für angepaßte Bildung und Technologie.

AKTION: Gibt es eine Schulpflicht?

Gyan: Zuerst gab es eine Schulpflicht und der Besuch der Schule war frei. Nach dem Militärputsch 1966 mußte man Schulgeld zahlen und somit steht sie nur auf dem Papier. Für uns ist das eine Verschlechterung. Daher macht unsere Stiftung selbst Bücher mit unseren Inhalten und ich versuche in der BRD technisches Material für die Herstellung zu besorgen, wir arbeiten mit sehr bescheidenen Mitteln. Viele Bücher schreiben wir sogar mit der Hand. Wir publizieren in vielen afrikanischen Sprachen, aber auch in den europäischen Kolonialsprachen.

AKTION: Wieviele Leute erreicht ihr mit eurer Arbeit?

Gyan: Unsere Zeitung hat eine Auflage von 1000 Exemplaren. Aber die Mund zu Mund Propaganda ist für uns das wichtigste Arbeitsmittel. Ghana hat 10 Verwaltungsregionen und wir haben dort überall Vertretungen. Wir sind sogar besser organisiert als die Regierung, weil wir direkt mit den Menschen zu tun haben. Unsere Leute sind zwar auch in den Städten tätig, aber wir legen mehr Wert auf die Dorfarbeit, weil wir auch Land haben, das wir von Häuptlingen und anderen geschenkt bekommen haben.

AKTION: Was macht ihr mit dem Land? Bebaut das Land jeder für sich oder gibt es Kooperativen?

Gyan: Viele bebauen nur soviel Land, daß sie sich ernähren können, weiter nicht. Das Land gehört der Stiftung und wir schützen es. Jeder hat aber das Recht auf Benutzung durch den Bau von Hütten und Ackerbau. Das gehört zu unserem Verständnis von Demokratie, Existenzrecht sagen wir dazu.

Ghana hat viele Arbeitslose, Analphabeten und andere soziale Probleme. Nach unserer Tradition helfen wir jedem, der zu uns kommt. Wenn was da ist wird geteilt. Wenn Leute zuviel produzieren, kauft die Stiftung das auf und versucht es weiter zu verkaufen.

AKTION: Habt ihr genügend Land, um allen, die zu euch kommen, etwas zu geben?

Gyan: Wir haben mehr als genug und bekommen noch mehr Angebote. Wir möchten mit dem Land keine Gewinne machen, wir wollen nur in Frieden leben. Frieden kann es nur geben wenn die Unwissenheit abgebaut ist.

AKTION: Warum rennen euch die Leute nicht die Türen ein, da ihr ihnen doch eine Existenz sichern könnt?

Gyan: Viele haben Angst auf's Land zu gehen. In der Kolonialzeit wurden die Menschen als Bestrafung zur Feldarbeit geschickt. Viele sagen ich kann lesen und schreiben, warum soll ich auf's Land gehen und ziehen in die Städte. Deswegen machen wir Projekte auch in den Städten. In Accre haben wir ein riesiges Stück Land sehr billig bekommen. Es kommen da auch Leute zu uns, aber sie stellen Bedingungen.

AFRIKA DEN AFRIKANERN

Viele Afrikaner sind degeneriert, wollen europäische Konsumgüter besitzen Fernsehen, Autos, Möbel... Außerdem gibt es Hetzkampagnen gegen uns.

AKTION: Wie sieht es in Ghana mit Gewerkschaften aus?

Gyan: Der Trade Union Congress (TUC) ist sehr stark (ca. 4-5 Mio Mitglieder). Anfang der 60er Jahre war der TUC Ghana Zentrum und Initiator der Federation of Trade Unions Africa (Zusammenschluß der afrikanischen Gewerkschaften).
Da wir kaum Industrie haben und viele Leute auf dem Land arbeiten, ist unsere Arbeiterklasse anders. Es gibt sehr viele Bauern und die sind sehr konservativ. Das kommt daher, daß die Kakaoanpflanzung und -ausfuhr an erster Stelle der Wirtschaft steht und die Bauern relativ gut verdienen. Innerhalb des TUC gibt es daher "farmer councils", aber die haben nur Mitglieder auf dem Papier und machen eine besitzstandswahrende Politik.

Der Tuc ist Mitglied der OAU (Organisation Afrikanische Einheit) und orientiert sich an den englischen Gewerkschaften. Es gibt viele Streiks, die sich sogar gegen die Militärregierung richten. Bei den ganzen Putschen hat der TUC nämlich seine Finger drin gehabt und so auch die jetzige Regierung ermöglicht. Er arbeitet also teilweise mit der Regierung zusammen. Er ist fast zu einer Art Staatsgewerkschaft geworden.

AKTION: Wie ist euer Verhältnis zu der Gewerkschaft?

Gyan: Für uns ist die Gewerkschaft konservativ, trotzdem sind Leute von uns in der Gewerkschaft, da sie außerhalb unserer Stiftung arbeiten. Ansonsten haben wir wenig mit der Gewerkschaft zu tun. Wir kümmern uns direkt um die Leute.

AKTION: Bei uns haben die Gewerkschaften die Funktion, den Widerstand der Ausgebeuteten zu entschärfen, ist es bei euch so ähnlich?

Gyan: Ja genau, die Leute sollen in Frieden leiden. Wir akzeptieren das nicht.

AKTION: Gibt es andere Gruppen in Ghana, mit denen ihr zusammenarbeitet?

Gyan: Ja, es gibt viele anti-imperialistische und anit-apartheid Gruppen, aber wir arbeiten mit diesen nur an ganz bestimmten Punkten zusammen.

AKTION: Welchen Einfluß haben die Parteien in Ghana?

Gyan: Da Parteipolitik verboten ist, arbeiten die Parteien unter Tarnnamen weiter, z.B. ghanesisch-sowjetische Freundschaftsgesellschaft. Diese haben sehr viel Einfluß, da die ghanesische Intelligenz in den sozialistischen Staaten ausgebildet wurde.

AKTION: Wie macht sich das bemerkbar?

Gyan: Z.B. ein Arzt, der in kapitalistischen Ländern ausgebildet wurde, macht seinen Feierabend, egal ob einer stirbt oder sonstige Notfälle da sind. Die in sozialistischen Ländern ausgebildeten Ärzte dagegen fühlen sich berufen. Die stehen Tag und Nacht da. In Bezug auf die Ausbildung orientiert sich Ghana daher eher an den sozialistischen Staaten. Wir sind da pragmatisch. Die sozialistischen Staaten haben uns Angebote gemacht und wir schauen, was wir für uns brauchen können. Und inzwischen haben wir in Ghana so gut funktionierende Universitäten, daß wir selbst wieder Leute aus anderen afrikanischen Ländern bei uns ausbilden.

AKTION: Wie ist euer Verhältnis zum Staat, zur Regierung?

Gyan: Wir bekommen keine staatlichen Zuschüsse und möchten auch unabhängig sein. Wir hängen an keinem Land oder einer Ideologie, deswegen haben wir sehr wenig mit Regierungen zu tun. Es ist wichtig für uns, uns selbst zu finden.
Die jetzige Militärregierung ist eher eine indirekte, da John Jerry Rawlings, der Regierungschef, kein Soldat mehr war, als er in zweiter Instanz an die Macht kam und viele seiner Minister sind auch keine Soldaten. Die Regierung hat genügend mit der Aufrechterhaltung der Ordnung nach Innen und nach Außern zu tun. Wir selbst brauchen keine Regierung. Bei Streitigkeiten z.B. um Land brauchen wir keine Gerichte, das machen wir selbst. Nur bei kriminellen Taten wie Mord entscheiden die staatliche Gerichte. Doch viel kriminelles wird auch durch die Gesetz e produziert.

AKTION: Behindert euch die Regierung bei eurer Arbeit, z.B. durch Zensur, Hausdurchsuchungen etc.?

Gyan: Nein, überhaupt nicht. Wir können erstmal alles sagen und schreiben. Wir sind als gutinform ierte Menschen gewaltlos, da wir versuchen uns wiederzufinden. Aber wenn wir angegriffen werden, werden wir uns verteidigen müssen. Daher lernen wir Jodo, Karate, - den bewaffneten Kampf noch nicht. Wenn es sein muß, muß aber jeder bereit sein, kollektiv zu kämpfen und auch zu sterben.
Übrigens gab es in der BRD Schwierigkeiten, da ich über alles schreibe. Das LKA und BKA haben einiges Material beschlagnahmt. Ich habe über Hitler's "Mein Kampf" geschrieben, das besser heißen sollte "Unser Kampf", da man heute sieht, daß er nicht alleine gekämpft hat, z.B. die Beteiligung der USA, Englands und der BRD an der Apartheid in Süd-Akrika. D.h. Hitler's Ideen werden nicht nur von Deutschen vertreten. Daher habe ich "Unser Kampf" geschrieben und das wurde zusammen mit vielen anderen Sachen vor zwei Jahren beschlagnahmt. Ich bin ein freier Mensch, ein Weltenbürger, und unsere Stiftung ist registriert, daher werde ich auf jeden Fall versuchen, das Material einzuklagen.

AKTION: Wie bezeichnet ihr euch? Seid ihr Kommunisten, Anarchisten, Ökologisten...?

Gyan: Kapitalismus und Kommunismus sind für uns europäische Krankheiten. Für unser System gibt es bis jetzt noch keinen Namen. Deswegen haben wir auch verschiedene Gruppierungen, die sich einfach zusammengefunden haben. Bei uns gibt es Kommunisten, Kapitalisten, Ökologisten, Christen, Muslims, Traditionalisten. Wir wollen kein europäisches System kopieren. Ghana ist das am längsten unabhängige Land in Afrika, seit über 30 Jahren, aber das ist für ein Land kein Alter. D.h. wir sind sehr jung und viele unserer Leute orientieren sich noch am europäischen Konsum. 'Unsere Politiker bekommen ihre Stimmen von noch blinden Menschen, die weder lesen noch schreiben können.

AKTION: Wie ist die Stellung der Frau bei euch? Gibt es da Probleme?

Gyan: In unserer Tradition haben immer Frauen Frauensachen und Männer Männersachen vertreten. So gab es immer gleichberechtigt sowohl Frauen als auch Männer, die Häuptlinge waren. Alle haben das akzeptiert.

AKTION: Was ist denn Frauen- oder Männersache?

Gyan: Es gibt darüber eine aktive, historische Diskussion. In Ghana waren die Stämme sehr kriegerisch und die Frauen waren auf allen Gebieten vertreten.
Ghana hieß früher Goldküste und alle Europäer wollten es kolonialisieren. Die Männer waren bis dahin für die Verteidigung und die Frauen für die Sozialstruktur zuständig. Aber als Ghana kolonialisiert wurde und wir gegen die Farbigen (Weißen) kämpften, wurden viele unsere Häuptlinge gestgenommen und so organisierten einige Frauen den Widerstand. Seitdem steht fest, daß die Frauen gleichberechtigt sind.
Aber da Ghana als erstes afrikanisches Land unabhängig wurde und Schwarze aus vielen Ländern nach Ghana kamen, haben diese auch ein anderes Frauenverständnis, z.B. die vielen Muslims aus Nord-Nigeria. Daher bedarf es auch in unserer Stiftung vieler Diskussionen, um das Verhältnis von Mann und Frau zu verbessern.

AKTION: Nun noch eine praktische Frage. Wenn jemand euch helfen möchte, wie ist das möglich?

Gyan: Uns fehlt es praktisch an allem. Wir brauchen Druckmaterial, Büromaterialien, Geräte für den Ackerbau, Transportmittel, Medikamente usw.
Falls Leute solche Sachen haben, können sie über folgende Adresse Kontakt mit uns aufnehmen:
Hildegard Gyan
Eisackstr. 29
1000 Berlin 62
Tel. 030/8558718
Natürlich würden wir uns freuen, wenn uns auch Leute in Ghana besuchen würden.

Das Interview für die AKTION führten Jota und Carla.

HEIA SAFARI

TOURISMUS. THEMA AB VOM SCHUSS

Von unserem Redaktionsmiglied Alois Mieselprim

Immer wieder beginnt es den verschiedensten Metropolengespenstern unter den Füßen zu jucken. Glücklich, wer dann sich die Freiheit in Form eines Schlafsackes bzw. Rucksackes auf den Rücken schnallen kann um loszuziehen, in die exotischen Gärten hinter dem sozialmarktwirtschaftlichen Gefängnisgemäuer. Und denn stürzen sie alle los, die an kurzer Leine entlassenen Ober und unteren Mittelschichtler, die arbeitssamen Arbeitsklässler und Klässlerinnen, und strecken, irgendwo im Süden ihre Bauchringe in den "unterentwickelten" Himmel.



Natürlich ist über den ganzen Schmodder schon unglaublich viel geschrieben und wahrscheinlich noch mehr geredet worden, mittlerweile auch über den/die stirnbandbekränzten Guru/a/s, die ihre selbstbefreiende Erleuchtung ganz selbstlos im Hier und Jetzt inmitten ausgehungerter Menschen finden und dabei gleichzeitig Kulturaustausch betreiben. Das mit dem Kulturaustausch mag stimmen. Die Rucksäckler/innen sind mit die ersten , die fremde Kulturen auszutauschen beginnen. Natürlich ist darüber schon eine ganze Menge geschrieben worden. Schließlich kann da jede/r mitreden, dennoch hat ein Nach bzw. Umdenken kaum stattgefunden. Für viele ist der "Urlaub" notwendiger Bestandteil zur eigenen Regenerierung, für die Linksradikalen und Militanten ebenso wie für die "Neckermänner und Frauen"

Daß auch wir dabei, als libertäre Menschen, ganz nebenbei eine hübsche Portion Imperialismus zu verantworten haben, soll mit den beiden Artikeln aufgezeigt werden.
Im ersten Teil aber sind anhand des Beispiels von Kenia erstmal die Pauschaltouristen dran, im zweiten Teil, der in der nächsten AKTION erscheint, dann ein kleiner Blick auf uns selbst und unsere "Kulturbedürfnisse" in der sogenannten Dritten Welt.

<u>Kenia und die Invasion der Blaßhäutler</u>

Das, was heute allgemein als Tourismus bezeichnet wird, begann sich schon sehr frühzeitig in die kenianische Kultur einzufressen und dann festzusetzen. Während der üppigen Sklavenjagden der Kolonialzeiten bemerkten die Großkotze der Metropolen die prestigesteigernde Wirkung (neben fetten Bankkonten natürlich) von ausgestopften Löwenköpfen, Elefantenzähnen und so weiter. Es stolperten also schon von Anfang an fettleibige Monster in den Steppen und Urwäldern Afrikas herum und erlebten das große Abenteuer. Poetisch untermalt, später dann, vom Schneeamkilimandscharoschriftsteller Hemingway.

Blieben aber bis etwa Ende des 2. Weltkollapses den kenianischen Löwen und Elefanten der massenhafte Anblick eisbeingemästeter Bleichgesichtler erspart, so führte die Erhöhung der mittleren Einkommen in den Industrieländern und der gleichzeitige Ausbau serienreifer Touristenschleudern (Charterflüge) ab Ende der 60er Jahre zu einem sprunghaften Anstieg der Touristenzahlen. Die Löwen und Elefanten verdautens erstmal mit Gleichmut, schließlich wurde ihnen im bundesrepublikanischen Tivi ein Platz reserviert.

Die kenianischen Geldgeier (in den meisten Texten auch noch als "Elite" bezeichnet) konnten unter Mitwirkung zahlreicher westlicher Reise- und Werbeagenturen im Jahre 1982 schon 3,4 Millionen Übernachtungen verbuchen, mit steigender Tendenz selbstverständlich. Zwar gabs 1983 einen kleinen Einbruch von einigen hunderttausend Übernachtungen, denn, im Westen nichts Neues, wütete mal wieder die Rezession, aber wer läßt sich trotz Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltkatastrophen dauerhaft - von den "kostbarsten Wochen des Jahres" abbrin-



Touristen, beim konsumieren einer natürlichen "Ressource"

gen und schließlich gings ganz flott weiter mit der dicken Kohle und heute gilt der Tourismus als drittwichtigste Devisenquelle nach dem Export von Tee und Kaffee. Die kenianischen Manager (Managerinnen ?) haben es sogar geschafft, sich mehrere Fremdenverkehrsmärkte zu erschließen. Von Hemingway angetörnt rumpelten vor allem Amis durch die Steppen aber auch Grizmeks Freiflughafen wurde immer beliebter. Aber auch nordeuropäische Melkkühe konnten eingeflogen werden und so sind Kenias Kapitalmagnaten nicht mehr vom "Wohl und Wehe" eines Landes abhängig, obwohl die Urlauber/Innen der verschiedenen Nationen sich auf ganz bestimmte Regionen in Kenia verteilen, was dann natürlich schon Auswirkungen auf die Regionen hat, wenn in einem Land Kenia nicht mehr als der "Renner" angepriesen wird. Während die bundesdeutschen Sparbrötchen meist billig-pauschalen Badeurlaub buchen, (inzwischen vom STERN auf Aidsinfizierte schwarze Frauen hingewiesen und mit Verhaltensregeln versorgt), treibt es die Briten nostalgisch immer noch in die Gegend der Unterdrückungszentrale Nairobi, zieht es die Amis wie immer in die Gefahr, d.h. in Kenia vor allem in die teuren Lodges am Rande der Wildschutzgebiete.(Zum Baden haben die in Kalifornien genügend Sand).

Die Sache mit den Devisen

Natürlich bringen all die Leute fürchterlich viel Geld mit und gleichen die desolate Zahlungsbilanz aus, was in den diversen Statistiken auch ganz gut herüberkommt. Die kenianische Bevölkerung leidet jedoch, wie die anderen Länder der sogenannten Dritten Welt auch, unter dem von den Geldgeiern konstruierten Sachzwang die Bezahlung der Warenimporte durch immer heftigere Erlöse aus dem Export (Kaffee und Tee) sicherzustellen. Das aber stößt außenwirtschaftlich an die Grenzen des Weltmarktes bzw. diverser Handelsbeschränkungen (siehe EG) und binnenwirtschaftlich läßt sich wegen klimatischer Bedingungen nur eine begrenzte Menge von Kaffee und Tee anbauen. (Vom seltsamen Bedürfniss der arbeitenden Bevölkerung nach Anbau von "eigenen" Nahrungsmitteln ganz zu schweigen.) So scheint der Tourismus als Devisenbringer erst mal wie gerufen, die miese Handelsbilanz, die mit den Bedürfnissen der Bevölkerung erst mal nichts zu tun hat, konnte aber nicht einmal der Tourismus auffangen. Kapitallogischerweise wird natürlich weiter am Tourismus gebastelt. Das BMZ und die GTZ (Bundesministerium für wirtschaftl. Zusammenarbeit, bzw. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) sind munter dabei Entwicklungshilfegelder für den Ausbau von Hotelketten,Swimmingpools usw usw. zur Verfügung zu stellen.

Klar, die Geldbeutel der Unternehmen werden trotz der miesen Zahlungsbilanz auch dicker, da die Kohle vornehmlich ins Ausland abgezockt wird. Ausserdem verscherbeln die kenianischen Kapitalos etwas, was sich nicht so schnell verbrauchen wird.

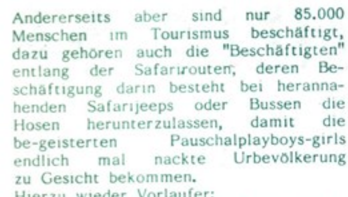
Karl Vorlaufer, Liberalinski und Geographieproffff in Ffm, drückt das in einem Artikel in der Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie so aus:

"Diese Staaten (gemeint sind die kenianischen Geldgeier) stehen jedoch in Anbetracht der sich dramatisch verschärfenden katastrophalen Wirtschaftssituation unter dem Zwang, alle verfügbaren Ressourcen, zu denen auch die touristischen Attraktionen, wie schöne Badestrände, ein gutes Klima, exotische Völker und Kulturen, oder auch eine reiche Tierwelt zählen, wirtschaftlich zu nutzen." und weiter im Text:" Die weitgehend einmalige Kombination von Attraktionen wie u.a. eindrucksvolle Fauna - und Naturlandschaften, exotische Völker, gutes Klima, ausgedehnte Badestrände hoher Qualität, bei gleichzeitig relativ preisgünstigen fremdenverkehrswirtschaftlichen Leistungen vor allem des Hotelwesens (ein Hotelpage verdient das Spitzengehalt von 100 DM monatlich) sind Angebotsfaktoren, die eine starke Stellung Kenias (wen meint Vorlaufer hier wohl mit Kenia) auf den touristischen Märkten gewährleisten."

Die "exotischen Völker", zur typischen Faktorausstattung herabdegradiert, sind also kompakte Ware auf dem Supermarkt der touristischen Dienstleistungspakete.

Die Sache mit der Arbeit:

Der Tourismus schafft Arbeitsplätze, und er verbessert die Einkommen und er schafft durch die spezifischen Bedürfnisse der "Gäste" nach Souvenirs einen indirekten Arbeitsmarkt durch die Andenkenherstellung in der auch "Alte, Kranke, Waisen oder Behinderte für den Tourismusmarkt Andenken herstellen und so Einkommen und ein neues Selbstwert- und Lebensgefühl erhalten. (wieder Vorlaufer)



Andererseits aber sind nur 85.000 Menschen im Tourismus beschäftigt, dazu gehören auch die "Beschäftigten" entlang der Safarirouten, deren Beschäftigung darin besteht bei herannahenden Safarijeeps oder Bussen die Hosen herunterzulassen, damit die be-geisterten Pauschalplayboys-girls endlich mal nackte Urbevölkerung zu Gesicht bekommen.

Hierzu wieder Vorlaufer:

"zahlreiche Arbeitslose in den Tourismuszentren oder an den Safarirouten haben die Chance in diesem Sektor zumindest kurzfristig ein marginales Einkommen zu erzielen. Hierzu zählen Schuhputzer, "parking boys", fliegende Händler, oder selbst Personen, die sich etwa im exotischen Stammesschmuck den Touristen als Fotomodelle anbieten."

Unerwähnt bleibt bei der ganzen Arbeitsplatzargumentiererei das Problem, daß der Tourismus nur ganz bestimmte Gebiete berührt (Städte, Küste, Wildparks), und das zu einer sehr ungleichen Arbeitsteilung führt. Unerwähnt bleibt, daß bei einer Ausrichtung der Arbeit auf die Bedürfnisse der Metropolengespenster kulturelle Eigenständigkeit in den Objektiven diverser Canons und Minoltas verkümmert. Arbeit wird somit zum Abfallprodukt des Tourismus, ist längst nicht mehr Entwicklungsziel.



Infrastruktur und Entwicklungshilfe

Tourismus benötigt eine ausgebaute Infrastruktur, damit auch alle Schulzes ihre Dias von "exotischen Völkern" in der muffigen Wohnstube vorführen können, müssen staatlichen Gelder,

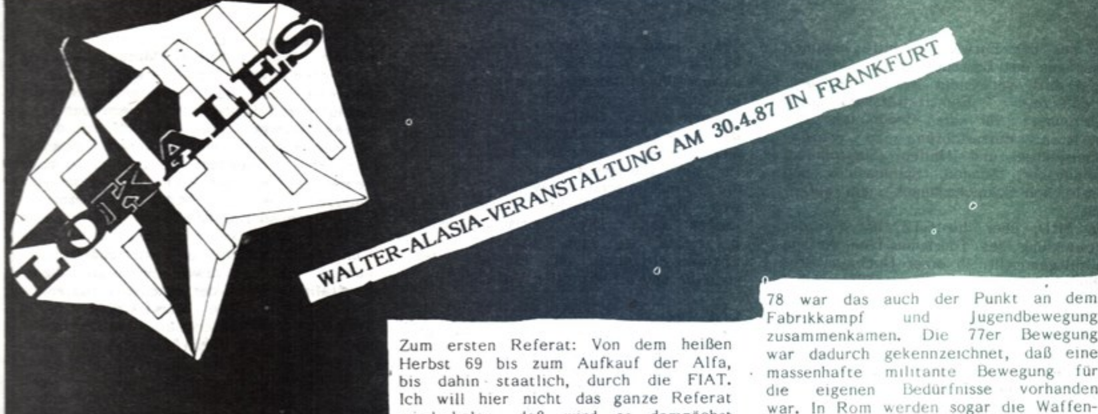
die aus der Entwicklungshilfe kommen (oder aus der Besteuerung der Bevölkerung) dazu verwendet werden, Straßen, Flugplätze, Elektrizitätsversorgung, Telefonnetz für die Bedürfnisse der Touristen einzurichten. So werden Tennisplätze und Hallen, Surfschulen, Hallenbäder, Saunen, Spielcasinos und dergleichen Schnickschnack mehr aufgebaut.
Die BRD, über die GTZ, hat bei der Entwicklung des Tourismus von Anfang an mitgemischt. In einer Hochglanzbroschüre feiert sich die GTZ selbst über die "German Assistance since 1974". Sie schickte Berater/innen nach Kenia, deren Aufgabe darin bestand den Tourismusausbau zu planen und gleichzeitig zu managen. Gleichzeitig bescheinigten sie sich "subtiles Einfühlungsvermögen" für die Probleme des Landes. Natürlich kamen die GTZ Leute nicht mit leeren Taschen (von 69 bis 74 wurden für die Tourismusförderung 400 Millionen DM ausgegeben.
In Kenia erfeuen sich die Touristen frischer Milch, Geflügel, Obst, Gemüse und Frischfleisch. Zahlreiche Plantagen und Farmen produzieren ausschließlich für die Tourismusindustrie, nicht für die einheimische Bevölkerung, die sich die produzierten Güter nicht leisten kann. Die Tourismusindustrie in Kenia ist eine wachstumsstarke Enklavenwirtschaft mit eigener Infrastruktur und struktureller Unsicherheit.

Und was die exotischen Völker angeht, sie stören bisweilen den Ausbau der touristischen Infrastruktur. So mussten einige Nomadenstämme der Masai den Interessen der Tourismusindustrie weichen und verloren wichtige Weide- und Wasserstellen im 3.200 qkm großen Game-Reserve, der zum Nationalpark erklärt wurde. Diese Masai dürfen ihr ehemaliges Gebiet nicht mehr betreten, da sie den reibungslosen Ablauf der Safaritours in diesem Gebiet stören würden. Von den Masai, die bis vor kurzem noch in diesem Gebiet von ihrer Viehzucht lebten, zeugt heute nur noch der Name der entsprechenden Safari. (Kibo-Masai-Safari, pro Person ab DM 1.060,--)

Kenia ist, kulturell und wirtschaftlich, nahezu restlos ausverkauft an die Kapitalinteressen der Industriestaaten. Die Frage, welche Auswirkungen der Tourismus der Weißen auf die Menschen dort hat, wird wenn überhaupt, nur im Hinblick auf die Entwicklung neuer Tourismusprojekte gestellt.

Kenia ist nur ein einziges Beispiel!!





Eine Zusammenfassung des Buches: "Rote Brigaden Fabrikguerilla in Mailand 1980-81" spar ich mir, weil eine Besprechung in der "Wildcat" Nr. 40 gewesen ist.
Zunächst einmal einige der politischen Fragestellungen mit denen die Veranstalter die Diskussion anpacken wollten:

"Was verstehen wir unter "Arbeiterstandpunkt"
was kann unsere Rolle im nächsten Kampfzyklus sein?"

Welche Funktion hat Organisierung welche und auf welchen Ebenen? oder anders gefragt: In welcher Beziehung steht Organisation zur Klassenzusammensetzung?

was für ein Konzept von militanter Untersuchung und Betriebsintervention haben wir eigentlich?

welche Rolle spielt das Territorium?

In welchem Verhältnis sehen wir die "Bewegung" zur Klassenpolitik? Die "Reife der Autonomie" in den politischen Verhaltensweisen in der BRD ist für die ital. Genossen nach wie vor beinahe unvorstellbar; es hat nun schon zwanzigjährige Tradition, daß vier, fünf Leute in der Lage sind "als polit. Gruppe" zu handeln, dh.Ziele auszumachen, sich autonom Sachen vorzunehmen, anzuleieren, durchzuführen. Diese weit entwickelte Autonomie gilt es aber zu hinterfragen von der (beinahe genau so weit entwickelten) Unfähigkeit her, den Staat zu zerschlagen, die Machtfrage zu stellen, überhaupt größere organisatorische Strukturen herzustellen (das, was Negri das englische Übel genannt hat).

Anhand der Diskussion über das Buch und einigen Referaten sollten diese Fragestellungen angegangen werden:

<u>Umstrukturierung bei Alfa Romeo</u>

<u>77er Bewegung</u>

<u>Die verschiedenen Arbeitergenerationen in Italien</u>

<u>Was für ein Verhalten haben Autonome in Frankfurt zur Klasse?</u>

Zum ersten Referat: Von dem heißen Herbst 69 bis zum Aufkauf der Alfa, bis dahin staatlich, durch die FIAT. Ich will hier nicht das ganze Referat wiederholen, daß wird es demnächst übersetzt geben, sondern nur einige mir wichtig erscheinende Punkte: Die Fabrik Anfang bis Mitte der 70er Jahre als Ausgangspunkt anderer sozialer Kämpfe. In der Fabrik wurden Räume erkämpft, d.h. von Schachspielen, selbstbestimmten Bars, Pausen bis zu den Diskussionen von Wohnungs- oder Hausbesetzungen, Strompreisreduzierungen und anderen Formen von proletarischen Strompreisfestsetzungen. Genau gegen diese erklärten Punkte ging das Kapital vor.

DER KAMPF AUF DER STRASSE

Die Cassaintegrazione als Spaltungsversuch in der Fabrik (= Kurzarbeit). Die Kurzarbeiter bekommen etwa 70% ihres Gehaltes, Großteil davon finanziert der STaat, und können noch nebenbei schwarzarbeiten. Bei Streik verlieren sie kein Geld, während die Arbeiter der Fabrik den Streik aus eigener Tasche zahlen müssen, weil es keine Streikkasse der Gewerkschaft gibt. Ein weiterer Angriff war die Auslagerung von Produktion in Klitschen. Und der Kampf gegen Samstagsarbeit und Schwarzarbeit vor allem in den Klitschen war auch ein Kampf gegen die Zersetzung der Arbeiterklasse. In der Fabrik war ein höherer Grad der Organisierung gegen die Arbeit da. So etwa ab 76 gab es die "proletarischen Runden". Arbeiter und Jugendliche zogen durch das Viertel und spürten Samstagsarbeit oder Schwarzarbeit auf. Sie forderten den Betrieb auf, die Arbeit einzustellen, andernfalls stellten sie den Strom selber ab. Der Kampf ging nicht gegen die Arbeiter sondern gegen die Klitsche.

78 war das auch der Punkt an dem Fabrikkampf und Jugendbewegung zusammenkamen. Die 77er Bewegung war dadurch gekennzeichnet, daß eine massenhafte militante Bewegung für die eigenen Bedürfnisse vorhanden war. In Rom werden sogar die Waffenläden geplündert und die Bewegung diskutierte über die Möglichkeit, daß das Militär gegen sie eingesetzt wird.

Über die genauen Gründe der Zerschlagung der Bewegung wird in Italien wahrscheinlich noch ewig diskutiert. Hier nur einige Standpunkte: Was die BR. in der Frühjahrsoffensive 78 (Entführung Moros u.a.) als Angriff auf das Herz des Staates an Militanz eingebracht hat, konnte sie auf Massenebene nicht halten; in Italien wurde immer nur über die Ausweitung der Kämpfe quantitativ aber nicht qualitativ geredet. (z.B. die Schließung des Knastes Asinara wurde lange thematisiert aber erst durch die Knastfront der BR 81 durchgesetzt). die Bewegung hat sich militarisiert und dabei den Kontakt zur Fabrik und anderen entscheidenden Brennpunkten verloren.



Tatsache ist, Tausende sind ab 79 eingeknastet worden, untergetaucht, ausgewandert, am Arbeitsplatz jeder autonomer Ansatz als "terroristisch" diffamiert und verfolgt. Und genau das war die Gelegenheit weiter umzustrukturieren, da ja keine Gegenwehr zu erwarten war. Die WAlter Alasia operierte erst 80/81. Wie , wird in dem Buch geschildert. Doch wie weit ihr Reformismus und ihre Schizophrenie ging - einerseits BR und andererseits Betriebsratsmitglied zu sein - scheinen sie verschweigen zu wollen. Im Gegenteil, teilweise behaupten Sie daß jeder in der Fabrik gewußt hätte, daß sie Brigadisten sind.

Der Anspruch der Veranstalter anhand von den Erfahrungen in Italien über hier zu reden, ist wieder mal gescheitert. Zu ungenau war die Vorbereitung. Dadurch war es nicht möglich zu unseren Kämpfen/Ansätzen/Diskussionen hier zu kommen.

DER KAMPF IN DER FABRIK

Die Geschichte der Fabrikkämpfe in Italien hat ganz verschiedene Arbeiterverhalten gesehen.
Von dem Emigranten aus dem Süden, der Fabrikarbeit überhaupt nicht gewohnt war und direkte Formen der Auseinandersetzung kannte - bei Problemen direkt ohne Vermittlung gehandelt - Anfang der 60er: den Massenarbeitern Ende der 60er/Anfang der 70er die krankfeiern und mit den traditionellen Gewerkschaftsformen brechen, für den Einheitslohn kämpfen; bis zu der Jobbergeneration, die sich überhaupt nicht mehr mit der Fabrik identifizieren. Heute sieht es so aus, daß zwar gearbeitet wird, das aber nicht mehr zum Thema gemacht wird und nur über die Freizeit geredet wird. Das wurde Parallelismus genannt.
Fehlende Untersuchungen über den heutigen Stand der Umstrukturierung der Arbeit wurde mit den Jahren der Repression begründet. Erst seit etwa zwei Jahren wird wieder angefangen die Situation zu untersuchen. Der Kampf der Hafenarbeiter in Genua wird unterstützt. Es stellt sich aber die Frage inwieweit das wieder ein Versuch ist sich auf die alte Arbeitereinheit zu beziehen, die für die meisten überhaupt nicht mehr Sache in Mailand ist. Die Kritik ist nicht die, daß Kämpfe unterstützt werden, sondern daß z.B. wenn Alfa heute Zentralisierung des Kommandos undDezentralisierung der Arbeit - also Auslagerungen - bedeutet, wie ja schon 80 festgestellt wurde, dann sich die Alfa-Arbeiter eben damit auseinandersetzen sollten und nicht nach Genua starren, wo es noch eine alten Klassenzusammensetzung gibt.

Zu dem letzten Referat:

<u>Was für ein Verhalten haben Autonome in Frankfurt zur Klasse?</u>
<u>These: vom Kampf für die Klasse Anfang der 70er Jahre zum Kampf gegen die Klasse Anfang der 80er Jahre.</u>

Was im Walter Alasia gut herauskommt ist, das Selbstbewußtsein mit dem die Genossen im Stadtteil, in der Fabrik handelten. Es ist, daß sie sich als Teil des Proletariats begreifen und nicht als etwas vollkommen außergewöhnliches.Dieses Gefühl ist da, weil sie in dem Stadtteil wo sie aufgewachsen sind politisch auch handelten. Die Diskussion über das Buch sollte auch dazu dienen über ganz bestimmte Dinge hier zu reden. Über den vollkommen fehlenden Bezug zum Territorium (Stadtteil, Job) dem fehlenden Selbstbewußtsein Teil der Klasse zu sein. Das mit dem Selbstbewußtsein ist ein Punkt, der für ziemlich alle politischen Gruppen zutrifft. Es ist nicht ganz egal ob sich die Gruppe mit Ausländerarbeit, Volkszählung, Computerisierung,AKWs usw. beschäftigt. Wichtig ist die Frage, inwieweit das, was die Gruppe macht, auch im Alltag eingebracht werden kann. Wie sehen die Auswirkungen der Sozialplanung im Viertel z.B. aus? Oder was für einen Bezug haben wir zu den AKWs (Energie als Strategie des Kapitals, Strompreise, Leiharbeit usw.) Oder was hat die Startbahnbewegung mit der Fabrik Flughafen zu tun. Situation der meisten ist doch, daß Politik und Alltag zwei vollkommen getrennte Dinge sind. Tagsüber isoliert sein, Überleben absichern und dann Abends Politik machen. Den Wunsch nach Kollektivität haben viele. Aber alleine die Kollektivität sagt noch nicht allzuviel aus. Wenn Kollektivität losgelöst vom Alltag, von der Klasse ist, ist es fürn Arsch. Deswegen die These vom Kampf für die Klasse zum Kampf gegen die Klasse. Das Verhalten der Vollautonomen, der antiimperialistischen und der anarchistischen Bewegung hat sich seit dem Anfang der 70er Jahre oft um 180 Grad gedreht. Wo damals für die Arbeiter, für die Bürger oder sonstwem Politik gemacht wurde, wird heute oft nur noch für sich selbst Politik gemacht und es ist vollkommen egal, was um einen herum geschieht. Das solljetzt keine Propaganda für Sozialarbeit sein.

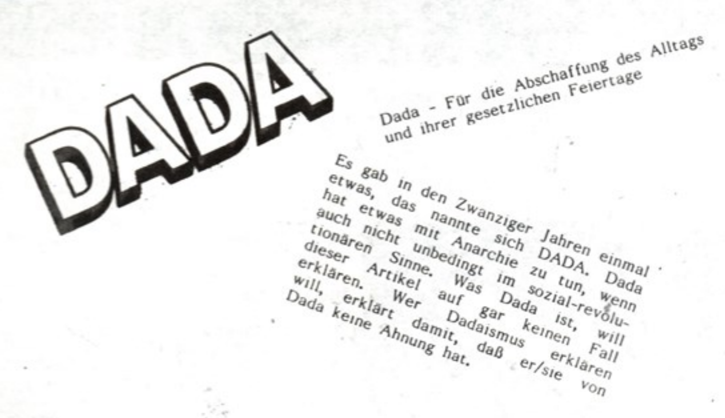
Kollektives Arbeiten, schön und gut - daß darf aber nicht auf Kosten von anderen gehen..
Für eine Politik,die sich mit dem Alltag in der Metropole auseinandersetzt. Beispiel - Vorschlag: Hinterhofbegrünung in Bockenheim im Zusammenhang mit Sanierung und den Planungen zur City-West diskutieren. Wo wird versucht die Linke zu kaufen und zu beruhigen um gleichzeitig in aller Ruhe kapitalistische Projekte durchzuziehen? Welche Funktion sollen die verschiedenen Stadtteile in Zukunft haben? Und wo können wir gegen ihre Planungen?

FÜR EINE ORGANISIERUNG DES METROPOLENPROLETARIATS

Autonome aus dem libertären Zentrum

AUF IHRE POLITIK

Wer Material zur Geschichte des Widerstands in Frankfurt im Keller hat oder was zu berichten weiß (Na wie waer's Tietze), melde sich im LZ, Kriegkstr. 38, 6 Ffm 1
Autonome gegen Geschichtslosigkeit



Das Wort Dada wurde im Februar 1916 wie Jesus Christus in einem Pferdestall geboren. In Zürich, in der neutralen Schweiz, Zufluchtsort der vom Weltkrieg geflüchteten Literaten, Künstler, Sozialisten und Pazifisten. In dem umgebauten Pferdestall wohnten Hugo Ball (30), Lyriker, Emmy Hennings (31), Schriftstellerin. Am 5. Februar eröffneten beide in der Züricher Spiegelgasse 1 das Cabaret Voltaire. Mitte Februar stößt Richard Huelsenbeck (24), Schriftsteller, dazu:

"Dada wurde eines Tages (Ende Februar 1916) in oben genanntem Pferdestall in der Weise geboren, daß ich mit H. Ball dies bedeutsame Wort in einem deutsch-französischem Dictionaire entdeckte, wo es "Holzpferdchen" bedeutete."

Was ist eigentlich Dada?
eine Kunst?
eine Philosophie?
eine Politik?
eine Feuerwehrversicherung?
oder: Staatsreligion?
ist Dada wirkliche Energie?
oder ist es gar nichts, d. h. alles.

Die Dadaisten waren - sie eilten der Zeit weit voraus - diejenigen Menschen, die auf Grund einer besonderen Sensibilität die Nähe des Chaos verstanden und es zu überwinden suchten. Sie waren Anarchisten ohne politische Absichten. Sie waren Halbstarke ohne Gesetzesüberschreitung. Sie waren Zyniker, die ebenso den Glauben und die Frömmigkeit schätzten. Sie waren Künstler ohne Kunst (Huelsenbeck). Oder:

"Oh Maria, du bist gebenedeit unter den Weibern, mir aber rinnt der geile Brand an den Beinen herunter."

Nach der Schließung des Cabaret Voltaire in Zürich im Januar 1917 zog Richard Huelsenbeck nach Berlin und schloß sich dem Künstlerkreis um Franz Jung, Georg Grosz und John Heartfield an. Im März 1917 gründete Heartfield den "Malik-Verlag". In der Zeitschrift "Neue Jugend" machte Heartfield schon "wahren Dadaismus", in dem er versuchte, die von den Futuristen überkommene Intellektualität der typographischen Anordnung in ein Geschrei von Farbe und Buntheit aufzulösen.

Im Graphischen Cabinett von I. B. Neumann am Kurfürstendamm fand die erste öffentliche Aktion von Dada-Berlin statt, provoziert von Richard Huelsenbeck:

"Im Januar des Jahres 1918 gab ich zusammen mit den Dichtern Theoder Täubler, Max Hermann Neisse und Hans Heinz Twardowsky einen Vortragsabend, an dem ich es durch Anwendung roher Gewalt und verschlagener Schiebekünste verstand, am Anfang zu sagen, daß dieser Abend einer neuen Kunstrichtung, dem Dadaismus gewidmet sei. Die Herren Täubler, Neisse und Twardowsky gaben einen Protest in der Presse, daß sie Dichter bleiben und mit Dada nichts, aber auch gar nichts zu tun haben wollten. Dieser Protest war die erste große Reklame für uns, und in der Reklame sind wir ja Meister, und wir haben das Dada-Reklamebüro nicht umsonst aufgemacht."

"Ein Dadaist ist ein Mensch, der das Leben in all seinen unübersehbaren Gestalten liebt und der weiß und sagt: Nicht allein hier, sondern auch da, da, da ist das Leben."(Baader)

Zum Berliner Club Dada gehörten: Der Oberdada Johannes Baader, Raoul Hausmann = Dadasoph, Richard Huelsenbeck = Weltdada, Georg Grosz = Propagandamarschall, Walter Mehring = Pipydada, "sie dienen dem Oberdada in der verschiedensten Weise. In völliger Selbständigkeit. Der Oberdada hat keine Befehlsgewalt über ihre physischen Personen. Er trägt ebenso wenig Verantwortung für ihre Handlungen."(Baader)



Aus dem dadaistischen Manifest:
"Das Leben erscheint als ein simultanes Gewirr von Geräuschen, Farben und geistigen Rhytmen, daß in die dadaistische Kunst unbeirrt mit allen sensationellen Schreien und Fiebern, seiner verwegenen Alltagssprache und in seiner gesamten brutalen Realität übernommen wird."

Praktisch umgesetzt sah das dann so aus:
"Der Gipfel der Auflehnung wurde erreicht, als Else Hadwinger die Kriegsgedichte von Marinetti vortrug, die Huelsenbeck mit einer Holzknarre und einer Kindertrompete zur Illustration begleitete. Ein Soldat wälzte sich in epileptischen Krämpfen am Boden, und das Publikum tobte."(Raoul Hausmann)

WALTER MEHRING

DADAYAMA

??? Was ist DADAyama ???
DADAyama ist
von Bahnhöfen nur durch ein Doppelsalto erreichbar
Hic salto mortale/
Jetzt oder nirgends/
DADAyama bringt
das Blut in Wallung so wie
die Volksseele zum Kochen
im melting pot/
(teils Stierkampfarena – teils Rotfrontmeeting – teils Nationalversammlung) –
1/2 Goldblech – 1/2 Eisen versilbert
$\frac{\text{plus Mehrwert}}{\infty} = \text{Alltag}$
-halbseiden – Tout-le-monde: Die Halbwelt auf Eiffeltürmen
in den Tiefen des Lasters bei Sekt, bei Kaviar
und Opium . . .
of the . . . by the . . . for the people/
Jede Stadt
hat ihre DADAkulmiNation-
In
DADAyama kulminieren alle
Städte (Sodom, Lourdes, Potsdam –)
Revolutionen, Terror . . .
Unzucht und Heimweh . . .
Darum:
Jedermann keinmal in
DADAyama . . .
(DADAyama napoli e mori!)

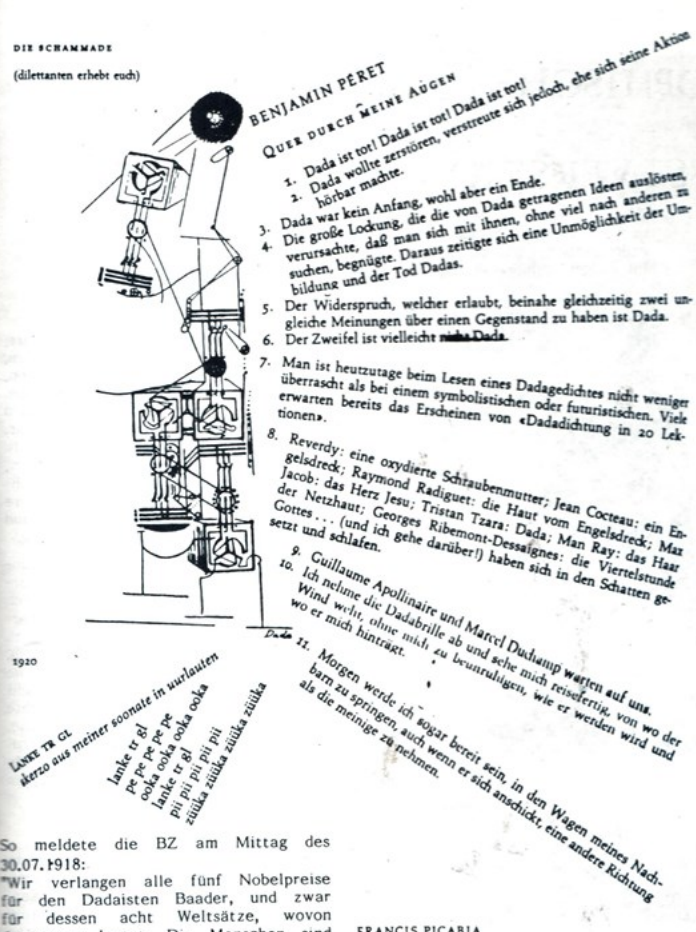
Und das alles zu einem Zeitpunkt, wo der erste Weltkrieg in Europa tobte!

"Was Dada ist, wissen nicht einmal die Dadaisten, sondern nur der Oberdada, und der sagt es niemanden."(Baader, der Oberdada)

Mit Pfuirufen begleitete das Publikum die Stepptänzchen des Georg Grosz, der phantomimisch, vor den gerade ausgestellten Leinwänden von Professor Lovis Corinth seine Notdurft verrichtete. Und es sprang von den Sitzen auf, als Richard Huelsenbeck, ausgelacht bei der Rezitation seiner phantastischen Gebete, - die Kühe sitzen auf Telegrafenstangen und spielen Schach - zurückhöhnte:
"Was erwarten Sie eigentlich? Den nächsten Tobsuchtsanfall Deutschlands? Sind noch nicht genug Opfer gefallen?"

Die Vergewaltigung der Wirklichkeit mit all ihren sogenannten Wahrheiten und Sachzwängen, Uniformorden und Gottesgläubigkeit, war praktizierter Dadaismus. Viele der dadaistischen Aktionsformen sind auch heute äußerst populär.

"Wir erfanden alle Tage neue Bluffnachrichten, die wir nachts auf der Maschine schrieben und vor sechs Uhr morgens in die Redaktion trugen."



DIE SCHAMMADE

(dilettanten erhebt euch)

BENJAMIN PÉRET

QUER DURCH MEINE AUGEN

1. Dada ist tot! Dada ist tot! Dada ist tot!
2. Dada wollte zerstören, verstreute sich jedoch, ehe sich seine Aktion hörbar machte.
3. Dada war kein Anfang, wohl aber ein Ende.
4. Die große Lockung, die die von Dada getragenen Ideen auslösten, verursachte, daß man sich mit ihnen, ohne viel nach anderen zu suchen, begnügte. Daraus zeitigte sich eine Unmöglichkeit der Umbildung und der Tod Dadas.
5. Der Widerspruch, welcher erlaubt, beinahe gleichzeitig zwei ungleiche Meinungen über einen Gegenstand zu haben ist Dada.
6. Der Zweifel ist vielleicht ~~nicht~~ Dada.
7. Man ist heutzutage beim Lesen eines Dadagedichtes nicht weniger überrascht als bei einem symbolistischen oder futuristischen. Viele erwarten bereits das Erscheinen von «Dadadichtung in 20 Lektionen».
8. Reverdy: eine oxydierte Schraubenmutter; Jean Cocteau: ein Engelsdreck; Raymond Radiguet: die Haut vom Engelsdreck; Max Jacob: das Herz Jesu; Tristan Tzara: Dada; Man Ray: das Haar der Netzhaut; Georges Ribemont-Dessaignes: die Viertelstunde Gottes ... (und ich gehe darüber!) haben sich in den Schatten gesetzt und schlafen.
9. Guillaume Apollinaire und Marcel Duchamp warten auf uns.
10. Ich nehme die Dadabrille ab und sehe mich reisefertig, von wo der Wind weht, ohne mich zu beunruhigen, wie er werden wird und wo er mich hinträgt.
11. Morgen werde ich sogar bereit sein, in den Wagen meines Nachbarn zu springen, auch wenn er sich anschickt, eine andere Richtung als die meinige zu nehmen.

1920

LANKE TR GL
skerzo aus meiner soonate in uurlauten

lanke tr gl
pe pe pe pe pe
ooka ooka ooka ooka
lanke tr gl
pii pii pii pii pii
züüka züüka züüka züüka

So meldete die BZ am Mittag des 30.07.1918:
"Wir verlangen alle fünf Nobelpreise für den Dadaisten Baader, und zwar für dessen acht Weltsätze, wovon der erste lautet: Die Menschen sind Engel und leben im Himmel."

Die "Schwarzen Flugblätter", amtlich wirkende Aufrufe mit merkwürdigen Inhalten, dürften ihren ideellen Ursprung im Dadaismus haben. Der gesellschaftliche Irsinn wurde mit dadaistischem "Unsinn", der durchaus sinnvoll ist, karrikiert und provoziert.

"Zwischenfall im Dom. Als gestern Oberhofprediger D. V. Driander im Dom den Gottesdienst abhielt, unterbrach ihn ein besser gekleideter Herr mittlerer Jahre und hielt von der Empore herab eine Ansprache, die mit den Worten schloß: Jesus Christus ist uns wurst. Pfuirufe ertönten, viele Frauen brachen in Tränen aus, der Geistliche verbarg das Gesicht in den Händen. Die Gemeinde aber stimmte sofort den Choral ein: Eine feste Burg ist unser Gott! Man warf den Mann aus dem Gotteshaus. Als Urheber der Störung bekennt sich jetzt der Architekt Baader, der Oberdada des Clubs Dada. Nach einer Zuschrift an Zeitungen will er gerufen haben: Ich bitte um einen Augenblick Gehör. Was ist dem gemeinen Mann Jesus Christus? Jesus Christus ist ihm wurst."(Deutsche Zeitung vom 18.11.1918)

FRANCIS PICABIA

MANIFEST CANNIBALE DADA

Ihr seid alle in Anklagezustand versetzt: erhebt Euch! Man kann nur mit Euch reden, wenn Ihr steht.

Steht, als hörtet Ihr die Marseillaise, die russische Nationalhymne oder das God save the King. Steht, als hättet Ihr die Fahne vor Euch. Oder als wäret Ihr vor Dada, welches Leben bedeutet und Euch anklagt, alles aus Snobismus zu lieben, wenn es nur sehr teuer ist.

Ihr habt Euch alle wieder hingesetzt? Um so besser, dann werdet Ihr mich mit erhöhter Aufmerksamkeit anhören.

Was macht Ihr hier, eingepfercht wie ernsthafte Schalentiere – denn Ihr seid ernsthaft, nicht wahr?

Ernsthaft, ernsthaft, ernsthaft bis zum Tod.

Der Tod ist eine ernsthafte Sache, was?

Man stirbt als Held oder als Idiot, was auf dasselbe herauskommt. Das einzige Wort, das mehr als Tageswert hat, ist das Wort Tod. Ihr liebt den Tod, den die anderen sterben.

A mort, bringt sie um, laßt sie verrecken!

Nur das Geld stirbt nicht, es reist nur ein wenig fort.

Das ist Gott! Ihn verehrt man, eine ernsthafte Persönlichkeit – Geld, das ist die Kniebeuge ganzer Familien. Hoch das Geld – es lebe! Der Mann, der Geld hat, ist ein ehrenhafter Mann.

Ehre kauft sich und verkauft sich wie – das Gesäß. Das Gesäß repräsentiert das Leben wie die pommes frites, und Ihr alle mit Euerer Ernsthaftigkeit stinkt schlimmer als Kuhdreck.

Was Dada angeht: es riecht nicht, es bedeutet ja nichts, gar nichts.

Dada ist wie Euere Hoffnungen: nichts
wie Euer Paradies: nichts
wie Euere Idole: nichts
wie Euere politischen Führer: nichts
wie Euere Helden: nichts
wie Euere Künstler: nichts
wie Euere Religionen: nichts.

Pfeift, schreit, zerschlagt mir die Fresse – und was bleibt dann? Ich werde Euch immer sagen, daß Ihr blöde Hammel seid. In drei Monaten werden wir, meine Freunde und ich, Euch unsere Bilder für einige Franken verkaufen.

1920

"Wir werden Weimar in die Luft sprengen. Berlin ist der Ort Dada ... Es wird niemand und nichts geschont werden. Man erscheine in Massen! Weimar: das war das Symbol des Spießertums, aber auch des Sieges der Reichswehr über die revolutionären Arbeiter. Weimar war Anti-Dada. ... wir verhöhnen einfach alles, nichts war uns heilig. Wir spuken auf alles, und das war Dada."(Georg Grosz) UND DAS IST DADA!

Das Cabaret Voltaire in Zürich, Keimzelle des Dadaismus, existierte nur ein halbes Jahr. Die Situation war in der neutralen Schweiz schwierig. Die Dadaisten würden geheimpolizeilich überwacht, einige des öfteren gefangengenommen. Politische Betätigung war ihnen verboten. So wurde der Dadaismus als unpolitisch getarnt, um der Ausweisung zu entgehen.

Dada breitete sich trotzdem in der ganzen westlichen Welt, von Berlin bis New York aus, und verlor aber in den Dreißiger Jahren an künstlerischer und politischer Bedeutung, bis Dada in den Sechziger Jahren, wenn auch nicht unbedingt unter dem Begriff Dadaismus, zum neuen Leben erwachte. Namen wie Jerry Rubin oder auch Fritz Teufel sind nur zwei Namen für dadaistische Aktionsformen der "Neuzeit".

"Die Kunst zur Zeit des Vertrages von Versailles, zeigt den ordnungslosen Schein des Wahns. Sie ist nicht das Ergebnis des Willens einer kleinen Gruppe, sie ist das Ergebnis einer verwirrten Gesellschaft, in der sich feindliche und unversöhnliche Kräfte gegenüber stehen."(Louis Aragon, 1945)

FENRIS WOLF

HUGO BALL

KARAWANE

jolifanto bambla ô falli bambla
grossiga m'pfa habla horem
égiga goramen
higo bloiko russula huju
hollaka hollala
anlogo bung
blago bung
blago bung
bosso fataka
ü üü ü
schampa wulla wussa ólobo
hej tatta gôrem
eschige zunbada
wulubu ssubudu uluw ssubudu
tumba ba- umf
kusagauma
ba - umf

1917

KURZE-PHILOSOPHISCHE-BETRACHTUNG-ÜBER-DIE-SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT-DES-ANARCHISMUS

oder: worin sich Mensch vom Schwein unterscheidet, allerdings das Schwein hier ausgeklammert sei.

Es ist dem Menschen als einziges lebendes Wesen auf dieser Erde gegeben, abstrakte Gedanken zu formulieren und auch bewußt auszuführen. Daraus ergibt sich eine Individualität der Resultate von Anschauungen. Denn diese sind Ergebnisse der Wahrnehmungen von den Sinnen und somit bewußt gemachte Erfahrungen, welche dann abstrakt, nachdem unmittelbar verstandesgemäß, verarbeitet werden.

Durch diese Individualität ergibt sich - jeder steckt nur in seiner eigenen Haut - erst einmal ein notwendiges Recht auf Wahrheit. Affekthandlungen sind ein extremer wenn auch nicht selbstverständlicher Beweis hierfür. Doch bei näherem Licht besehen, d. h. bedacht, wird die Handlung vernunftgemäß, also am wirkungsvollsten ausgeführt. Allerdings im Guten wie im Schlechten, natürlich bei Anschauungen, die nicht physisch direkt eine Handlung erfordern.

Diese wirkungsvolle Ausführung ist eine natürliche Reaktion, eine produktive Vernunftaktion und absolut individuell. Wie nun aber, wenn es sich um eine Entscheidung handelt, bei welcher ein Volk auf dem Spiel steht, also eine politische, mithin sich die Dimension entscheidend verändert.

Durch die Zusammenrottung von Individuen zu einem Volksgebilde wurde ein Staatsgebilde und dort ist der Entscheidungsspielraum auf ein Minimum eingeengt.

Der Spielraum für ein Volk zu entscheiden ist gleich null, berücksichtigt man/frau den Gedankenreichtum der Individuen.

Auch eine Demokratie, vielleicht die menschlichste aller Staatsformen, erweist sich für Minderheiten oder die knappe Hälfte, die nicht der Mehrheit angehören und für Individuen sowieso als totalitär, vorausgesetzt der staatstragenden Entscheidung konträr.





"Das Ziel ist vornehmlich das Resultat des Weges dorthin."

Die Individualität der Gedanken, insbesondere ihre Resultate können also niemals gewährt bleiben, berücksichtigt man/frau die Erfolgsquote des Einzelnen, insbesondere als Angehöriger einer Minderheit oder sogenannter Querdenker. Mag sein, daß die Demokratie das beste derzeit praktizierte Staatsmodell ist. Aber sie appeliert auch an die Vernunft, und für dieselbe ist in der Demokratie nur Platz, solange es sich um "seriöse" opportunistische Oppositions- und Mehrheitsvernunft handelt. Die Demokratie erweist sich somit als Kosten-Nutzen Politfaktor. Doch was will der Mensch eigentlich, bzw. wie kann der Mensch leben?

Vielleicht:

"Niemand kann mich zwingen auf seine Art glücklich zu sein, sondern ein Jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, der ihm gut dünkt, wenn er nur der Freiheit Anderer keinen Abbruch tut."
(KANT)

oder:

"Ihre Meinung ist das genaue Gegenteil der meinigen. Aber ich werde mein Leben daran setzen, daß Sie sie sagen dürfen."
(VOLTAIRE)

Der menschlichste Haupttrieb ist, zu kommunizieren, d. h. zu reden, zu berühren, seine Sinne zu gebrauchen, um abstrakt formulieren zu können. Ein weiterer Haupttrieb, wenn auch nicht rein menschlicher Natur ist, den Körper zu regenerieren, d. h. essen, trinken, schlafen, reinigen etc., und das menschlichste zugleich tierischste: bumsen. Einerseits das höchste der Gefühle, andererseits der Bestand der eigenen Art, bzw. deren Sicherung.

Umgesetzt heißt dies, mit dem Mitmenschen zu fühlen und Mitgefühl erwarten, also zu tolerieren, mithin auch zu akzeptieren und dasselbe zu erwarten, somit den Einzelnen leben zu lassen, ihn freizügig leben zu lassen. Und dies schließt ganz einfach die demokratische, somit fast, wenn nicht gar alle staatlichen Menschenrechte ein und Todesstrafe, wirtschaftliche, räumlich und zeitlich bewußte Bevorzugung auf jeden Fall aus, somit die gesamte Theatralik um die jetzigen demokratischen Phasen.

Doch die Freiheit des Menschen in Gedanken und Taten ist auch dann nicht möglich, wenn wir bedenken, Faschistoide, Krankhafte, schlechthin eben völig geistig Umnachtete forderten für sich dies. Die geistige Debatte darum kann jedoch gefordert werden und mithin jegliche Entgleisung hinsichtlich der Beachtung von Freizügigkeit, Gleichheit und Freiheit eingesehen werden, somit diesen Leuten geholfen werden. im Sinne der Humanität.



Eine Voraussetzung für diese Hilfe ist die geistige Bereitschaft. Diese Bereitschaft fordert ein Wissen, ganz einfach ein Wissen der Menschlichkeit somit auch der Bereitschaft. Denn die Toleranz und die Akzeptanz sind Begriffe, welche par excellence im Sinne der Humanität stehen und auch mit ihr fallen.

Im Anarchismus schließlich gibt es keine Herrscher und keine Herren. Die Bestimmung des Einzelnen liegt in der Selbstverantwortung jedes Einzelnen. Woher aber haben wir eine Gewähr für die Friedlichkeit und Verlässlichkeit der anarchistischen Idee? Vielleicht so postuliert:

"Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnne."
(KANT)

Dies sei für den einleitenden Aspekt geeignet, zumindest aber für ein allgemeines friedliches Zusammenleben.

Aber:

"Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen hat, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben, und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormunden aufzuwerfen."
(KANT)

Hier muß der Weg in den Anarchismus zugreifend wirken. Es muß, was es ja auch ist, nämlich ein Selbstverständnis sein, keinen Menschen zu töten bzw. ihn so leben zu lassen, wie dieser Mensch leben will. Den Weg aus der Unmündigkeit, auch der vorsätzlichen, beschränken keine Grenzen. Der Phantasie sei gewährt, was das Ziel schneller zu erreichen hilft. Phantasie zum Kampf im Sinne der Humanität und des anarchistischen Selbstverständnisses.



Hier sei nicht eine faschistische, stalinistische oder andere auf politschem System beruhende Lösung gemeint.

Sei das Fazit dieses Provisoriums gestattet, daß kein, ich betone kein, politisches System an sich human im eigentlichen Sinne ist und die Blender derselben, seien es Faschisten, spinnerte Kommunisten oder kapital- und militärpopanzhafte Demokraten usw. sich allein durch Überzeugung in ihr politisches System humanitär unglaubwürdig machen. Des Anarchisten Vorteil liegt in seiner Unschuld und dem, daß seine Ideologie letztendlich Politik nur als Plattform von M[illegible]lichkeit und Zusammenleben sch[illegible] benutzt. Es wird der Phantasie keine Abbruch getan, ganz im Gegenteil. Die Phantasie des Individuums ist der Hauptbestandteil des Anarchismus. Vorausgesetzt sei der Humanismus, d. h., die Respektierung des Individuums in seiner Umgebung, mithin der Natur!

HEGESIAS

LESERBRIEF

ZUR AKTION 2/87

Zum Artikel "Die Flamme ist niedergebrannt..."

Erster Eindruck beim Lesen des Artikels: Etwas unübersichtlich, aber wenn mensch das besprochene Buch kennt, wird der Text verständlicher. Verständlich wird auch, wie die vom Rezensenten beklagten "Vorbehalte" entstanden sind. Denn wer den "ganzheitlichen Zusammenhang eines gelebten Lebens" mal so eben "zerreißt", kann vom Opfer wohl kaum Sympathie erwarten. "Über die ganzen Details, die die alten FAUDler erzahlten, hatte ich so wenig Ahnung, daß ich sie nicht einmal in einen Zusammenhang einordnen konnte," schreibt Marley. Was sich offensichtlich nach der Lektüre des besprochenen Buchs nicht geändert hat. Sicher sind so einige Fehleinschätzungen direkt dem Buch entnommen, was aber für einen Anarchosyndikalisten keine Entschuldigung sein darf. Denn: Wer seine Geschichte nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen...

Gerade heute, wo die Erwerbslosenbewegung an Bedeutung gewinnt, ist es für uns wichtig, auf die Erfahrungen früherer Zeiten zurückzugreifen. Sicherlich war die FAUD, was die Theorie und die Statuten betraf, in erster Linie eine Organisation von Beschäftigten. Was aber die Praxis betrifft, so ist uns eine breite Palette von Aktivitäten in der Erwerbslosenbewegung überliefert. Die Syndikalisten, die natürlich als erste aus den Betrieben flogen, haben doch nicht Däumchen gedreht, wenn sie auf die Straße geworfen wurden. Neben dem offiziellen FAUD-Organ SYNDIKALST, war der ARBEITSLOSE wohl eine der wichtigsten Zeitungen der FAUD. Die KPD, als "Arbeitslosenpartei", scheute kein Mittel die Syndikalisten aus der Erwerbslosenbewegung hinauszudrängen. Mit allen Mitteln ... Was die KPD-Funktionäre allerdings nicht daran hinderte, die FAUDisten in der Erwerbslosenbewegung den KPD-Arbeitslosen als leuchtendes Beispiel für Agitation auf den Stempelstellen zu benennen.



Beispielhaft für uns heute kann auch der Versuch von Frauen in der FAUD sein, Feminismus und Klassenstandpunkt im SYNDIKALISTISCHEN FRAUENBUND zu entwickeln.

Wo der Genosse Marley heute einen "Versuch der kopierenden Wiederbelebung" des Anarchosyndikalismus riecht, ist mir absolut unklar. Mir ist kein solcher Versuch in den letzten 20 Jahren bekannt. Schließlich hatte der Anarchosyndikalismus schon immer mehr als bloßen "Trade-Unionismus" zu bieten. Und im Gegensatz zu Marley sind mir alte Genossen bekannt, die alles andere als "Sprachlos" sind. Nicht nur was die Geschichte betrifft. Und an der moralischen Integrität der "Alten" sollten sich so einige Libertäre von heute ein Beispiel nehmen.

Rudi Rat, FAU-Hamburg

SIE SAGEN : STEINE SIND KEINE ARGUMENTE
UND SCHLAGEN MIT KNÜPPELN,
BOMBEN UND BAGGERN.
VERGIFTEN MIT CHEMIE.
VERSEUCHEN MIT ATOM.
TÖTEN MIT GEFÄNGNISSEN.
SIE HABEN RECHT :
STEINE SIND KEINE ARGUMENTE.
STEINE SIND ERST ZÖGERNDE VERSUCHE,
UNS ZU ARTIKULIEREN
IN DER EINZIGEN SPRACHE,
DIE SIE VERSTEHEN.



Sicher ist von keiner Regierung zu erwarten, daß sie ihre eigene gewaltsame Beseitigung begünstige, aber in der Demokratie ist ein solches Recht im Volk verankert (d.h. in der Mehrheit des Volkes). [...] Den kleinen und ohnmächtigen Gruppen, die gegen das falsche Bewußtsein [in dieser Gesellschaft] kämpfen, muß geholfen werden: ihr Fortbestehen ist wichtiger als die Erhaltung mißbrauchter Rechte und Freiheiten, die jenen verfassungsmäßige Gewalt zukommen lassen, die diese Minderheiten unterdrücken. [...] Aber ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein "Naturrecht" auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind immer und überall Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen - nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen. Es gibt keinen andern Richter über ihnen außer eingesetzten Behörden, der Polizei und ihrem eigenen Gewissen. Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen. (aus: H. Marcuse, Repressive Toleranz)